

11

11-D-400

# Massenstreik und Ethik

Von

Dr. Rudolph Penzig

SEMINÁRNÍ

Hist.-práv.



KRHOVNA

oddělení



~~Dr. Ludwig Ehrlich  
ADVOCAT  
BRÜNN  
Rennergasse Nr. 22~~

Neuer Frankfurter Verlag

G. m. b. H.

Frankfurt a. M. 1905

## I. Allgemeines.

Daß Schlagen eine etwas minderwertige Form der Einwirkung eines Menschen auf andere ist, dürfte nicht nur in den Kreisen der ethischen Gesellschaften bereitwillig zugegeben werden. Als eigentliches Ideal menschlicher Betätigung könnte es höchstens von einem überspannten Herrenmenschentum in Nietzsche übertrumpfendem Bestialismus gefordert werden, aber selbst das lüsterne, heuteschweifende Raubtier braucht das Niederschlagen nur als Mittel zum Zweck der Sättigung, des Nervenkitzels und höchstens der Übung. In der Menschenwelt findet es weniger Anwälte, die es fordern, als vielmehr Verteidiger, die erklären, es nicht missen zu können. Auf pädagogische Einwirkung und auf Notwehr allein stützen sie ihren Entlastungsvortrag und gewinnen im besten Falle seine Anerkennung als eines notwendigen Übels. Nun aber heißt das englische Wort *to strike* nichts anderes als Schlagen — und damit scheint die rein ethische Betrachtung des Streiks von vornherein auf die satzsam in der Moralwissenschaft und praktischen Erziehungskunst erörterten Fragen nach der bedingten Berechtigung oder Verwerflichkeit der Gewalt und nach den Grenzen der Notwehr sich zu beschränken.

Indes, was jedermann sogleich einfällt, pflegt selten in die Tiefe der Probleme zu führen. Ohne darum die grundsätzlichen Fragen ganz auszuscheiden, deren Behandlung ja vor allem bei der ethischen Beurteilung der Kampfmittel der Streikenden unentbehrlich ist, werden wir gut tun, zunächst einmal an der Hand der Geschichte und Statistik die Begriffsbestimmung unseres Themas vorzunehmen. Ungeachtet des modernen Wortes wird wohl niemand bezweifeln, daß Arbeitsverweigerung aus irgend welchen Motiven, d. h. zur Abwehr von Nachteil und Zuwendung von Vorteil, so alt ist als die Geschichte der Menschheit selbst, so lange überhaupt Menschen mit ihresgleichen sich zu gemeinsamer Verrichtung irgend eines Werkes verbanden. Und auch die gemeinschaftliche Arbeitseinstellung als Mittel für einen Druck auf die Machthaber bedarf keiner geschichtlichen Dokumente zu ihrer Beglaubigung, die übrigens von Hammurabi an (um 2250

v. Chr.), über den großen Volksstreik der Ebräer in Ägypten, den politischen Massenstreik der Plebejer beim Auszug auf den heiligen Berg, 494 v. Chr., bis ins Mittelalter ausreichend zu Gebote stehen. 3. B. stehen 1329 die Gürtlergesellen Breslaus ein Jahr im Streik, ein zweites Jahr werden sie „ausgesperrt“; 1351 erheben sich in Speyer die Weber gegen das Trucksystem, d. h. die Auszahlung ihres Lohnes in minderwertigen Waren; 1549 streiken die Straßburger Bäcker zur Erzwingung der Sonntagsruhe, 1727 die Augsburger Schuhknechte u. s. f., wie denn überhaupt alle die scheinbar neuzeitlichen Mittel des Boykotts, der Derrufserklärung, Aussperrung und der schwarzen Listen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ihre volle sachliche Entsprechung in den Gesellenkämpfen gegen die zünftigen Meister mit Unehrllichkeitserklärung und „Schelten“ aufzuweisen haben. In der Neuzeit sind natürlich mit dem Wachsen des Gemeinheitsbewußtseins, der Entwicklung des Kapitalismus und der Fabrikindustrie, der Erhöhung der Anforderungen an ein menschenwürdiges Leben und aus anderen Gründen mehr die Arbeitseinstellungen überaus zahlreich geworden. In Deutschland allein erinnere ich nur an die größten: Vor dem Fallen des Koalitionsverbotes durch die Gewerbeordnung von 1869 hatten wir 1864 den Streik der Tuchmacher in Burg, 1865 der Leipziger Buchdrucker, 1869 der Waldenburger Kohlenbergarbeiter. Einen Essener Kohlengräber-Ausstand brachte sowohl das Jahr 1871, wie 1889. Der Berliner Bierboykott von 1894, der große Buchdruckerstreik von 1896, der zur Einigung auf eine Tarifgemeinschaft führte, der Hamburger Hafenarbeiterstreik und Berliner Konfektionsarbeiterinnenausstand, beide von 1896/97, sind noch in aller Gedächtnis, ganz zu schweigen von den gewaltigen Lohnbewegungen der letzten 10 Jahre bis zur unmittelbaren Gegenwart. Die Hamburger Generalkommission der Gewerkschaften zählte in dem Zeitraum von 1890—1895 nicht weniger als 750 Streiks auf deutschem Boden mit 72274 Personen, wovon 266 als erfolgreich, 261 als erfolglos und die übrigen nur mit einem Teilerfolg beendet worden sind. Im Jahre 1896 fanden ebenda 483 Streiks mit 128 868 Arbeitern statt, also ihre Zahl in einem Jahre betrug ca. 65 Prozent der Anzahl innerhalb 5 Jahren, und die Zahl der davon betroffenen Personen hatte sich fast verdoppelt. Für den einen Monat März des laufenden Jahres zählte die Statistik in Deutschland, England und Frankreich 160 neu begonnene Streiks gegen 112 im Februar dieses Jahres und 174 des März 1904. Dazu kommen beinahe täglich Nachrichten von neuen Lohnbewegungen in der ganzen bewohnten

Welt, Rußland, Italien, Holland, Belgien, den Vereinigten Staaten, Dänemark u. s. w.

Wir stehen also jedenfalls, wie nicht weiter bewiesen zu werden braucht, zurzeit im Fluß einer Bewegung, die den Gipfelpunkt der Welle wahrscheinlich noch lange nicht erreicht hat, wobei wohl zu beachten ist, daß heute mindestens ebensoviele Streiks durch die verständige Organisation der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Keime unterdrückt werden, als wirklich zum Ausbruche gelangen. Und trotzdem diese riesige Zunahme! Es dürfte daher begreiflich sein, daß nicht nur der Nationalökonom und Politiker, sondern auch der Ethiker, die ja alle drei über die Gesundheit des besetzten Volks- und Menschheitsorganismus zu wachen haben, allen Anlaß hat, den Tatsachen fest ins Auge zu sehen.

Überall stellen wir nach den Lehren der Geschichte als das Wesen dieser Tatsache eine Arbeitsstockung fest, die durch gemeinschaftliches Zusammenwirken vieler entsteht. Zwischen Streik und Aussperrung scheint zwar als wesentlicher Unterschied der zu bestehen, daß jener seinen Ausgangspunkt von den Arbeitnehmern, dieser vom Arbeitgeber nimmt; doch verwischt sich praktisch dieser Unterschied dadurch, daß nicht selten ein partieller Streik die Aussperrung anderer zur Folge hat und umgekehrt, daß ferner häufig der Streik den Zweck hat, einer Aussperrung zuvorzukommen und wieder umgekehrt — es bedeutet eben beides den Ausbruch eines Krieges zwischen Unternehmer und Arbeiter, wobei die Frage, von wem schließlich die formelle Kriegserklärung ausgeht, ebenso nebensächlich zu sein pflegt wie bei den meisten Völkerkriegen.

Diese Parallele hilft uns nun auch weiter zur Beurteilung der Frage, ob in der Streikbewegung schlechtweg eine Krankheit des Volksorganismus zu erkennen sei, ob sie vielmehr — wie auch wohl zu hören ist — einem Überschuß von Kraft und Gesundheit eines wirtschaftlichen Körpers ihre Ursache verdanke, oder ob sie endlich als bloßes Symptom seiner natürlichen Entwicklung und seines Wachstums zu deuten wäre, gewissermaßen als ungefährliche, wenn auch mitunter unbequeme Entwicklungskrisis. Dabei kann natürlich die Frage nach den Motiven des Streiks oder der Aussperrung nicht umgangen werden. So vielfältig im einzelnen nun auch diese Motive sein mögen, im wesentlichen werden sie sich in die drei Unterabteilungen bringen lassen: rein wirtschaftliche, politische und ethische Motive, ohne daß man bei dem selbstverständlichen Ineinandergreifen von Nationalökonomie, Politik und Ethik überall eine Reinkultur wird

erwarten dürfen. Die große Mehrzahl aller Streiks wird sich naturgemäß zunächst aus der Unzufriedenheit mit den Bedingungen des Arbeitsvertrages herleiten, gleichviel, ob es sich um Lohnhöhe, Form der Lohnzahlung, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen u. dgl. handelt. Halb ökonomisch, halb politisch wird Streik und Aussperrung, wenn es sich etwa um die Anerkennung von Organisationen der Arbeiter oder um ihre Beschränkung bis zur Vernichtung handelt, ganz politisch bei der Abwehr einer Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte: Wahlrecht, Koalitionsrecht, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Wahl der Lektüre, Freizügigkeit u. s. f. Als ethisch motiviert endlich werden wir die Arbeitsstokungen ansehen dürfen, die aus dem Gemeinschaftsgefühl heraus, als Protest gegen die ungerechtfertigte Entlassung von Kameraden z. B., gegen die Mißhandlung einzelner durch Vorgesetzte, gegen menschenunwürdige Ausbeutung und Unterdrückung, gegen gemeingefährliche Fabrikationsmethoden u. dgl. unternommen werden, ebenso die zahlreichen Sympathiestreiks zur Unterstützung anderswo, in anderen Arbeitszweigen oder Ländern, kämpfender Genossen. Nicht zu vergessen ist dabei, daß alle drei Motive auch auf Seiten der Arbeitgeber bei Aussperrungen vorhanden sein können. Es läßt sich wohl begreifen, daß einmal der Druck der Konkurrenz, weltwirtschaftliche Krisen in Handel und Industrie, andererseits eine ehrliche Überzeugung von dem Vorzug patriarchalischer Verhältnisse gegenüber dem Kampf unpersönlicher Organisationen, ein streng konservativer Sinn und endlich das Solidaritätsgefühl mit der Unternehmerwelt, auch abgesehen von formellen Syndikaten und Trusts, zu dem Gewaltmittel der Aussperrung greifen lassen.

Steht nun aber die Sache mit den Motiven so, wie wir eben schildert — und im Ernst wird niemand einen reinen Bosheitsstreik oder eine solche Aussperrung für möglich halten, — so haben wir für die ethische Beurteilung der ganzen Bewegung bereits viel gewonnen. Beseitigt werden damit ein für allemal die leidenschaftlichen Übertreibungen, die in der Kampfeshitze auf beiden Seiten zu fallen pflegen, als ob etwa eine künstlich geschürte Unzufriedenheit der Arbeiter, ihre unersättliche Gier und Genußsucht, ihr durch das Parteitreiben genährter Größenwahn auf der einen Seite alle Schuld trüge, und auf der anderen Seite, als ob rücksichtslose Profitgier, kapitalistischer Übermut, die Herrschsucht der besitzenden und regierenden Klassen ein frevelhaftes Spiel mit Leben und Gesundheit der Armen triebe. Was im Einzelfall hier oder da freilich noch immer

mithineinspielen mag — für die Betrachtung im ganzen verschwindet es als unwesentliche Zufälligkeit — und wir haben in der Streikbewegung im wesentlichen nichts anderes zu sehen als im Kriege: Katastrophen und Krisen, die an und für sich weder als Krankheits- noch als Gesundheitssymptome des Menschheitskörpers sich ansprechen lassen, sondern allerdings als Entwicklungsphasen, als Zeichen, daß sich der Volks- und Menschheitskörper dehnt und streckt, nach innen und außen, daß eine neue Gesellschaftsordnung werden will, daß frische Kräfte sich regen und ein neuer Geist, dem es noch nicht gelungen ist, sich seinen Körper zu bauen. Daß aber diese Krisen, wie ebenso die Kriege, noch immer in dieser Form auftreten mit unendlicher Zerstörung von wertvollem Gut und Blut, mit Nichtachtung von Rechten und Pflichten, mit sittlicher Verwilderung auf beiden Seiten — das freilich mahnt uns weiter daran, daß hier entscheidende Mängel in unserer ganzen sittlichen Verfassung zutage treten, Fehler der Einsicht und des guten Willens, Lücken in der Gesetzgebung und Rechtsordnung sowohl, wie in der Privatmoral der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wunde Stellen unserer gesellschaftlichen Struktur, die auf das dringendste nach Heilung rufen. So wenig aber auch das noch immer nicht aus der zivilisierten Welt getilgte Wüten blutiger Kriege uns in der Hoffnung und dem Glauben erschüttern kann, es werde endlich doch eine internationale Rechtsordnung geschaffen werden, so wenig kann auch der augenblicklich stark brandende Wogensturz der Arbeitskrisen mit all ihren unerfreulichen Begleiterscheinungen in uns die Zuversicht ertränken, daß sich unsere Gesellschaft immer mehr dem sicheren Hafen nähert, wo eine vernünftige Produktions- und Konsumtionsordnung der unsäglichen Verschwendung mit wertvollsten Menschenleben und Kulturgütern, die unsere Zeit noch kennzeichnet, ein Ende setzen wird.

Und hier ist nun der Ort, auf die vorhin vertagte grundsätzliche Stellungnahme zu dem Gewalt- und Notwehrsystem einzugehen.

Dr. Friedrich Wilhelm Foerster hat vor einigen Jahren eine literarische Auseinandersetzung gehabt mit R. Kautsky über das Thema „Klassenkampf und Ethik“,\*) und den Lesern der „Ethischen Kultur“ wird auch meine Kontroverse mit Dr. Robert Michels über Endziel und Klassenkampf vom Ende des Jahres 1903\*\*) nicht ganz unbekannt geblieben sein. Foerster rügte die Durchsetzung des

\*) Neue Zeit. 19. Jahrg. S. 233 ff., 438 ff., 468 ff.

\*\*) Ethische Kultur. XI. Jahrg. Nr. 41, 50, 51, 52.

Klassenkampfes mit reiner proletarischer Interessenpolitik, den völligen Mangel an Rücksicht gegenüber den anderen Klassen, das Fehlen einer von der Ethik geforderten Gewöhnung an Selbstlosigkeit und Großmut, das einseitige Betonen der geforderten Rechte und Schweigen von den Pflichten, und er hielt nur dann einen Klassenkampf für sittlich gerechtfertigt, wenn über ihm nicht die Interessen des Ganzen, zu dem doch auch die Bourgeoisie gehöre, außer acht gelassen würden. Wie nur der Nationalismus ethisch berechtigt sei, dem ein lebendiges Menschheitsgemeingefühl, ein Internationalismus die Wage halte, so müsse der Interessenkampf des Proletariats seine Schranke an dem Bewußtsein der Volkseinheit auch mit den „Ausbeutern“ finden. Gerade, wer selbst den Verbrecher als Produkt der Verhältnisse ansehe, dürfe den Kapitalisten nicht schlechter behandeln. — Kautsky erwiderte nach einer ausweichenden, wenn auch berechtigten Lobrede auf den starken Idealismus, die ethische Solidarität und Opferwilligkeit, die durch den Klassenkampf geweckt würden, taktisch nicht ungeschickt: die Einwürfe Soersters träfen nur das Verhältnis der Individuen; auch der Kapitalist habe als Mensch, nicht als Klassen-genosse, Anspruch auf opferfreudiges Mitgefühl selbst beim Sozialdemokraten. Der Kampf gelte einzig der Klasse als solcher. Da freilich sei irgendwelche Rücksicht übel angebracht. Wenn Soerster durch ethische Überredung die Kohlenbarone zur Bewilligung höherer Löhne werde gezwungen haben, wolle er gern seinen Standpunkt ändern. Ein internationales Gemeinschaftsgefühl könne nur bei Gleichberechtigung der Nationen in Frage kommen; unterdrücke aber ein Volk das andere, so sei es eine sonderbare Zumutung für das unterdrückte, wenn man gerade dies an die Menschheitsolidarität erinnere. Das gelte ebenso von dem Gegensatz der Klassen. Die einzelnen Verbrecher wolle man gern human behandeln und möglichst heilen, die Verbrecherklasse aber müsse ausgerottet werden.

Man kann meines Erachtens den hier unausgeglichenen Streit wesentlich dahin präzisieren, daß der Ethiker die Forderung stellt, der leider noch unvermeidliche Kampf sei durchweg nach dem ungeschriebenen Kriegsrecht der weitestgehenden Humanität zu führen und, da es immerhin ein Bruderkrieg sei, mit dem Ziel nicht der Vernichtung des Gegners, sondern eines stabilen sozialen Friedens; der Sozialdemokrat dagegen hat zwar gegen humane Behandlung der einzelnen, der Kampfunfähigen oder Gefangenen, nichts einzuwenden, legt aber den Nachdruck auf eine möglichst ausgiebige und durchgreifende Vernichtung der feindlichen Armee und ihrer Festungen, wo-

bei die Erwägung, was nach dem Kampfe kommen solle, zunächst im Hintergrunde bleibt.

In ganz ähnlicher Weise, vielleicht in noch schärferer Zuspitzung auf die von mir behauptete Minderwertigkeit der ökonomischen und politischen Macht gegenüber der von Vernunft und Ethik repräsentierten Geistesmacht und mit deutlicherer Hinweisung darauf, daß das Ziel auch des Klassenkampfes nicht der Friede der Kirchhofstille und die Zerschmetterung des Gegners, sondern die sozialethische Verständigung sein müsse, hat sich die Debatte zwischen Michels und mir abgepielt, auf die ich hier nicht weiter eingehen will.

Die Nutzenwendung auf unser Thema liegt auf der Hand. Wir können als Ethiker die Notwendigkeit und Berechtigung des Streiks an sich, soweit er eben eine Handlung der Notwehr des Unterdrückten gegen den Unterdrücker ist, nicht im geringsten in Abrede stellen — keine lächerlichere und abstoßendere Figur als die eines Predigers des Friedens um jeden Preis, auch um den der eigenen Menschenwürde und Existenz; man kann und darf nicht Friede! Friede! rufen, wo ehrlicher Kampf zwischen unüberbrückbaren Gegensätzen allein das zur Zeit mögliche Mittel ist, das Feld zu säubern und die Atmosphäre zu klären, — aber wir verlangen eben ehrlichen Kampf mit reinen, nicht vergifteten Waffen auf Tätigkeiten gegen Unternehmer oder Arbeitswillige und Zerstörung beider Seiten. Zu diesen Giften aber rechne ich nicht nur Gewalt von Privateigentum, wie es in den Flegeljahren der Bewegung, zur Chartistenzeit, da man der unklaren Empörung noch greifbare Ziele stecken zu müssen glaubte, wohl vorgekommen, aber seit Jahrzehnten gerade durch die sittliche Schulung der Massen zur Unmöglichkeit geworden ist, nicht nur die Lüge, die in einer Entgleisung des sittlichen Gefühls auch schon empfohlen ward, nicht nur den häufig erbitterten und mit stärksten Leidenschaftsworten geführten Krieg der Arbeiterorganisationen untereinander, z. B. Gewerkschaft und Gewerksverein, wie er besonders nach verlorenen Streiks auf der Tagesordnung zu stehen pflegt, nicht nur den Vertragsbruch und das leichte Sichhinwegsetzen über immerhin doch eingegangene Verpflichtungen — ich werde darüber noch kurz zu reden haben —, sondern vor allem die Erweckung und Schürung des Klassenhasses, der, selbst ungewollt, aus der einseitigen Betonung des Klassenkampfes hervorwächst, und auf der anderen Seite die Überhebung und Lieblosigkeit, die mit dem „Herr im Haus“-Prinzip unablässig verbunden ist, das ebenso rücksichtslos, wenn auch nicht ebenso entschuldbar, wie die proletarische

Herrenverkeherung, in egoistischer Blindheit jeden Hinweis auf die Bedürfnisse der Gesamtheit beiseite schieben zu können meint. In dem Maße, als ein Streik unternommen wird, um dem Unternehmer „eins auszuwischen“, schädigt er wahrlich nicht nur diesen, sondern vor allem die Streikenden selbst, nicht immer an Geld und Gut, aber an Wertvollerem, am Gemeinschaftsbewußtsein; die Aussperrung, die dem Arbeiter „den Standpunkt klar machen“ soll, ist das beste Mittel, alles Trübe vom Schlamm der Seelen aufzuwirbeln und den Herrn wie die Gehorchen-Müssenden zu verblenden.

Wenn aber schon diese Verstöße gegen die einfache Moral den Kampf vergiften, so gilt das noch mehr von offenbaren Verletzungen des Gesetzes, das doch für alle gelten soll, das ein Minimum der sittlichen Forderung in Gestalt des Rechts darstellt. Ich spreche vom Vertragsbruch.

Man wird im einzelnen Falle mit vollem Rechte befugt sein, die formelle Gesetzesverletzung nach ihrem jeweiligen Grad von Verschuldung oder Entschuldbarkeit einzuschätzen. Wo Verträge vorliegen, die selbst moralwidrig sind (nach B. G. B. § 138, Abs. 1), auch wenn sie nicht geradezu rechtswidrig sind (B. G. B. § 134), d. h. also, um ein Beispiel anzuführen, die zwar nicht gegen die positive Arbeiterschutzgesetzgebung verstoßen, wohl aber z. B. das Herabdrücken des Lohnes unter das übliche Mindestmaß bezwecken (Hungerlöhne) oder die Verpflichtung zu Streikbrecherarbeit in sich schließen, bei solchen Verträgen wird der Bruch milde beurteilt werden dürfen. (Für Juristen empfehle ich die knifflische Streitfrage, die bei Lotmar [Der Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches, Leipzig, Duncker u. Humblot 1902] im Sinne der Verwerfung der Erzwingbarkeit solcher Arbeit entschieden, von Liebknecht [Neue Zeit, 21. Jahrg., S. 335] aber entgegengesetzt beantwortet wird.) Ebenso werden mildernde Umstände bewilligt werden müssen, wenn aus dem ganzen gespannten Verhältnis der beiden zum wirtschaftlichen Krieg entschlossenen Teile auch für den Unparteiischen deutlich hervorgeht, daß die Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist dem Gegner nur die erwünschte und gewollte Frist zur Vorbereitung des entscheidenden Schlages geben würde (ein Fall, der meines Erachtens beim diesjährigen großen Bergarbeiterstreik vorlag und mit dem kriegerischen Vorgehen der Japaner gegen die russische Flotte im Moment der Kriegserklärung verglichen werden könnte).

Aber andererseits hat doch die ganze menschliche Gesellschaft ein so dringendes und entschiedenes Interesse an der Unverbrüchlichkeit

von Verpflichtungen, an der Unverletzlichkeit auch solcher Arbeitsverträge, bei denen für die sie Unterschreibenden eine wirklich freie Wahl ziemlich ausgeschlossen war, daß jede Leichtfertigkeit im Kontraktbruch auf das schärfste zurückzuweisen ist. Es ist erfreulich, daß es gerade die organisierten Arbeiter sind, die diesen Grundsatz — nach Möglichkeit — aufrecht erhalten, und es zeugt weiter doch auch von der Feinsichtigkeit der öffentlichen Meinung in ethischen Fragen, wenn die Nichttnehaltung der Kündigungsfristen jedesmal mit einer merklichen Minderung der etwa vorhandenen Sympathie mit den Streikenden geahndet wird.

So ist es auch zu verstehen, obwohl m. E. nicht nachzuahmen, wenn in Österreich noch heute nach der Gewerbeordnung vom 8. März 1885 Kontraktbruch kriminell mit Verweis, Geldstrafe bis zu 400 Gulden und Arrest bis zu 3 Monaten bedroht ist. Gegen die kriminelle Bestrafung (die zivilrechtliche Haftung der einzelnen Arbeiter für die Vermögensschädigung des Fabrikanten bleibt der Natur der Dinge nach auf dem Papier) sprechen freilich nur Zweckmäßigkeitsgründe: Der Paragraph würde sich als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter darstellen; es liege nicht im öffentlichen Interesse, die Übermacht der Arbeitgeber noch zu steigern, die Maßregel würde überhaupt zur Beseitigung der Kündigungsfristen führen u. dgl. An und für sich muß die in jedem Kontraktbruch liegende beabsichtigte Vermögensschädigung, Gefährdung von Treu und Glauben und Untergrabung der Achtung vor dem Gesetz mindestens sittlich verurteilt werden, wenn sie auch strafrechtlich (mit der Ausnahme des Gefindes, der Seeleute und im Falle „gemeiner Gefahr“) heute in den meisten Staaten straffrei ist. Wie weit die Gesetzgebung imstande wäre, den Kontraktbruch zu erschweren, etwa durch die Ausdehnung der zivilrechtlichen Haftbarkeit für Vermögensschädigung auf solche Arbeitgeber, die den Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten, durch obrigkeitliche Festsetzung obligatorischer Kündigungsfristen, Kontrolle der Fabrikordnungen oder Einsetzung von Einigungsämtern, das mag hier als zu weitführend dahingestellt bleiben.

Ist so die Arbeitsniederlegung auch ohne Einhalten der Kündigungsfrist einzig aus Zweckmäßigkeitsrücksichten, nicht aber aus prinzipiellen Gründen straffrei, wenn auch sittlich verwerflich, so muß doch von Seiten der Ethik die Koalitionsfreiheit, d. h. das Recht, Vereinigungen zu bilden zum Zweck der Er kämpfung besserer Arbeitsbedingungen, vorbehaltlos als sittliches Recht aller Arbeiter ohne Ausnahme anerkannt werden. Sie ist eine einfache Folgerung

aus dem Grundprinzip des Rechtsstaates: der Freiheit und Rechtsgleichheit der Person. Wenn ohne weiteres jedem das Recht zusteht, seine Macht zur Besserung seiner Lage, ohne Verletzung wohlverborener Rechte dritter und ohne Schädigung des Gesamtwohls, zu benützen, so wird diese fingierte Freiheit doch zur faktischen Wirklichkeit erst durch die Möglichkeit der Vereinigung mit seinen Arbeitsgenossen; erst diese Vereinigung erfüllt das theoretische Schattenbild der freien Wahl, ob jemand die Arbeitsbedingungen seines Arbeitgebers annehmen wolle, mit Blut und Leben; wenn auch noch lange nicht ausreichend. Ihr allein ist die Begründung der für jede friedliche soziale Reform unentbehrlichen Organisationen, der Gewerksvereine und Gewerkschaften usw., zu danken, von denen Brentano\*) einmal sagt, daß durch sie

„die Arbeiter zu dem Selbstbewußtsein des freien Mannes gelangen und zu einer sittlichen Tüchtigkeit, auf welcher der Respekt der Arbeitgeber vor den Arbeitern beruht, infolge dessen die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung in den Einigungskammern nicht bloß eine formelle, sondern wirkliche ist. Sie gelangen zu einer Ausbildung ihrer geistigen Fähigkeiten und einer intellektuellen Reife, welche sie bei Erörterung der Arbeitsbedingungen das nach Lage der Verhältnisse Erreichbare von dem Unmöglichen instinktiv unterscheiden läßt, und zu einer sittlichen Reife, welche sie die Mäßigung lehrt, mit dem jeweilig Möglichen sich zu begnügen. Und nicht minder günstig sind die ethischen und intellektuellen Wirkungen für die Arbeitgeber.“

Die Aufhebung der Koalitionsverbote liegt erst etwa dreißig Jahre zurück, und überall vollzog sie sich nur langsam und in Absätzen für die einzelnen Arbeiterkategorien; in England begann man damit 1824/25, dann 1859, 1871, 1875. In Frankreich 1864 und 1884; Belgien 1866; Österreich 1870; Holland 1872; in Deutschland sind seit der Gewerbeordnung von 1869 noch sämtliche Landarbeiter und das Wirtschaftsgesinde von diesem Rechte ausgeschlossen. Die anfängliche Befürchtung, daß der Zusammenschluß der Arbeiter lediglich zu einer ungeheuren Vermehrung der Streiks führen würde, darf heute schon als ein überwundener Standpunkt gelten; im Gegenteil wirkt er wesentlich auf Verminderung und Einschränkung der Streiks hin. Freilich kann, so wenig das Bestehen starker Heere und Flotten

\*) Arbeitergilden der Gegenwart. 1871.

an sich schon eine Friedensbürgschaft gibt, vielmehr unter Umständen bei der gewaltigen Herausschraubung der Leistungen für den Militarismus auch einmal eine Gefahr für den Frieden zu werden vermag, so wenig auch das Gegenüberstehen von starken Arbeiterverbänden auf der einen Seite und von Arbeitgeberkartellen andererseits bereits den sozialen Frieden sichern; aber es wird doch wesentlich das sittliche Verantwortlichkeitsempfinden auf beiden Seiten gestärkt, und je mehr gerade durch solche verantwortliche Tätigkeit die Einsicht in die überaus verwickelten Ursachen und Folgen von wirtschaftlichen Krisen vertieft und erweitert wird, je klarer der Arbeitsmarkt von beiden Seiten überschaut und die gegenseitigen Kräfte abgemessen werden, desto höher steigt auch die Wahrscheinlichkeit einer kampflosen oder doch wenigstens gewaltfreien Schlichtung der natürlichen Interessengegenätze. Man übersieht jetzt an den leitenden Stellen vortrefflich die Vorteile und Nachteile jeder Streikbewegung, ob sie nun erfolgreich für die Arbeiter war oder nicht. Die sinnlose Verschwendung der Spargroschen der Arbeiter durch Streikkassen hat fast völlig aufgehört; man weiß, daß der Konjunkturalgewinn einer bei steigender Tendenz der Industriegewinne erzwungenen Lohnerhöhung weder stabil bleibt, noch auch erzieherisch wirkt, daß der höhere Lohn häufig die während der arbeitslosen Zeit notgedrungen gemachten Schulden in bar und Waren kaum zu decken imstande ist; auf der anderen Seite wird häufig die Erfahrung gemacht, daß Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung vortreffliche Hilfe zur qualitativen Steigerung der Produktion leisten, daß die Unternehmerverbände die Reibung mit den Arbeiterkoalitionen oft nötig haben, wie das liebe Brot, um an Stelle einer planlosen Produktion und krankhaften Konkurrenz eine einheitliche und vernünftige Regelung der industriellen Leistung zu setzen, und oft genug ist es der Streik oder doch der drohende Streik gewesen, der wesentliche Verbesserungen in den Fabrikationsmethoden und der technischen Bearbeitung des Rohstoffes gezeitigt hat.

Das aller schwierigste Gebiet aber der ethischen Würdigung des Streikes liegt nun noch vor uns: ich meine erstens die Frage, ob und inwieweit das sittlich unzweifelhafte Recht zum Streik eingeschränkt oder gar aufgehoben werden kann durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl, und zweitens die Frage, ob der Streik zu politischen oder ökonomischen Zwecken als Massenstreik — fälschlich meist Generalstreik genannt — vor der Prüfung des sittlichen Bewußtseins bestehen kann.

Ich nannte vorhin schon die Ausnahme, die in der Gesetzgebung und Verwaltungspraxis der meisten Staaten zur Koalitionsfreiheit gemacht zu werden pflegt: die Aufhebung dieses Rechtes für bestimmte Arbeiterkategorien und für den Fall „gemeiner Gefahr“. Es handelt sich naturgemäß wesentlich um die Arbeiter der Nahrungsindustrie und des Verkehrs, also Bäcker, Fleischer, Hafenarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, Seeleute, Feuerwehrmannschaften, die Arbeiter im Post-, Telegraphen-, Telephondienst, auch die der Staatswerkstätten für Herstellung von Kriegsmaterial u. dgl.

In diesem Jahre legte die schwedische Regierung der Landesvertretung einen Gesetzesparagrafen zur Beschlußfassung vor:

„Arbeiter, die ohne gesetzlichen Grund unter Umständen streiken, die Gefahr für Leben und Gesundheit oder grobe Gefahr für das Eigentum nach sich ziehen könnten, sollen mit hohen Geldstrafen, wenn die Schädigung wirklich eintritt, mit Gefängnis bestraft werden.“

Die neue Eisenbahngesetznovelle des italienischen Ministeriums Fortis-Tittoni übernimmt nicht nur aus der Gesetzgebung des australischen Staates Viktoria die Strafandrohung:

„Diejenigen Eisenbahner, welche aus eigenem Antrieb den Dienst im Stich lassen oder nicht antreten, oder welche die Stetigkeit und Regelmäßigkeit des Dienstes unterbrechen oder stören, werden als entlassen betrachtet.“

Sondern erklärt auch in Artikel 17 alle Eisenbahnangestellte als öffentliche Beamte, so daß für den Fall einer Arbeitsniederlegung die scharfen Bestimmungen des italienischen Strafgesetzbuches gegen widerspenstige Staatsbeamte zur Anwendung kommen.

Holland hat ebenfalls Kohlen- und Berggewerksarbeitern wie Eisenbahnern das Streikrecht entzogen; wie sich im vergangenen Jahre Ungarn und Italien durch Einberufung der Eisenbahner als militärischer Reservisten gegen die Unterbindung des Verkehrs zu helfen gewußt haben, ist noch in aller Erinnerung.

Über die moralische Unmöglichkeit, daß durch den — an sich mehr oder weniger berechtigten — Ausbruch eines Streiks die gesamte Lebensäußerung eines Volkes oder der ganzen menschlichen Gesellschaft gewaltsam unterbrochen werden dürfe, ist man allseitig einig. Dazu ist doch der Anlaß, welche relative Berechtigung er auch haben möge, zu geringfügig, der Einsatz zu groß. Auch die fanatischsten Verfechter der Arbeiterfürsorge haben niemals die Arbeits-, d. h. Lebenshemmung des Gemeinwesens anders denn als temporäre Stockung zu

bestimmtem Zwecke empfehlen können. Einig dürfte man auch sein in der Verschiedenheit der Bewertung der menschlichen Arbeit, sagen wir einmal ganz roh, für die Zwecke der Selbsterhaltung und für die des Luxus. — Das ist schon viel, ja, das ist eigentlich alles. Die Schwierigkeiten beginnen freilich erst in der Grenzbestimmung dessen, was unter allen Umständen geschehen muß, und dessen, was Aufschub erträgt, und in der Ziehung der Grenzen, innerhalb deren der Staat oder die Gesellschaft die Opferung individueller Rechte zu verlangen in der Lage ist. Aber diese Schwierigkeiten sind — die Einstimmigkeit im Grundgedanken, daß die Allgemeinheit höhere Rechte habe, als der einzelne, gegeben — nicht unüberwindlich. Seitdem staatliche Organisation und gesellschaftliche Gliederung überhaupt bestehen, ist die Beschränkung, Einschränkung und selbst Unterdrückung individueller „Menschenrechte“ bei bestimmten Funktionären des Staates oder der Gesellschaft unumgänglich. Nicht nur der Offizier, sondern auch der Beamte, der indirekt mit Regierungsgeschäften befaßte Ehrenamts-Inhaber, der Arzt, der Richter, Geistliche, Lehrer, bis zu dem Ingenieur und Arbeiter in Staatsbetrieben — sie verzichten, nicht immer gern, aber notgedrungen, auf eine völlig uneingeschränkte Freiheit, z. B. in der Meinungsäußerung (das politische Stimmrecht natürlich ausgenommen!), der ökonomischen Gebarung und gesellschaftlichen Haltung. Wer sich eben zum Beauftragten eines höheren Willens machen läßt, wird den eigenen Willen unterordnen müssen. An sich ist also die Einreihung bestimmter Arbeiterkategorien nach der Bedeutung ihrer Tätigkeit für die Allgemeinheit in die Reihe der nach bestimmten Richtungen Minderberechtigten nichts Unerhörtes. Das Phantom einer völlig unterschiedslosen Gleichberechtigung aller Staatsbürger verschwindet vor dem Licht des Tages. Es wäre also kein himmelschreiender Eingriff in die uralten Menschenrechte, wenn man, wie bei Beamten, so auch bei Arbeitern, nach der faktischen Ungleichheit der Bedeutung ihrer Verrichtungen für das Ganze auch eine Ungleichheit der Rechte zu freier Koalition und Streikbefugnis konstruierte. Unerträglich würde diese Ungleichheit nur dann, wenn die Gesellschaft nicht die individuelle Einschränkung der Rechte mit einer Steigerung ihrer Pflichten gegen solche Mitbürger verbände. Es ist freilich leicht vom grünen Tuch des Schreibtisches aus dekretiert, Staatsarbeitsstätten, die ihren Arbeitern eine gewisse Freiheitsbeschränkung auflegen, müssen Musteranstalten werden. Aber so sehr auch der Finanzminister und der heilige Bürokratius den Kopf schütteln, unrichtig wird die Forderung durch die ihr entgegen-

stehenden Schwierigkeiten nicht. Es handelt sich dabei aber nicht nur um Lohnerhöhung, Festsetzung einer menschenwürdigen Arbeitszeit, Wohnungsfürsorge, Witwen-, Waisen-, Altersversorgung usw. usw. — dagegen könnte immer noch das alte Lied der Satten eingewendet werden: „der Arbeiter werde nie zufrieden zu stellen sein!“ Möglich, und gut, daß es so ist. Aber es wird sich auch handeln um eine vernünftige und sozialethische Neuordnung der ganzen Organisation: Arbeiterausschüsse, die auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit der Beamtenerschaft verhandeln können;\* eine Gliederung der Unter- und Überordnung, die bei aller notwendigen Aufrechterhaltung der Disziplin niemals außer acht läßt, daß sie es mit Persönlichkeiten, nicht mit Nummern zu tun hat — und endlich ein Geist von oben durch das ganze Heer der Staatsbeamten und Angestellten, der alle Borniertheiten einer auf Geburt und Besitz aufgebauten Klassenordnung abgestreift hat und den einzelnen einzig und allein nach der Qualität seiner Pflichterfüllung für das Ganze im Rahmen seiner Stellung bewertet.

Wir sehen, wie nahe diese Forderung mit der ethischen Anforderung zusammenhängt, die einen Fortschritt der Menschheit und des Volkes einzig von der Schaffung sittlicher Persönlichkeiten abhängig macht; man wird aber auch begreifen, warum man uns eben darum das Wort „Utopie“ zuruft. Geschieht das von den Vertretern des alten Schlendrians, die sich auch durch die gewaltsamen Zuckungen des sozialen Körpers, die wir Arbeitseinstellungen nennen, nicht aus ihrer Ruhe stören lassen, dann dürfen wir lächelnd darüber hinweggehen: besteht doch die Kulturgeschichte der Menschheit wesentlich darin, daß diejenigen Fortschritte, die der Stumpfsinn nach Nirgendheim verweist, bei uns heimisch werden. Am wenigsten aber wäre die Sozialdemokratie zu diesem Vorwurf berechtigt; liegt doch die allmähliche Umwandlung aller öffentlichen Arbeitsstellen in soziale Musteranstalten und die Verwandlung des „vogelfreien“ Arbeiters in einen Funktionär der Gesellschaft durchaus auf ihrem Wege. Was uns von ihr scheidet, ist in dieser Beziehung nur ihr Dogma von der grundsätzlichen Unverbesserlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, ihr

\*) Warum sollte sogar militärische Disziplin, wie deren in unseren städtischen und freiwilligen Feuerwehrmannschaften gefordert wird, mit der Einrichtung von Mannschafts-Vertretern unvereinbar sein? Daß der Unteroffizier und Leutnant bis zum Hauptmann ohnmächtig sind, z. B. Soldatenmißhandlungen zu verhindern, spricht nicht eben für ihre „natürliche Fähigkeit“, die Sache der Mannschaften zu vertreten.

Eingeschworensein auf eine bestimmte Art und Weise der Reform unerer sozialen Ordnung und ihr überwiegendes Vertrauen auf die Heilwirkungen der Macht im größeren, materialistischen Sinne, gegenüber der geistigen und sittlichen Macht, der wir vertrauen.

Das letztere tritt am augenfälligsten hervor in den Erörterungen über den Generalstreik als die ultima ratio des Proletariats gegenüber der rücksichtslosen politischen Gewalt der Regierenden und Besitzenden.

Aber diese Frage soll uns sogleich beschäftigen.

Ich resümiere also diese allgemeinen Erörterungen in dem Satze:

So augenfällig und gewaltig auch die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Streikbewegung für die Neugestaltung unserer Gesellschaftsordnung und für das Wohl der arbeitenden Klasse sein mag — unendlich übertroffen wird sie durch ihre ethische Bedeutung, nach der wir die Häufigkeit, die Ursachen, Folgen und vor allem das Wie des Streikes ansehen dürfen als Gradmesser des Aufsteigens eines Volkes von der Barbarei zur sittlichen Kultur.

## II. Der Massenstreik.

Das Recht zum Streik ist kein absolutes; obwohl gesetzlich unanfechtbar als Ausfluß der Koalitionsfreiheit und moralisch unangreifbar als berechtigte Notwehr des Schwächeren gegen Vergewaltigung, darf es doch von der Gesellschaftsordnung bezw. der in ihrem Namen handelnden Regierung eingeschränkt werden, bis zur völligen Aufhebung im Falle gemeiner Gefahr (bei der Verteidigung des Landes gegen elementare oder feindliche Gewalt), insbesondere für einzelne Bevölkerungsklassen, deren Arbeit schlechterdings nicht entbehrt werden kann.

Gerechtfertigt wird diese, wie jede Einschränkung individueller Freiheit einzig durch die Rücksicht auf das Wohl des Ganzen, also durch soziale Sanktion. Es ist nur ein quantitativer, d. h. nur auf einem Mehr oder Minder von Freiheitsbeschränkung beruhender Unterschied, kein qualitativer, ob der Reservist von der jungen Familie und der Brotstelle zu den Fahnen eilt, das Vaterland zu schützen, ob der Bauer seinen Pflug im Bruchacker stehen lassen muß, um Gräben gegen den Waldbrand ziehen zu helfen, ob der Staatsbeamte die von seiner Krankheit dringend erheischte Badereise dringenden Staatsgeschäften zum Opfer bringt, oder ob endlich der Weichensteller sein unzweifelhaftes Recht, bei ungenügender Entlohnung zu streiken, ruhen läßt, um nicht Leben und Gesundheit Unbeteiligter zu vernichten. Aber hingewiesen wurde schon auf die Notwendigkeit eines Äquivalents für derartige Freiheitsbeschränkungen. Der Wehrpflicht und Verpflichtung zum Beistand gegen Bedrohung durch die Elemente (Feuerwehr, Deichschutz, Unterstützung der durch Verbrecher bedrängten Polizeiorgane u. dgl.) entspricht allgemein der Genuß der bürgerlichen Rechte; es bedarf dazu nicht erst der besonderen Einwilligung des Einzelnen: in die bürgerliche Gesellschaft wird man hineingeboren, und es mag anarchistischen Querköpfen überlassen bleiben, einseitig eine trotz aller Zeugnung nun doch einmal bestehende wechselseitige Verschuldung zu Dienst und Gegendienst zu

kündigen. Die besonderen Freiheitsbeschränkungen der Beamten werden durch den Diensteid als Spezialpflicht anerkannt — niemand wird gezwungen, die Beamtenlaufbahn einzuschlagen, und Freunde der Unabhängigkeit gehen ihr aus dem Wege — nur bei den Berufsklassen, die ich die mittelbar gebundenen nennen möchte, weil die ordnungsmäßige Ausübung ihres Berufs nicht allein Sache ihres privaten Interesses, sondern des Gemeinwohls ist, fehlt zurzeit noch das entsprechende Äquivalent sowohl, wie auch die Einholung der Einwilligung zu einer Sonderstellung. Es ließe sich nun wohl denken, daß nach dem Maßstabe der Unentbehrlichkeit eine Reihe von Abstufungen unter den gelernten Arbeitern der verschiedenen Berufe vorgenommen würde; die oberste Stufe, sagen wir beispielsweise die Arbeiter an staatlichen Werkstätten für Waffentechnik, das Personal an Schiffswerften und strategischen Eisenbahnen, eine Elite-Mannschaft für Feldpost, Telegraphenwesen u. dgl., würde direkt — nach italienischem Vorbild — Beamtenqualität erhalten, natürlich mit den Vorteilen einer solchen Stellung: festes und ausreichendes Gehalt statt Lohn, Pensionsanspruch, Witwen- und Waisengelder, jährlicher Urlaub u. s. f. Trotz des Bestrebens, solche Werkstätten zu Musteranstalten zu machen, oder vielmehr eben darum wäre für ordnungsmäßige Vertretung der Arbeiterschaft in freigewählten Arbeiterausschüssen zu sorgen, sodaß eine Vertragsklausel, die das Streikrecht für sie aufhobe, nicht mehr als gegen die guten Sitten verstößend angesehen werden könnte. Die zweite Stufe würde u. a. alle ähnlichen Privatbetriebe umfassen, die unter staatliche Oberaufsicht zu stellen wären; dazu kämen die Hunderttausende von Bergleuten der Kohlen- und Erzförderung, das Personal der Handeldampfer, soweit solche im Kriegsfalle zu Transportzwecken herangezogen werden, die Eisenbahner, soweit sie nicht zur ersten Kategorie gehören, ebenso die bisher noch keine Beamtenqualität besitzenden Arbeiter bei der Post und im Telegraphen- und Fernsprecherdienst zc.

Im einzelnen mag mancher manches anders ordnen — hier sollen ja nur die Grundzüge einer derartigen Gliederung angegeben werden. Der Staat hätte hier sein Aufsichtsrecht im Sinne der ökonomischen Sicherstellung und besseren Entlohnung, wie der Beschaffung ausreichender und ergiebiger Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen zu brauchen. Obligatorische Arbeiterausschüsse und Einigungsämter, Lohn tariffverträge u. dgl. müssen dazu dienen, den Ausbruch von Streiks fast unmöglich zu machen, wenn auch hier ein vertragsmäßiger Ausschluß der ultima ratio nicht mehr angängig erscheint.

In die dritte Stufe würden dann die Arbeiter der Lebensmittel- und Nahrungsindustrie gehören, vielleicht auch hier mit Unterabteilungen bezw. Sonderverträgen, durch welche die Versorgung der Armee mit Brot, Fleisch, Hafer, Mais, Häcksel u. s. w. verhältnismäßig sicher gestellt würde. Eine eigentliche Staatsaufsicht ist hier, soweit nicht Militärbäckereien, staatliche Konservenfabriken, Kantine u. c. in Frage kommen, unmöglich, und bei dem engen Zusammenhang dieser Berufe mit den Interessen der gesamten Bevölkerung auch schwerlich nützlich, da diese durch die freie Konkurrenz ohne Zweifel besser gewahrt bleiben. Ständigen Armeelieferanten könnten immerhin besondere Bedingungen mit Bezug auf die Behandlung ihrer Arbeiter auferlegt werden. Von einem völligen Verzicht auf das Streikrecht kann natürlich unter solchen Umständen keine Rede sein, nur hätte die Regierung eine wohlwollende soziale Fürsorge gerade auf Arbeiter dieser Branchen zu richten, weit mehr als bei allen Betrieben der Luxusindustrie im weitesten Sinne des Worts. Wer die Zustände im Bäckereigewerbe kennt, wird diese Mahnung nicht für überflüssig halten.

Eine ähnliche Stufenleiter in der Stellung der gewerblichen Arbeiter muß endlich in den größeren und selbst kleineren städtischen Gemeinwesen geschaffen werden. Ansätze dazu finden sich bereits genügend bei sozialfortgeschrittenen Kommunen in der Behandlung der Arbeiter an städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken, im Verkehrsweisen bei Straßenbahnen, Straßenreinigung, Müllabfuhr, bei der Feuerwehr, beim Krankenhäuserpersonal u. s. f. Haben doch einzelne Stadtverwaltungen ihren festangestellten Arbeitern Ruhegehaltsanspruch, Hinterbliebenenfürsorge, Urlaubserteilung, langfristige Anstellungsverträge u. dgl. bereits zugebilligt.

Es ist nicht zu verkennen, daß der hier empfohlene Weg allerdings zu einer wachsenden Verstaatlichung bezw. Verstädtlichung bisher völlig freier, vogelfreier, Berufsklassen führt. Ich halte dies zwar nicht an sich für einen Vorzug, weil jede Ausdehnung des Unterordnungsverhältnisses die Erfüllung der allernötigsten Forderung der Zeit: der Schaffung freier Eigenpersönlichkeiten erschwert, sehe aber darin allerdings zurzeit das einzige Mittel, den berechtigten Kern der sozialen Bewegung aus der städtischen Schale mit all ihren unliebsamen Auswüchsen herauszuschälen. Es ist nur natürlich, daß das wachsende Bewußtsein von der Volkssolidarität den Einzelnen in eine größere Abhängigkeit dem Gemeinwesen gegenüber bringt, und diese Bewegung macht

auch vor den freien Berufen, ja vor Wissenschaft und Kunst nicht halt. Der Grundsatz *l'art pour l'art* und das Gerede vom Selbstzweck der Wissenschaft — sie verschwinden erfreulicherweise immer mehr, und an ihre Stelle tritt das Bewußtsein von der allgemeinen Verpflichtung zum Dienst an der Gesellschaft. Von da bis zu dem „Zuchthausstaat“ des mißverstandenen Sozialismus ist natürlich noch ein weiter Weg.

Aber auch die unleugbare Gefahr, die ein jeder Massenstreik mit sich bringen müßte, kann wohl erfolgreich nur durch die *Divide et impera*-Politik der angedeuteten Art beschworen werden. Es sollen dabei nicht künstlich verschiedene Bevölkerungsgruppen in bewußten Interessen-Gegensatz zu einander gebracht werden, um die sich kurzzeitig Bekämpfenden um so sicherer zu beherrschen — das wäre jene verwerfliche Methode des Teilens und Herrschens — sondern es kommt lediglich darauf an, die vorhandenen sehr realen Gegensätze der Interessen zwischen der Gesamtheit der bürgerlichen Gesellschaft und einzelnen Berufsklassen, zwischen den Arbeitern selbst, da wo sie wesentlich konsumieren, und wo sie nur produzieren, die Gegensätze, die zwischen den Wünschen von Millionen und den, meinetwegen an sich berechtigten Ansprüchen Tausender doch nun einmal bestehen, ins helle Licht zu ziehen und dadurch nicht etwa die Menschen in drückender Knechtschaft zu halten, sondern mittels weiser Abwägung der Wichtigkeit der entgegengesetzten Interessen Herr zu bleiben über die elementare Macht einer solchen Gesellschaftskatastrophe, wie sie ein auch nur wenige Tage dauernder annähernder Generallstreik nach sich ziehen müßte; Herr zu bleiben über die Leidenenschaften, die verheerend und widerstandslos durch eine allgemeine Arbeits- und Geschäftsstockung mit allen ihren Begleiterscheinungen von Ruin einzelner und Überhebung anderer entfesselt werden müßten, kurz die Elementarkraft der Völker so zu beherrschen, wie wir die der Natur unter unsere vernünftige Herrschaft gebracht haben.

Gerade den Grundirrtum des Sozialismus gilt es klar als solchen herauszustellen, die tönende Phrase als solche zu entlarven, als ob „das Proletariat eine durchweg gleichartige, gewaltige, ökonomische Masse“ wäre, der „die Bourgeoisie“ geschlossen als eine bloß ausbeutende reaktionäre Masse gegenüberstände. Wäre dem so, dann könnte auch der Ethiker nur still bedauernd zusehen, wie diese beiden Todfeinde mit allen erlaubten Gewaltmitteln des Krieges einander niederzuzwingen versuchten. *Inter arma silent musae.*

Für die Feinheiten moralischer Ermahnungen und ethischer Beeinflussung ist zwischen den Laufgräben zweier feindlicher Heere kein Ohr offen. Muß Adel und Bourgeoisie sterben, damit das Proletariat lebe, oder muß umgekehrt die bürgerliche Gesellschaft zu ihrem Bestehen unumgänglich ein Sklaven-, ein Helotenheer haben, dann mögen die Vermittler und Versöhner ihre homöopathische Zuckerplätzchen-Apotheke nur schließen. Dann gäbe es für einen selbstbewußten Mann keine andere Wahl, als seinen Spieß nach rechts oder links in die Reihen zu tragen und mit der gewählten Partei zu siegen oder unterzugehen. Das eine dürfte für den Vaterlands- und Volksfreund nicht weniger unangenehm sein, als das andere; denn im Bruderkriege wachsen nun einmal keine Lorbeeren.

Aber es ist eine ungeheuerliche, wenn auch verzeihliche und entschuldige, Übertreibung, in dieser schematischen Weise Ausbeuter und Ausgebeutete zu trennen, über Engeln und Teufeln den zwischen ihnen stehenden Wirklichkeitsmenschen zu vergessen und sich dagegen blind zu stellen, daß unter dem Sammelbegriff der Bourgeoisie unendlich viele gleichfalls nach ökonomischer und politischer Freiheit Lechzende zusammengefaßt sind, daß speziell die Sorge um das tägliche Brot im Mittelstand und in den gelehrten Kreisen kaum weniger schlimm drückt — man darf sogar einen guten Teil ländlicher und städtischer Grundeigentümer hier mit hinein rechnen, und daß andererseits unmerkliche Übergänge der ökonomischen Lebenshaltung und demokratischen Denkweise vom Bourgeois zum Handwerker, Kleinkaufmann, kleinen Beamten, gelernten Arbeiter u. s. f. hinüberführen. Innerhalb der Arbeiterwelt existieren wieder für sich alle Stufen von der Aristokratie bis zum Lumpenproletariat. Sie existieren, d. h. sie haben ihre Daseinsberechtigung erwiesen; wie sollte eine vernünftige Realpolitik an dieser Tatsache vorbeisehen? Der soziale Kladderadatsch ist wirklich kein Zukunftsideal, sondern der soziale Frieden. Mag dem Friedensschluß der Kampf vorangehen — vortrefflich; aber dieser Kampf darf in keinem Falle ein Vernichtungsfeldzug sein, bei dem alles über die Klinge springt, sondern ein Turnier, bei dem nach manchem harten Stoß und Schlag der Sieger dem in den Sand gestreckten Gegner die Hand reicht, um fortan mit ihm vereint den Drachen der Not zu bekämpfen. Wir Deutsche haben wahrlich noch der Feinde genug, denen gegenüber das Zusammenhalten aller Bevölkerungsklassen bitter not tut, und auch einer in ferner Zukunft international geeinten Menschheit wird es daran niemals fehlen.

Es ist nun die Frage zu prüfen, ob der sog. Generalstreik unter

die Kampfesmittel gerechnet werden darf, die bei einem das Endziel der sozialen Versöhnung nicht aus dem Auge verlierenden Klassenkampf als erlaubt und berechtigt gelten können. Verstößt er gegen das Gesetz? Verstößt er gegen das ungeschriebene Gesetz der Moral? Oder wird auch er durch das in meinem ersten Abschnitt anerkannte Recht auf Streik als Notwehr und ultima ratio mit gedeckt? Mit hinein spielen hier die Fragen nach seiner Möglichkeit überhaupt; denn es wäre denkbar, daß diejenigen, die jede Möglichkeit seiner Durchführung in Abrede stellen, gerade aus den zwecklos verhängten Leiden in seinem Gefolge seine sittliche Verurteilung schöpfen, daß im Gegenteil diejenigen, die ihn als erlösendes letztes Moment der Zersprengung des Klassenstaates feiern, die durch ihn verhängten Leiden als Geburtswehen einer neuen Gesellschaftsordnung relativ gering einschätzen.

Nicht zu umgehen ist ferner die Frage nach seinem Zweck. Es ist bekannt, daß gerade hierüber noch im sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und anarchistischen Lager die Meinungen unendlich weit auseinander gehen. Um nur anzuführen, was mir gerade zur Hand ist, so leugnet z. B. ein aus einem Anhänger des Generalstreiks durch die Erfahrungen des holländischen entsprechenden Versuchs zu seinem Gegner gewordener Genosse, W. H. Vliegen\*) sowohl seine Möglichkeit, wie seine Zweckmäßigkeit, nachdem Rud. Hilferding\*\*) in ihm, den er als „regulative Idee“ ansieht „in dem Sinne, daß er womöglich bloße Idee bleiben soll“, das „Verteidigungsmittel für die Abwehr von Gewalt, die eine friedliche Entwicklung unmöglich machen würde“ gefunden hatte. Gustav Eckstein\*\*\*) sieht im Generalstreik kein selbständiges Kampfmittel, sondern nur „die letzte, die ernsteste Drohung des Proletariats vor dem Sturm“, hinter der „der Wille zum Entscheidungskampf stehen müsse“. Gerade diese Auffassung wird wieder von Eduard Bernstein†) als „Wahnsinn“ bekämpft, während er ihn auch in dem Sinne, als ob eines schönen Tages alle Arbeiter die Hände in den Schoß legen könnten, als reine Utopie betrachtet. Allerdings verwirft er ihn auch nicht ganz, sondern hält ihn da für möglich, wo die Forderungen der Arbeiter auch von einem Teil der „reaktionären Masse“ erhoben werden, und für zweckvoll und aussichtsreich, wenn unten Unzufriedenheit, oben Kopf-

\*) Neue Zeit XXII. Jahrg., Bd. 1, Nr. 7.

\*\*) ibid. XXII. Jahrg., Bd. 1, Nr. 5.

\*\*\*) ibid. XXII. Jahrg., Bd. 1, Nr. 12.

†) Neue Zeit XXI. Jahrg., S. 689 ff.

losigkeit herrsche. Ähnlich Genosse Parvus\*), der ebenfalls den größten Wert legt auf die Sympathie des Bürgertums und der mittels einer durch den Generalstreik verursachten allgemeinen Erbitterung die Regierung zur Kapitulation zwingen möchte. Gegenüber diesen Vertretern des politischen Sozialismus, der in der Eroberung der Macht durch Beteiligung am konstitutionellen Leben seine Aufgabe erblickt, vertreten die Gewerkschaften in Frankreich, Holland, England und Deutschland und die dem Anarchismus nahestehende Gruppe, zu deren Sprecher sich vor allem neuerdings Dr. R. Friedeberg\*\*) gemacht hat, eine völlig andere Auffassung des Generalstreiks. Ihnen ist der Streik überhaupt zunächst Erziehungsmittel zur Organisation; sie erwarten von ihm, daß er den Arbeitern sittliche Kraft einflöße, ihnen Solidaritätsgefühl und proletarisches Denken und Empfinden beibringe. Der Generalstreik wird mit der politischen Aktion, etwa im Sinne einer Rückendeckung für die Erhaltung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, gar nicht in Verbindung gebracht, sondern soll die Stelle der politischen Betätigung einnehmen. Er ist das einzige Mittel, mit dem der Klassenstaat tödlich getroffen werden kann, einfach durch Verweigerung der Arbeit. „Das Proletariat“, heißt es a. a. O. S. 27, „ist notwendig für den Klassenstaat als produzierender Faktor. Das Kapital ist nichts, ist ein toter Stein, wenn nicht Hände da sind, die es lebendig machen, die ihm die Möglichkeit geben, Mehrwert zu schaffen. In dem Moment, in dem das Proletariat zu der Einsicht und Erkenntnis gekommen ist, daß es sich ausschalten kann aus dem Produktionsprozeß, ist der Klassenstaat beseitigt.“ . . . . Und S. 28: „Die politische Revolution, die früher angestrebt wurde, war nur zu verwirklichen auf dem Wege des Blutvergießens, der rohen Gewalt. Die Generalstreiksidee ist ein ethisches Kampfmittel: Die Verweigerung der Persönlichkeit, die gewährleistet ist im Koalitionsrecht, sie wird als Kampfmittel angewandt.“

Lassen wir die „Ethik“ dieses Mittels zunächst auf sich beruhen, so wird immerhin zugegeben werden müssen, daß eine auch noch so allgemeine und auf Verabredung (die Gegner werden dafür „Verschwörung“ sagen) beruhende Arbeitsverweigerung, sofern die vertragsmäßig festgesetzten Kündigungsfristen nicht verletzt werden, nicht gegen irgend ein Gesetz ver-

\*) ibid. XIV. Jahrg., S. 199 ff.

\*\*) Parlamentarismus und Generalstreik. Verlag „Die Einigkeit“, Berlin SO. 16. 1904.

stößt. Das Arbeitsverhältnis beruht ja nicht, wie der Militärdienst etwa, auf gesetzlicher Verpflichtung, sondern auf „freier“ Vereinbarung, und nur innerhalb des Dienstverhältnisses besteht ein Anspruch auf Gehorsam. Die „Arbeitsniederlegung“ des Soldaten in der Front, der Seemannschaft während der Fahrt ist etwas ganz anderes und wird als Meuterei oder doch Gehorsamsverweigerung mit schweren gesetzlichen Strafen geahndet; den dienstverweigernden Beamten trifft, ebenfalls mit Recht, Disziplinarstrafe; aber kein Gesetz bietet eine Handhabe, Arbeiter, die freiwillig lieber hungern oder doch die Spargroschen ihrer Gewerkschaftsorganisationen aufbrauchen wollen, als zu arbeiten, daran zu hindern. Die einzige Ausnahme würde etwa das Vorhandensein einer „gemeinen Gefahr“ bieten. Ohne irgendwelchen Anspruch auf juristische Sachkenntnisse zu erheben, möchte ich aber doch der Ansicht Ausdruck geben, daß die bloße Lahmlegung selbst der gesamten Produktion oder Güterverteilung eines Landes in Friedenszeiten schwerlich unter diesen Begriff gebracht werden könnte. Vielleicht dann, wenn der Massenstreik ausbräche, während der Feind vor den Toren ist, oder, um ein kleineres Beispiel zu wählen, wenn während einer gefährlichen Epidemie sämtliche Ärzte, Heilgehülfen, Krankenschwäger, Leichenbesorger etc. in einen Streik treten wollten, um die Konjunktur auszunützen. Bei einem annähernd wirklichen Generalstreik indessen dürfte es überhaupt ziemlich gleichgültig sein, ob eine gesetzliche Handhabe, ev. sogar vielleicht §§ 81—86 St. G. B. (Hochverrat) vorhanden ist oder nicht, da jedenfalls gar keine praktische Möglichkeit bestände, weder die Streikenden zur Arbeit zu zwingen, noch auch sie zur Verantwortung zu ziehen.

Schwieriger ist die Frage zu beantworten, was die Moral zu solchem Vorgehen zu sagen hätte. Nehmen wir einmal ein konkretes Beispiel, wie es sich ungefacht aus der Geschichte der letzten Monate ergibt. Deutschland und Frankreich wären durch die bekannten Settelungen zünftiger Diplomaten, hinter denen zweifellos gut gemeinter, aber dem Volke sicherlich nicht verständlicher Wille der Regenten stände, aus Anlaß der Marokkofrage in Krieg geraten; es möge sich tatsächlich um die Machtstellung unseres Vaterlandes im europäischen Konzert handeln. Das arbeitende und handel treibende Volk hat auf beiden Seiten kein unmittelbares Interesse an einer Auseinandersetzung, die es mit Strömen seines Blutes und einer kolossalen Schädigung seines Wohlstandes zu bezahlen hätte. Der Abscheu vor dem brutalen Mittel des Krieges kommt dazu und die durch unser

Jahrhundert des Verkehrs nun einmal bewirkte und nicht mehr zu beseitigende Empfindung einer internationalen Solidarität der Interessen von Arbeiter, Bauer und Bürger. Diesseits und jenseits des Rheins wird gleichzeitig mit der Kriegserklärung der Diplomaten die Losung: Generalstreik für die Arbeiterschaft beider Länder ausgegeben. Ist das Hochverrat? Die Regierungen beiderseits werden nicht zögern, die Frage zu bejahen; sie werden versuchen durch Verhängung des Belagerungszustandes, über die Großstädte zum mindesten, durch Verhaftung der Arbeiterführer, Beschlagnahme der Gewerkschaftskassen u. a. der Bewegung Herr zu werden. Gelingt ihnen das, dann haben wir den Fall, daß eine Anzahl hochgemuter Männer, die für eine noch ungeschriebene neue Moral, in der das Verbot des Tötens absolut gilt, den Gesetzesbuchstaben verletzen, zu Märtyrern ihrer Überzeugung werden müssen. Mißlingt er, wird der Krieg vermieden oder doch abgekürzt durch die inneren Wirren, dann haben wir — es ist nicht zu leugnen — den Anbruch einer neuen Zeit, in der der Volkswille dem Monarchen die Entscheidung über Krieg und Frieden aus der Hand genommen hat, in der die Nationalfragen hinter die Klassenfrage zurückgetreten sind und ein geeinigtes Europa von unten her in Angriff genommen ist. Das Gesetz, das die gewollte Wirkung der Tat im Auge hat, mag dieselbe verurteilen; die Moral, die ein Handeln nach der Absicht der Handelnden als gut oder schlecht bezeichnet, würde solchen zur Abwendung eines Menschheitsunglückes, wie es der Krieg zweier zivilisierter Völker wäre, unternommenen Generalstreik nicht verurteilen können.

Aber auch abgesehen von solcher „gemeinen Gefahr“ hat die Moral zum Massenstreik Stellung zu nehmen. Eine Voraussetzung darf man wohl stillschweigend machen, nämlich daß von einem wirklich „frivolen“ Massenstreik im Ernst nicht geredet werden kann. In der Kampfesheize werden ja derartige Beschuldigungen leicht hin ausgesprochen; aber schon die geringste Überlegung zeigt, daß eine Maßregel, die an Ernst und Schwere vielleicht nur mit dem Entschluß zur Kriegserklärung verglichen werden kann, die vor allem ohne allen Zweifel ganz abgesehen von jeder Hoffnung auf einen endlichen Sieg die ungeheuersten Opfer an Gut, Gesundheit und Leben zunächst vom Proletariat, erst an zweiter und dritter Stelle von den besitzenden Klassen fordern muß, daß eine solche Maßregel nur nach ernstester Selbstbesinnung, jahre-, ja jahrzehntelanger Vorbereitung und genauestem Abwägen aller Aussichten getroffen werden wird.

Man wirft vielleicht ein: So wie Kriegserklärungen mitunter

doch frivol und leichten Herzens erfolgen, wenn ungeheure Verblendung Regierende und Völker ergriffen hat, oder wenn an eine ganze Kette von schiefen und falschen Schritten in der Politik schließlich das Endglied des Spieles um Tod und Leben fast wider Willen und Absicht sich anschließt, so sei es auch denkbar, daß entweder systematische Verhezung und Betörung durch gewissenlose Agitatoren die urteilslose Masse zu unüberlegten Schritten hinreißen könnte, oder doch, daß sich aus dem verhältnismäßig kleinen Brande eines Lokal- oder Branchen-Streiks, durch lawinenartig anschwellende Sympathiestreikbewegungen fast wider Willen der Führer ein Weltbrand entwickelte, zumal wenn die Hitze politischer Leidenschaften oder der Haß ökonomisch Unterdrückter den Funken anblies. Nun, die Möglichkeit soll nicht geleugnet werden. Für die sittliche Beurteilung ist dann aber alles klar. Verblendung und Leidenschaft mögen Entschuldigungsgründe sein für den Menschen, dem nichts Menschliches fremd ist; sie werden als mildernde Umstände in die Wagschale fallen: die Moral aber mußte einen solchen Massenstreik an sich scharf verurteilen. Eine ihrem Kern nach unsittliche Handlung, wie es jede Gewalttat ist, wird weder dadurch sittlich, wenn der Nachweis geführt würde, der Teufel in höchst eigener Person habe dazu verführt, noch dadurch daß der Täter stammelt, er sei eben außer sich und vernünftiger Erwägung unfähig gewesen. Nebenbei gäbe es keinen schlagenderen Beweis für die sittliche Unreife von Leitern und Geleiteten oder Verleiteten, als die so eingestandene Ohnmacht der Volksführer, die Geister, die sie riefen, zu bannen, und für die Unfähigkeit der Masse, sich selbst zu regieren.

Aber, wie gesagt, das, was sowohl Anarchismus wie Sozialdemokratie unter einem Generalstreik versteht, hat mit einer derartigen aller Vorausberechnung und Leitung spottenden Katastrophe nichts zu tun. Wir können an dieser Stelle, bei der moralischen Beurteilung, auch von der Verschiedenheit des Zweckes bei beiden Gruppen absehen. Mag der Generalstreik proklamiert werden aus rein politischen Motiven, etwa zur Verhinderung der Regierung an einer Kriegserklärung, zur Erhaltung des bedrohten oder Wiedererlangung des durch einen Staatsstreik von oben geraubten allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts o. ä., mag er gedacht sein als der Hammerschlag, der die Ketten, die dem Arbeiter die kapitalistische Produktionsweise angelegt hat, sprengt —: immer dürfen und müssen wir annehmen, daß — mindestens in der Auffassung der Handelnden — ein ausreichend schwerer und

ernster Grund vorliegt. Sie befinden sich in der uns allen nicht unbekanntem Lage, wo man zweifelloses Unrecht, nicht nur den Schein davon, in den Kauf nimmt, um vermeintlich Höheres zu retten. Wer der aufrichtigen und ernstesten Überzeugung ist, die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts müsse zum Ruin des Vaterlandes führen, der darf, ohne von seinem Gewissen beunruhigt zu werden, solchen Plänen sich auch unter Nichtachtung des eigenen und fremden Wohlergehens bis aufs äußerste entgegenstemmen. Umgekehrt würde sich der Ultrakonservative, der gerade von dem Weiterbestehen dieses Wahlrechts die unheilvollsten Folgen erwartet, an dem Versuche seiner Abschaffung auch durch die Voraussicht eines Generalstreiks nicht hindern lassen dürfen. Die Moral verlangt nur, aber dies auch mit aller Schärfe, daß beide innerhalb des Gesetzes, bezw. der Verfassung bleiben. Daß der Generalstreik wenigstens in Friedenszeiten dieser Forderung entspricht, ist bereits ausgeführt; ob die Beseitigung des Wahlrechts unter der gleichen Voraussetzung möglich wäre, mag dahingestellt bleiben. Die Verwirrung des sittlichen Urteils beginnt erst dann, wenn man dem klaren Buchstaben des Gesetzes den schwankenden und unklaren Begriff einer inneren Berechtigung, oder auch einer höheren Pflicht, gegenüberstellt, wie dies z. B. der bekannte General v. Boguslawski zu gunsten der Regierung mit den Worten\*) tut: „Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist ein Staatsstreik ebensowenig gerechtfertigt, als eine Revolution. Er kann aber ebensogut das Kennzeichen innerer Berechtigung an sich tragen, wie diese; denn wenn man vom ethischen Standpunkte aus eine Revolution nicht mißbilligt, die sich gegen eine in Wahrheit unerträgliche Tyrannei wendet, so wird man gerechterweise auch einen Staatsstreik nicht verurteilen können, der sich gegen eine demagogische Herrschaft wendet.“

Seit Sophokles' Antigone, oder vielmehr, in der Praxis und wohl auch in der Dichtkunst seit Anbeginn menschlicher Geselligkeit und Gesittung sind immer „ungeschriebene Gesetze“ einer sog. höheren Sittlichkeit gegen die kurzfristigen Normen einer Zeitmoral ausgespielt worden; gleichviel ob diese Zeitmoral in dem Willkürgebot des Herrschers oder in der Satzung der Priesterschaft oder sonstwo ihren Ausdruck fand. Unsere Sympathien sind jedesmal bei der „höheren Moral“. Das sollte aber nicht hindern, es doch offen und klar auszusprechen: daß das Handeln einer Antigone, wie das eines Tell,

\*) Zitiert in Neue Zeit, XIV. Jahrg., S. 199.

kurz aller Revolutionäre gegen die herrschende Denkweise (unsere religiösen Heroen sämtlich eingeschlossen) tatsächlich unmoralisch gewesen ist. Über den Inhalt der höheren Moral herrscht sicher keine Einigkeit; ebensowenig darüber, ob es mit der Erhöhung seine Richtigkeit hat. Das läßt sich z. B. an dem Problem, ob Mutschelmord aus Vaterlandsliebe gestattet sei, recht artig aufzeigen. Den Traum von einer absoluten, allgemein, immer und jederzeit gültigen Moral hat die Philosophie zum Glück längst ausgeträumt. Moral ist stets relativ, stets örtlich und zeitlich bedingt, einfach, weil sie nicht reine, sondern praktische Vernunft darstellt, Logik statt aufs Denken aufs Handeln bezogen; und am Handeln wird immer ein peinlicher Erdrest bleiben. Das hindert natürlich nicht den Glauben an eine langsame Entwicklung der Moral von niederen zu höheren Formen, an einen Fortschritt der sittlichen Einsicht.

Wer nun aber eine Sittlichkeit der Zukunft gegen die Sittlichkeit der Gegenwart setzen will, der muß es sich gefallen lassen, von der herrschenden Moral als unmoralisch abgetrumpft zu werden, der muß Märtyrer seiner Überzeugung werden. Will General von Boguslawski und seine Gesinnungsgenossen den gewaltsamen Staatsstreik, dann muß er es sich gefallen lassen, im Falle des Mißglückens gesteinigt zu werden, aber auch im Falle des Gelingens die moralische Verurteilung aller ernst Denkenden auf sich zu nehmen. Ebensowenig entgehen die Häupter einer Revolution dem sittlichen Verdikt der Zeitmoral. Diese unsere Moral läßt keinen Zweifel darüber, daß sie sowohl jede politische Aktion, die sich über die bestehenden Gesetze hinwegsetzt, verurteilt, als auch aus der einseitigen Gesetzesverletzung der einen Partei keine Berechtigung zu gleichem Tun für die andere herleiten läßt. Es wäre also vergebliche Liebesmüh', für eine blutige Revolution den Segen der Moral zu erflehen, weil sie provoziert worden sei durch unerhörte Übergriffe einer tyrannischen Regierung. Sie kann und wird gemacht werden, wahrscheinlich, aber ohne diesen Segen, und darüber, ob das Vorgehen der Revolutionäre eine höhere Sittlichkeitsstufe darstelle, und nicht vielmehr einen atavistischen Rückfall in eine überwundene Blut- und Gewaltmoral, wird erst eine viel spätere Zeit richten können. Man vergesse nicht, daß auch Notwehr eine Gewalttat nur entschuldigt, nicht aber rechtfertigt.

Somit wendet sich die Ethik entschieden gegen jeden Generalstreik, der von seinen Urhebern gedacht ist als „letzter

Schritt zum Entscheidungskampf“ oder als die letzte Drohung und Warnung des Proletariats an die Gesellschaft, ehe es auf die Barrikaden steigt. Sie läßt sich auch nicht durch die billige Sophistik beirren, mit der, vom Schuljungen an, der seinen zerzausten Gegner beschuldigt „angefangen zu haben“, bis zum scheinbar tiefgründigen Philosophen, der die Entstehung alles geltenden Rechts auf nackte Machtverhältnisse zurückführt, jede Gewalttat als bloße natürliche Reaktion auf erlittene Gewalttat gerechtfertigt wird. Die banale Wahrheit, daß der Umstand, ein anderer tut Unrecht, mein eignes Unrecht nicht zum Recht macht, gehört wirklich zu den sichersten Ergebnissen der Moralkissenschaft. Wir befinden uns dabei in erfreulicher Übereinstimmung mit dem französischen Sozialisten Francis de Pressensé, der in der „Neuen Gesellschaft“ (herausgeg. von dem Ehepaar Braun), Heft 16, (allerdings mit Bezug auf einen auswärtigen Krieg) schreibt:

„Ich habe gesagt und ich wiederhole es, daß es ein Widerspruch in sich selbst ist, eine Verletzung des Rechts durch die brutale Gewalt durch einen Appell an die brutale Gewalt lösen zu wollen .... Ich habe gesagt und ich wiederhole es, daß in dem Kriege den Ausgleich suchen, nur heißt, jenen ewigen Zyklus von Repressalien eröffnen, indem der Besiegte von morgen immer wieder das Gesetz der Wiedervergeltung gegen seinen Gegner anrufen wird.“

Man braucht nicht der extremen Theorie Tolstois: „Widerstrebe nicht dem Übel“ zu huldigen, man kann die Notwehr auf Angriffe, die Leben, Freiheit, Recht, Ehre und Eigentum bedrohen, als vollkommen berechtigt und noch innerhalb der Grenzen des Sittlichen fallend anerkennen und doch den zweifellos auch richtigen sittlichen Grundsatz festhalten, daß mit unsittlichen Mitteln niemals wahrhaft Sittliches zu stande gebracht werden kann. Konkret ausgedrückt: Gegen den Wahlrechtsraub (bleiben wir bei dem Beispiel) hat das Volk das Recht der Notwehr; eine Notwehr aber, die etwa der einen Staatsstreich ausführenden Regierung mit bewaffneter Hand, Barrikaden, Revolutionierung der Truppen u. s. f. entgegenrät, wäre — nicht aus Scheu vor Blutvergießen, sagen wir es — nein, infolge der falschen Wahl ihrer Mittel zur Erfolglosigkeit verurteilt, selbst dann, wenn der Putsch eine Zeitlang glückte. Die Geschichte der Jahre 1848 und 1850/2 sollte in diesem Sinne endlich einmal verstanden werden.

Das Wehe, das der Dichter über die Lüge ausruft, weil „sie nicht befreit“, gilt ganz ebenso von der Gewalttat. Das hat

3. B. neben dem ebengenannten F. de Pressensé Jaurès, der letzthin vom deutschen Reichskanzler zum sozialdemokratischen Musterknaben hinauf- und hinweggelobte eingesehen. Oft hat er sowohl die Notwendigkeit einer in den Schranken des Gesetzes bleibenden ökonomischen Entwicklung, als die einer gleichen politischen Aktion betont.\*) Der linke Flügel unserer deutschen Sozialdemokratie aber ist noch wesentlich unklarer. So klammert sich Rosa Luxemburg an die Tatsache, daß auch heute noch die Gewalt ja die Basis der ganzen bürgerlichen Gesellschaftsordnung sei. „Bürgerliche Gesetzmäßigkeit ist nichts anderes, als die von vornherein zur verpflichtenden Norm erhobene Gewalt der herrschenden Klasse“, ruft sie aus\*\*) und findet „das Phantastische der ganzen Theorie des sozialistischen Legalismus“ darin: „Während die herrschenden Klassen in vollem Umfang, in ihrem ganzen Tun und Lassen sich auf die Gewalt stützen, soll das Proletariat im Kampfe gegen diese Klassen auf den Gebrauch der Gewalt allein und ein für allemal verzichten. Und zwar welches fürchterliche Schwert soll ihm als Waffe zur Niederzwingung der herrschenden Gewalt dienen? Dieselbe Gesetzmäßigkeit, in der sich die Gewalt der Bourgeoisie zu einer herrschenden, zur gesellschaftlichen Norm stempelt.“

Das ist ein offenes Spiel mit Worten. Zunächst entscheidet die temperamentvolle Genossin nicht zwischen einer Institution, die als eines Mittels zu ihrer Durchführung (im Militarismus, Gerichtswesen, parlamentarischen Mehrheitsbeschlüssen zc.) allerdings der Gewalt noch nicht völlig entraten kann und zwischen einer solchen, die wesentlich und nur maskierte Gewalt selbst ist. Das Willkürgebot eines Tyrannen, das heute verbietet, was es gestern gebot, wäre eine solche „Gesetzmäßigkeit“, also reinste Heteronomie. Ihr dürfte sich die Willkür eines anderen ruhig entgegenstellen; dann prallt eben Wille auf Wille, und von einem Gemeinshaftswillen kann keine Rede sein. Selbst einmal zugegeben, daß jegliches Gesetz diesen Ursprung hätte, daß eben der Mächtigere mit Gewalt

\*) Vgl. Petite République vom 11. Februar 1902: „Es ist möglich, aus dem Kapitalismus zum Kommunismus durch eine Reihe sozialer Formen, rechtlicher und wirtschaftlicher Einrichtungen überzugehen und deshalb ist es unsere Pflicht, vor dem Parlament diese logische Progression zu entwickeln.“ Und ebenda am 15. Februar 1902: „Die einzige Methode, die dem Proletariat bleibt, ist diejenige der gesetzlichen Organisation und gesetzlichen Aktion.“

\*\*) Neue Zeit, XX. Jahrg., S. 276 ff.

seinen Willen als bindendes Gebot durchgesetzt hätte, so ist doch für 99/100 der heute bestehenden Gesetze dieser Ursprung, wenn er überhaupt da war, aus dem Volksbewußtsein zurückgetreten und sie stellen heute wirklich den Willen der Gesamtheit, mindestens einer überwältigenden Mehrheit der Staatsbürger dar. Wer das bezweifeln wollte, für den dürfte eine Rundfrage des Inhalts, ob an Stelle des Strafgesetzbuches das sog. Faustrecht wieder eingeführt werden sollte, ein nicht mißzuverstehendes Ergebnis haben. Anders ausgedrückt: in der bürgerlichen Gesetzhaltung steckt nicht etwa nur ein *Sic volo sic jubeo*, weder eines Einzelnen, noch einer Mehrheit, sondern auch ein ethisches Moment. In ihr hat sich die geltende Moral in ihrer Entwicklung aus dem Blutrache-Typus bis zur pädagogischen Strafstheorie niedergeschlagen; die größten Bestandteile dieser öffentlichen Meinung haben sich zur Gesetzesform kristallisiert; ein weicher eindrucks- und bildungs- wie entwicklungsfähiger Kern ist als Sittlichkeit und Sitte geblieben, und wenn jemand etwas mit Sicherheit aus der bisherigen Entwicklung herauslesen kann, so ist dies ganz sicher die durchweg erkennbare Tendenz, immer mehr die Gewalt auszuscheiden und durch Recht zu ersetzen. Selbst die Ausführung der Gesetze soll doch immer mehr des Zwangscharakters entkleidet und durch Erziehung der Staatsbürger zu freier autonomer Leistung des Einzelnen erhoben werden.

Die bürgerliche Gesetzhaltung ist darum nur für Verbrecher (und vielleicht noch für theoretische Anarchisten) ein verabscheuenswertes Gewaltmittel der Gesellschaft; für die Sozialdemokratie und Rosa Luxemburg, die ja nicht eine absolut neue Moral erfinden wollen, ist sie einfach die harte, festgewordene Schale um den Kern der Sittlichkeit, an der man natürlich viel bessern, reformieren kann, die aber nicht wesentlich und von vornherein weggeworfen werden sollte. Auch im Zukunftsstaat sollen ja die zehn Gebote nicht abgeschafft, sondern erst recht eigentlich zur Erfüllung gebracht werden. Wenn in der bürgerlichen Gesellschaft das Verbot des Tötens (und damit summarisch eben alle Vergewaltigung des Nächsten an Leib und Leben) bedauerlicherweise noch an offiziellen, offiziellen und ganz gemeinbürgerlich-ökonomischen Ausnahmen leidet, so will ja gerade die Partei, die mit dem Schwerte des Geistes den armen Vergewaltigten die Freiheit bringen möchte, den Zustand allgemeinen Friedens und die Ausschaltung aller Unterdrückung herbeiführen. Und wenn nach dem gewöhnlichen Sprichwort ein Reich nur durch die Mittel erhalten wird, mit denen es errichtet wurde, so darf man wohl auch umgekehrt

folgen: ein Zukunftsstaat, der aus seinen Grenzen überall die rohe Gewalt und Unterdrückung auszuweisen gedenkt und dafür Recht und Gerechtigkeit einzuführen, wird schwerlich anders als durch diese Mittel errichtet werden können, sicherlich nicht durch die rohe Kraft der derberen Säuste.

Wenn also Rosa Luxemburg weiter sagt: „Die Gewalt ist und bleibt die ultima ratio auch der Arbeiterklasse, das bald in latentem, bald in aktivem Zustand wirkende oberste Gesetz des Klassenkampfes. Und wenn wir durch die parlamentarische, wie jede andere Tätigkeit die Köpfe revolutionieren, so geschieht es, damit schließlich im Notfall die Revolution aus den Köpfen in die Säuste hinuntersteigt“ (S. 279 a. a. O.), so vergißt sie ganz, daß revolutionierte Köpfe um eben so viel den Säusten überlegen und unabhängig von ihnen geworden sind, als überhaupt der Geist mächtiger ist als die Materie. Je revolutionärer der Kopf und das Herz ist, desto weniger brauchen sie die Faustkraft. Es gibt nichts Revolutionärereres als gerade die Moral, die ganz unbekümmert um jeden rohen Zwang ihre Forderungen stellt: so soll es sein und so wird es sein! Und Gerechtigkeit ist wahrhaftig durch all die Jahrtausende noch immer mächtiger gewesen, als Tyrannei: das sollte man der Sozialdemokratie wirklich nicht erst predigen müssen, die bisher genau so viel wirkliche Siege zu verzeichnen hatte, als sie die gerechte Sache vertrat!

Es ist immer und überall die verfluchte Kleingläubigkeit der sehr realen Macht der Ideen gegenüber, die die stärksten geistigen Bewegungen im Schlamm der tierischen Machtinstinkte ersticken läßt. Wenn selbst so hervorragende Sozialisten, wie Ed. Bernstein und Parvus, das Hauptgewicht für das Gelingen eines Massenstreiks darin erblicken, daß die große Menge des Volkes, die bürgerliche Gesellschaft, die Forderungen der Streikenden als gerecht und unterstützungswürdig anerkennt, anders ausgedrückt: mit der allgemeinen Erbitterung gegen eine ungerechte Regierung rechnet, ja (wie Parvus) sogar auf die direkte oder indirekte Unterstützung durch Gemeindevertretungen und selbst Landtage der verschiedenen Bundesstaaten hoffen zu dürfen glaubt, — was ist das denn anderes, als die Anerkennung, daß es eben die gerechte Sache sein muß, die siegen wird, abgesehen von der Zahl und Kraft der Säuste, die in gewohnter Tappigkeit meistens das verderben, was der Geist gut gemacht hatte. Nehmt nur die Leidenschaften in euren Kalkül auf — und ihr verderbt die edelste und gerechteste Sache! Mit keinem Trick hat der Teufel

mehr Gutes verhindert und Böses dafür geschaffen, als mit dem Selbstbetrug vom „edeln“ Zorn und der „berechtigten“ Leidenschaft!

Es steckt ein gut Stück machiavellistischer Bosheit in diesem Gedanken, den Massenstreik als Einleitung zu dem „großen Entscheidungskampfe“ mißbrauchen zu wollen. Wie denkt man sich denn diesen? Alle bedeutenden Führer der Sozialdemokratie werden nicht müde — und an ihrer Aufrichtigkeit ist nicht zu zweifeln — die bewaffnete Auflehnung gegen das kleinkalibrige Gewehr als den Gipfel des Wahnsinns zu brandmarken und über die Hanswurstiade einer Barrikade aus umgestürzten Omnibussen unseren weittragenden und Panzerplatten durchschlagenden Geschossen gegenüber zu spotten. „Selbst in der klassischen Zeit der Straßenkämpfe“, sagt Parvus, „wirkte die Barrikade mehr moralisch als materiell.“ Auf die moralische (hört! hört!) Wirkung baut man auch heute alles: das Heer muß „demoralisiert“ werden durch den passiven Widerstand der großen Massen, d. h. es soll durch die Macht des Beispiels, durch den natürlichen Abscheu vor brutaler Gewalttat an Volksgenossen, durch Erweckung des latenten Gemeinschaftsgefühls mit dem Volke von der untergeordneten schlechten Moral des knechtischen Kadavergehorsams gegen Willkürgebote zu der bewußten Moral der Selbstbestimmung gebracht werden — und da will man im Ernste andere, als geistige Mittel für wirksam halten? Landsknechte und Söldnerheere dienen dem, der sie am besten bezahlt, sei es nun der Tyrann oder das Volk, aber mit willenlosen menschlichen Maschinen werden heute keine Siege mehr erfochten. Auch mit meuternden Heeren nicht. Das könnte, wer es noch nicht wußte, aus der jüngsten Geschichte Rußlands lernen. Der passive Widerstand derer um Gapon war ebenso unfruchtbar, wie die tragikomische Irrfahrt des „Potemkin“ und „Pobjedonoszew“, und wie die Bomben einzelner, die wohl Angst und Schrecken, auch Verwirrung und Kopflosigkeit (wenn nicht Verstockung und Troß) herbeiführen können, aber wahrhaftig nicht die Geistesverfassung vorbereiten, aus der allein eine dauerhafte Neuordnung der Gesellschaft hervorgehen kann.

Es ist nicht weniger Machiavellismus, wenn manche Sozialisten darauf rechnen, daß die durch den Hunger des Massenstreiks, durch die Brutalisierung seitens der Soldateska gereizte Menge endlich die Geduld verlieren könnte, als wenn reaktionäre Scharfmacher mit Massenausperrungen hoffen, das Volk vor die kleinkalibrigen Gewehre bringen zu können. Selbst Dr. Friede-

berg, der Gegner des politischen, aber Vorkämpfer des ökonomischen Generalstreiks, hat sich noch nicht ganz freigemacht von ähnlichen Träumereien, wenn er, hart unter seiner Proklamierung des Generalstreiks als „ethischen Kampfmittels“ fortfährt\*): „Was nachher kommt, wenn unsere Gegner uns zwingen wollen, wenn wir in Notwehr sind, wenn wir hungern — das werden wir heute nicht bestimmen, darüber werden wir uns die Köpfe nicht zerbrechen. Die Gesetze des Klassenstaates, die uns aufgezwungen sind, die werden wir dabei am wenigsten respektieren, und wer Not leiden wird, wird sicherlich nicht das Millionen umfassende proletarische Arbeitsheer sein, das seine Ketten zerbricht.“ Solche Entgleisung ist nicht nur unethisch, sondern schlimmer: unlogisch.

Mit diesen Ausführungen scheint das Urteil, das der Ethiker über einen mit Gewalttaten verbundenen oder doch dazu verleitenden Massenstreik fällen kann, als endgiltig ablehnend festgelegt, und zwar wäre dafür maßgebend nicht die Schwierigkeit bezw. Unmöglichkeit der Ausführung, auch nicht seine Unzweckmäßigkeit oder die Aussichtslosigkeit des Erfolges, liege er nun auf politischem oder ökonomischem Gebiete, sondern einzig und allein das Sittengebot, das eine Aktion, die mit der Vergewaltigung anderer verbunden ist, verbietet. Es bliebe nur noch zu fragen, ob sich der Generalstreik vielleicht unter den Begriff der Notwehr bringen ließe und daraus zwar nicht Rechtfertigung, aber doch Entschuldigung schöpfte.

Es liegt auf der Hand, daß eine generelle Antwort hier nicht möglich ist, weil eben jeder Fall nur rein individuell beurteilt werden kann. Schlechthin undenkbar wäre es nicht, daß ein Volk, dessen Rechte von einer regierenden Minderheit mit Füßen getreten werden, dem man das allgemeine Wahlrecht raubt, die Vereins- und Versammlungsfreiheit unterbindet, die Presse durch Präventivzensur knebelt und vielleicht mit der ganzen Verfassung das Selbstbestimmungs- und Verwaltungsrecht nimmt, daß ein solches Volk, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, zum Generalstreik schreitet, selbst auf die Gefahr hin, daß er nicht ruhig und friedlich verlaufen könnte. Das wäre das erste Glied der Alternative, die Eduard Bernstein mit den Worten\*\*) aufstellt: „Es kann sich bei politischen Streiks immer nur um zwei Dinge handeln: Erstens in Zeiten einer politischen Krisis die Aktion der Arbeiterklasse sowohl in bezug auf Umfang als auch

\*) a. a. O. S. 28.

\*\*) Neue Zeit, XII. Jahrg., S. 687 ff.

in bezug auf die Wucht des Auftretens nach Möglichkeit zu steigern, durch sie mittelbar auf weite Kreise der Bevölkerung zu wirken und Verwirrung und Ratlosigkeit in die Reihen der herrschenden Partei zu tragen; oder aber zweitens durch den allgemeinen Streik eine Krise herbeizuführen in der Erwartung, daß die außer Arbeit und Erwerb gesetzten Arbeiter den weiteren Verlauf der Dinge nicht beschaulich abwarten, sondern alsbald Zusammenstöße mit der organisierten Gewalt herbeiführen, wobei sie als größere, immer wieder und überall sich erhebende Masse die Sieger bleiben werden.“ Das zweite Glied der Alternative haben wir bereits zurückgewiesen, haben auch wohl Grund zu der Annahme, daß Bernstein heute diesen Satz (von 1893) nicht aufrechterhalten würde.

Nun in jenem ersten Falle, dann träte eben das ein, was unser Schiller mit seinen vielzitierten Versen aus Wilhelm Tell geschildert hat (wohlgemerkt: geschildert, nicht empfohlen!)

„Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,  
Wenn unerträglich wird die Last, dann greift  
Hinauf getrost den Muts er zu den Sternen  
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,  
Die droben hängen unveräußerlich . . . .  
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.“

Wir hätten dann gewissermaßen den moralischen „Erlex-Zustand“, wenn der Leser das entseßliche Wort entschuldigen will. Die Moral kann dergleichen nicht billigen; aber sie schweigt; sie steht dem Ausbruch einer solchen Katastrophe wie einem Elementarereignis gegenüber. In diesem Sinne „werden“ Revolutionen „nicht gemacht“, sondern „entstehen“ (von Staatsstreichen darf man dasselbe nicht behaupten). Sie entstehen nicht aus der Willkür Einzelner. Kein Agitator, und hätte er die aufstachelnde Beredsamkeit des Marcus Antonius an Cäsars Leiche, ist imstande, eine Menschenmenge zu unüberlegten Schritten hinzureißen, wenn nicht Zündstoff in großer Menge in den Gemütern aufgespeichert ist. Er löst nur die vorhandene Spannung durch den Funken seiner Rede zur explosiven Wirkung aus. Die Regierung, die Agitatoren ausweist, die Presse mundtot macht, die Verfassung verletzt und auf die Dauer gegen den Willen des Volkes handelt, gleicht dem Hausbesitzer, der seine Keller mit Dynamit und Sprengstoffen füllt und genug getan zu haben glaubt, wenn er ihr Betreten mit brennendem Licht verbietet. Sie entstehen auch in der Regel nicht unmittelbar aus der

Leidenschaften der Niedergedrückten, wenn auch dieser aufgespeicherte Haß, Grimm, Zorn bald genug bei Einzelnen sich in unschönen Wutausbrüchen entladen mag. Daß Haß und Wut blind machen, weiß der kleine Mann allzu gut, und ebenso, daß er niemals seine Augen schärfer offen halten muß, als in solchen Zeiten. Nein, sie treten ein mit der ruhigen, aber unaufhaltsamen Wucht des natürlichen Vorgangs. Wie der See und Strom im Frühjahr, wenn von allen Höhen die Quellen rieseln, seine Eisdecke mit ungeheurer Kraft hochpreßt und wölbt, bis sie krachend zerbricht, so sprengt die in unwürdige Fesseln geschlagene Volkskraft endlich die Bande und bricht dabei allerdings das, was bisher „Gesetz“ war. Aber so wenig es unumgängliche Naturnotwendigkeit ist, daß der Eisgang Überschwemmung, Deichbruch und Brückeneinsturz verursachen muß, so wenig braucht auch die Revolution Leben und Eigentum der Regierenden zu zerstören. Es ist dabei nur nötig, daß man das Ereignis rechtzeitig vorausah, um seine Vorkehrungen zu treffen. Regieren heißt ja Voraussehen. Und wenn dies Voraussehen nicht darin sich zeigen kann, daß es die Frühlingsgewässer überhaupt hindert, sich zu stauen, daß es den Eisstoß rechtzeitig zerteilt, so mag es bei der Konstruktion seiner Uferbauten bereits mit der Möglichkeit des gewaltsamen Durchbruchs rechnen.

Und hier ist nun der Generalstreik allerdings, sowohl von seiten der Unterdrückten aus angesehen, wie mit dem Auge der Regierung betrachtet, das ethisch bessere, das vergleichsweise moralischere Mittel des Umsturzes, wenn denn schon „umgestürzt“ werden muß. Hier hat Dr. Friedeberg ohne allen Zweifel recht: Die einfache Zurückziehung der eigenen Persönlichkeit aus dem wirtschaftlichen Prozeß ist an sich nicht unmoralisch, sondern sittlich indifferent. Wie sie aber unsittlich werden kann in den oben geschilderten Fällen der gemeinen Gefahr, so kann sie unbedingt auch sittlich werden als Maßregel der Notwehr gegenüber unmittelbarer Lebensbedrohung des Volkes. Denn Notwehr fällt, wie vorhin gesagt, innerhalb der Grenzen der Moral; sie ist sittliche Pflicht der Selbstbehauptung, auch wenn zugestanden werden muß, daß sie Gewalttat nur entschuldigt, nicht an sich rechtfertigt. Und, immer vorausgesetzt, er sei in dieser Weise möglich, so ist der Generalstreik auch ein ideales Musterbeispiel der Notwehr. Notwehr soll einzig den Zweck haben, den unmittelbar bedrohenden Feind, da der gesetzliche Instanzenweg nicht eingehalten werden kann, unschädlich zu machen. Den nächtlichen Einbrecher, der mit dem Stemmeisen in der Hand entgegentritt, darf ich nieder-

schießen; d. h. das Gesetz gibt mir hier eine Verfügungsfreiheit selbst über das Leben eines Mitmenschen, die sonst nur in Ausnahmefällen von der Gesellschaft durch ihre ordentlichen Richter in Anspruch genommen wird. Schieße ich aber auf den fliehenden Einbrecher, so kann ich wegen Körperverletzung, in Überschreitung der Notwehr zugefügt, zur Rechenschaft gezogen werden. Nun könnte man eine Regierung, die durch offenen oder verhüllten Verfassungsbruch dem Volke seine bisher besessenen Rechte raubt, recht wohl mit dem Einbrecher in Vergleich stellen. Wir bleiben innerhalb der Grenzen von Logik und Moral, wenn wir also folgern: folglich darf solche Regierung unschädlich gemacht werden, mit jedem möglichen Mittel. Also auch mit „Schießen“, mit Gewalt? Gewiß, wenn es nicht anders und wenn anders es geht. Nur mit dem oben gemachten Vorbehalt, daß die gewaltsame Verjagung der verfassungsbrüchigen Regierung unendlich viel weniger Wahrscheinlichkeit auf einen glücklichen Ausgang des Abenteuers bietet, als eine jede Gewalttätigkeit vermeidende gewissermaßen passive Abwehr. In den Brutalitäten einer gewissenlos wütenden Reaktion ebenso wie in denen einer siegreichen Revolution (Beispiele aus der deutschen, französischen — ja der ganzen europäischen Geschichte liegen auf der Hand!) pflegt immer wieder der niedrige Racheinstinkt und die blinde Leidenschaft der Vergeltung für frühere Unterdrückung und Vergewaltigung zum Ausbruch zu kommen. Man glaubt nicht, wie dergleichen Instinkte über Generationen und Jahrhunderte hinweg lebendig bleiben. „Hängt ihr uns unsere Rebellenführer, so erschießen wir euch eure Generale“ und umgekehrt. Es ist, als ob eine geheime menschliche Konvention bestände, die es verbietet, Gegner im Bürgerkriege anders zu behandeln, denn als Geiseln; das Leben der Mitbürger müßte sakrosankt sein; ebenso ihre Freiheit und der Gebrauch ihres Gutes, soweit beide nicht im Interesse des Unschädlichmachens auf Zeiten Einschränkung erleiden müssen.

Diese ins Unendliche laufende Linie der Vergeltung und Blutrache, um es kurz so zu nennen, muß — das ist klar — einmal mit energischem Ruck abgeschnitten werden. Wie es in der Volksgemeinschaft einmal eine Familie geben mußte, die den Zwang blutiger Überlieferung brach und Wergeld an Stelle von fremdem Leben nahm, so muß einmal eine neue Generation einen entschlossenen Strich machen unter die Vergeltungsrechnung und es versuchen, den Jahrtausende alten Kampf zwischen Herrschenden und Dienenden möglichst ohne Gewalttätigkeit, mit passivem Widerstand zu schließen. Eine

Umwälzung, die einfach die Leute von unten nach oben, die von oben nach unten wirft, ändert ja nicht das Geringste an dem falschen System, daß es überhaupt Privilegierte und rechtlich oder ökonomisch Benachteiligte gibt. Eine richtig und auf Dauer eingestellte Gesellschaftsordnung ist ein System ineinandergreifender Arbeit aller Volksgenossen — und auch aus diesem Gedanken heraus hat die letzte Waffe des Generalstreiks den Vorzug, aufs anschaulichste diese gegenseitige Abhängigkeit und wechselseitige Verschuldung zu helfendem Dienst auch dem Blödesten klar zu machen.

Daß auch diese Kampfesform nicht etwa ein ziemlich harmloses Mittel ist, sondern eine überaus starke Liste von „Gefallenen“, Toten und Verwundeten, aufweisen müßte, ist schon angedeutet. Man denke nur z. B. an das Schicksal der kleinsten Kinder, und zwar vorzugsweise der Kinder der Ärmsten, in der Großstadt, wenn alle Milchzufuhr vom Lande ausbleibt, kein Laden geöffnet ist, die geringen Vorräte zu Wucherpreisen von dem Vermögenden aufgekauft werden, u. s. w.

Es ist unmittelbar klar, daß ein solcher Zustand nicht drei Tage lang aufrecht erhalten werden könnte, zumal sich die Natur ja an dem Generalstreik nicht beteiligen, sondern ruhig weiter produzieren würde. Solange man aber nicht ein unfehlbares Mittel gefunden hat, den Hungernden vom Brechen des Apfels, der vor seiner Nase hängt, zu hindern, wird wenig Aussicht für einen wirklichen Generalstreik sein.

Es kann sich, wie offen zugegeben wird, immer nur um einen größeren oder geringeren Massenstreik handeln. Hier gibt es in der Tat ein Mittel, auch den Hungernden eine Zeitlang diesen Kriegszustand ertragen zu lassen: das Solidaritätsbewußtsein der Kämpfenden selbst; und es ist nicht überflüssig darauf hinzuweisen, welches ungeheure Kapital sittlichen Mutes und edelster Opferfreudigkeit in den Streikorganisationen, Gewerkschaften, Gewerkvereinen, Syndikaten zc. investiert sein muß, um auch nur den Gedanken eines Massenstreiks fassen zu lassen. Ein groß angelegter Streik fordert immer von den Streikenden selbst die größten Opfer, so sehr auch dem fernstehenden Publikum die gewaltigen Ziffern imponieren mögen, mit denen die Arbeitgeber ihre Verluste an Kapital und entgangenem Gewinn anzugeben pflegen; der eigentliche Massenstreik aber ist nur dem Sturm auf eine feste Stellung zu vergleichen, bei dem die Vorangehenden wissen, daß erst über ihre Leichen der Sieg einziehen kann. Daß solche Gesinnung in unserem Volke noch lebendig ist und es kaum

an solchen mangelt, die sich auf den Ruf: Freiwillige vor! in das sichere Verderben schicken lassen — das sollte eigentlich unseren hohen Offizieren und Beamten ein wenig Bewunderung vor der Disziplin und dem Geist der „roten Armee“ einflößen.

Man kann mehr sagen. Eben betonte ich, daß der Massenstreik auch mit den Augen der Regierenden angesehen das sittlich unanfechtbarere Mittel des Umsturzes ist, minder anfechtbar sicherlich, als die nackte Revolution mit Meuterei des Heeres, der Marine und Gehorsamsverweigerung der Beamten. Hinzuzusetzen ist, daß sich eine sozial empfindende Regierung auf die, noch so entfernte, Möglichkeit eines solchen Streiks einzurichten hat. Ich erinnere an das Bild von den Staubecken, Deichbauten und Brückenkonstruktionen gegenüber der Frühjahrsüberschwemmung. Dazu gehört vor allem auch von seiten der Regierung, (ganz wie ich das vom vernünftigen Sozialismus verlange) der grundsätzliche Verzicht auf bloße gewalttätige Niederwerfung der Unzufriedenen.

Auch hier mag die Möglichkeitsfrage unerörtert bleiben. Vorläufig sieht es ja, in Mitteleuropa wenigstens, so aus, als ob die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs bei einem wirklichen Bürgerkriege für die Regierungen unendlich viel größer wäre, als für die revolutionären Parteien. Aber das bleibt nicht so. Vor allem darum nicht, weil die Entwicklung des Heeres aus einer Söldnerschaar und Leibgarde der Herrschenden zum Volksheer nicht mehr zurückzuschrauben ist. Und wenn heute noch, wie Ed. Bernstein einmal sagt, „den revolutionären Parteien gegenüber auch beim jetzigen Volksheer der Ton in der Regel auf der letzten Silbe zu liegen kommt“, der militärische Gehorsamsdrill also noch über das Bewußtsein der Solidarität mit dem Volke triumphiert, so ist doch mit Sicherheit darauf zu rechnen (ohne daß man Jahrhundertziffern einzusetzen braucht), daß die Reserve des platten Landes in absehbarer Zeit nicht mehr ausreichen wird, dem sozialistisch erzogenen Nachwuchs des städtischen Proletariats das Gleichgewicht zu halten. Langsamer wird naturgemäß die innerliche Umgestaltung des Offizierkorps gehen, aber selbst wenn die preußisch-deutsche Methode des Offiziererlasses aus den Kreisen der „Staatserhaltenden“ auch beibehalten werden könnte — schließlich kann selbst das feudal-gesinnteste Offizierkorps für seinen König nur den ehrlichen Soldatentod im Kampf gegen Aufwührer sterben, aber nicht eine widerwillige Truppe gegen die Volksgenossen führen. Dieses Bild ist nicht etwa ein Traumgebilde der Furcht und des Schreckens, sondern das logische und natürliche Resultat

einer bereits in allem wesentlichen begonnenen Entwicklung, über deren Tempo man, wenn man Lust hat, noch streiten mag. Regieren heißt aber auch hier wieder Voraussehen.

Niemand mutet nun der Regierung zu, schon heute das Heer aus einem Kampf „gegen den inneren Feind“, wofern dieser sich wirklich seinerseits auf den Boden der reinen Gewalt stellen wollte, völlig auszuschalten, oder im gegebenen Falle die zum Schutz der Geseze berufene Polizeimacht nicht zu unterstützen — was verlangt werden muß von einer über die nächsten fünf Jahre hinausschauenden Regierung ist aber: Grundsätzlich und wesentlich muß dort anerkannt werden, daß mit reiner Gewalt gegen das Volk nicht regiert werden kann, daß das Volk nicht als reines Objekt des Regierens mehr behandelt werden kann, daß also wirklich „nicht Roß nicht Reifige die steile Höh' stützen, wo Fürsten stehen“. Es ist klar, daß dieser Verzicht auf Gewalt oben um so mehr erleichtert wird, als ihm der gleiche Verzicht unten entgegen tritt (und umgekehrt). Es wäre also nicht nur ein unverzeihlicher Frevel, sondern mehr als das: ein nie wieder gut zu machender Fehler, wenn gegen einen Massenstreik die bewaffnete Macht des Landes anders aufgeboten würde, als etwa in dem oben erörterten Sinne, Ausschreitungen gewalttätiger Art zu verhüten und etwa noch, den Mangel an Arbeitskräften durch kommandierte „Streikbrecher“ zu ersetzen. Das letztere geht natürlich nur dann noch, wenn die Regierung das Heer wirklich noch in der Hand hat.

Vorausgesetzt nun, die Streikenden enthielten sich wirklich jeder Gewalttat, sie ließen sich weder durch die ihnen gegenüberstehende bewaffnete Macht noch durch den Hunger zu Ausschreitungen herausfordern, dann fehlte — trotz des erdrückenden Notstandes — auch jeder gesetzliche Grund zum Einschreiten. Schließlich kann ja doch handeln — in diesem Falle Arbeiten — direkt nicht erzwungen werden, und einer verzweifelten Schar gegenüber, die lieber zugrunde geht, als ihre Arbeitskraft wieder in den Dienst der Gegner zu stellen, ist auch das stärkste Heer ohnmächtig. Darum muß die Regierung mit diesem äußersten Mittel des Volkes, das in seiner Passivität sich eben als das stärkste erweist, und das Gesez und rechtliche Empfinden jedes Denkenden für sich hat, rechnen. Sie muß bei Zeiten Vorkehrungen treffen gegen ein Landesunglück, das hinter der Eroberung durch einen fremden Feind nicht zurücksteht.

Vor allem natürlich durch eine Sozialpolitik, die so umfassende Streikbewegungen einfach unmöglich, weil unsinnig macht. Das im

einzelnen anzuführen ist hier nicht meine Aufgabe. Festzuhalten sind nur die Gedanken: Zum Vergnügen, aus Bosheit streikt niemand, und zweitens: Niemand verlangt das Unmögliche — also etwa eine kommunistische Güterverteilung oder auch nur eine plötzliche Umwälzung unserer ganzen ökonomischen Gesellschaftsordnung. Man hat ja wohl auch heute noch nicht gehört, daß die Metallarbeiter, oder die Buchdrucker in den Streik treten, um für jeden Einzelnen eine lebenslänglich ausreichende Rente oder eine Villa am Strande zu erzielen, sondern unsere Streiks und Aussperrungen pflegen sich meist um wenige Groschen oder Pfennige täglichen Mehrlohns zu drehen, soweit sie rein ökonomische Gründe haben. Und was drittens die Angst vor den sich stetig steigenden Ansprüchen, was die berüchtigte „ewige Unzufriedenheit“ betrifft, so tun wir gut, nicht nur an die eigene Brust zu schlagen, sondern auch uns klar zu werden, was die sozialdemokratische Presse mit Recht immer wiederholt, daß diese Unzufriedenheit die Unruhe ist, die den Gang der Entwicklungs-Uhr aufrecht erhält. Endlich ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Unsere körperlich arbeitenden Volksgenossen sind ja nicht Unsinnige, die die Sonne vom Himmel verlangen, sondern sie wissen sehr genau die Möglichkeit einer Erhöhung des Arbeitslohnes und die Grenzen der Verteuerung von Fabrikaten abzuwägen — und zwar um so besser, als sie durch Arbeiterausschüsse, durch ihre gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Produktiv- und Konsumtionsvereinigungen Einblick in die verwickelten Bedingungen der volkswirtschaftlichen Produktion gewinnen, um so mehr, als sie aus „Händen“ zu vollberechtigten Köpfen und Persönlichkeiten werden.

Neben dieser weitausschauenden Sozialpolitik aber stehen nun noch kleinere Mittel, die das Unglück eines Massenstreiks, falls er trotz alledem ausbrechen sollte, zum großen Teil parieren können. Von der Verstaatlichung, bezw. Verstädtlichung einzelner Berufe und Handwerke ist schon oben gesprochen. Es stünde nichts im Wege, auch darüber hinaus noch die Heeresorganisation, die nun einmal noch die stärkste Stütze jeder Regierung ist, für den Ausbau einer industriellen Not-Reserve zu benutzen. Die Not hat die italienische und ungarische Regierung bereits auf diesen Ausweg mit Bezug auf die Eisenbahner gebracht. Da nun alle im Volke vertretenen Berufe auch im Heere zu finden sind und die Verpflichtung zum Dienst in der Reserve den Zusammenhang mit der Heeresdisziplin noch aufrecht erhält, so bedürfte es kaum einer ausdrücklichen Verpflichtung, um der Regierung im Falle eines Massenstreiks, der selbst viele Gewerbe

und Handwerke umfassen könnte, mindestens ein Personal für die notdürftigste Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Daß dies vielfach, zumal wenn die Wogen der Erregung im Volke hochgehen, ein nicht gerade williger Ersatz sein würde, ist zweifellos; immerhin würde das Odium des Streikbrechers auf Genossen, die notorisch durch den Diensteid zum Gehorsam gezwungen wären, nicht lasten, andererseits würde die Arbeiterschaft, die diesen schweren Kampf zu unternehmen gewillt ist, mit dieser Tatsache von vornherein zu rechnen und sich abzufinden haben, genau so, wie sie in ihren Kalkül die Wahrscheinlichkeit einzustellen hat, daß ein kleiner Teil von Arbeitern und eine größere Menge von „Bourgeois“, die schließlich auch Hände zum Zugreifen und vielfach auch die gewerbliche Vorbildung besitzen, ihnen in den Rücken fallen werden. Je größer diese Menge ist — und das wird im umgekehrten Verhältnis zur Gerechtigkeit ihrer Sache stehen — desto weniger wird auf einen Erfolg zu rechnen sein; das aber ist für beide Teile gut; für die bürgerliche Gesellschaft, die dadurch vor der stärksten Erschütterung bewahrt wird, und für die Arbeiterwelt, die vor gewagten und nicht todsicheren Experimenten gewarnt wird. Völlig ausgeschlossen aus den Maßregeln einer nationalen Regierung aber müßte die Heranziehung von Arbeitern fremder Nationalität sein, selbst wenn sie sich in nennenswertem Maße und in Kürze ermöglichen ließe. Eine Verquickung der Erbitterung gegen Streikbrecher mit nationalen Leidenschaften könnte nur zu den beklagenswertesten Zwischenfällen führen, die höchstens für „Scharfmacher“ und Leute, denen nicht der schließliche Friede, sondern die Verewigung des Klassenkampfes am Herzen läge, erwünscht sein könnten.

Ob daneben für den Fall des „inneren Krieges“, wie für den des auswärtigen, Vorratsmagazine für die verschiedenen notwendigen Bedürfnisse der Gesellschaft angelegt werden könnten, die von nennenswerter Bedeutung wären, ferner in welcher Weise, vorausgesetzt daß der Verkehr nicht völlig lahmgelegt ist, die Zufuhr aus dem Auslande bezw. den Nachbarstaaten zu sichern sei, ob ein „Julisturm“ zur Deckung der Kriegskosten bereit sein müßte — das alles kann hier dahingestellt bleiben. Wir erwägen ja hier nicht die Möglichkeiten eines Erfolgs oder Mißerfolgs der Kriegführenden, sondern wollen nur unterstreichen, daß das ethische Interesse zugunsten beider Teile die möglichste Erschwerung des Generalstreiks erfordert.

Es verhält sich schließlich — und damit kehren wir zum Aus-

gangspunkte unserer Betrachtung zurück — mit dem Massenstreik als dem letzten Mittel der Notwehr einer Klasse gegen die anderen, genau so wie mit dem Kriege, als der ultima ratio der Völker untereinander. Die bloße Erschwerung dieses für die Menschheit hier, für eine Nation dort so verhängnisvollen Austragens von Streitigkeiten, so richtig sie ist, vermag allein den Krieg nicht aus der Welt zu schaffen. Vielmehr weiß man, daß oft genug der unerträgliche Druck der Rüstungen selbst und die notgedrungene Pflege der kriegerischen Gesinnung zum Losschlagen geführt haben. Die einzige durchgreifende Hilfe ist von der allmählichen Erziehung des Volkes zu vernünftigem und sittlichem Geiste zu erhoffen.

Es ist billig und leicht, wenn die „Realpolitiker“ hier die Achseln zucken und etwas von Binsenwahrheiten und utopistischer Schwärmerei murmeln. Diese braven Leute vergessen nur dabei, daß die eigene Erziehung, die sie genossen haben, sie aus unsozialen Egoisten zu gesellschaftlich brauchbaren Menschen gemacht hat, daß Vernunft und Sittlichkeit eine unlösliche Ehe mit einander geschlossen haben, und daß alles, was wir Kultur nennen, darin besteht, daß anfängliche „Utopien“ zur Wirklichkeit geworden sind.

So wenig es eine Unmöglichkeit war, daß Mitglieder einer Familie, eines Hauses, einer Stadt jemals den beständigen Krieg Aller gegen Alle mit einer vernünftigen Rücksichtnahme auf ihre gegenseitigen Interessen vertauschten, so wahr ist es, daß es eine Harmonie des labilen Gleichgewichts auch zwischen direkt einander entgegengesetzten Kräften gibt — so sicher ist es auch, daß die Klassenkämpfe unserer Zeit, wie die Nationalkriege, schließlich einer unseren Nachfahren kaum mehr verständlichen Epoche angehören werden. Dazu aber gehört — so pedantisch und langweilig dieses klingen mag — immer wieder nur Erziehung zu vernünftigem Denken und sittlichem Wollen.

Nur eins noch: Wer erzogen werden soll, der braucht nur eins, dies aber unbedingt, mitzubringen: den Willen, sich erziehen zu lassen. Das gilt für beide Gegner, die sich heute durch eine soziale Kluft getrennt sehen. Wenn ich aber die Zeichen der Zeit richtig verstehe, dann hat dieser Wille die größte Stärkung nötig bei — den regierenden Klassen.

## Das Zarentum im Kampfe mit der Zivilisation.

Von Roman Sembratowycz.

Preis M. 1.—.

## Polonia irredenta.

Von Roman Sembratowycz.

Preis M. 2.—.

Die Zeit, Wien. Sembratowycz schildert die Verwaltung Galiziens durch den polnischen Adel, die Zurücksetzung der Ruthenen in ökonomischer und kultureller Hinsicht, die Ausbeutung der polnischen Bauernschaft durch die Großgrundbesitzer und ihre Pächter, die polnischen Wahlen und die bekannten galizischen Finanzskandale. Die Broschüre wird ein willkommenes Bundesgenosse der antipolnischen Politiker im Deutschen Reiche sein. In den Polendebatten, die wie alljährlich auch heuer im preussischen Abgeordnetenhaus und im Reichstage wiederkehren werden, dürfte den Klagen der Polen die Wahrheit über Galizien aus dem Buche von Sembratowycz vorgehalten werden.

## Die polnische Frage.

Von Max Buttler.

Preis M. —.60.

## Politik und Moral.

Von Ferdinand Tönnies.

Preis M. —.75.

Rübecker Eisenbahnzeitung. Mit echt deutscher Wissenschaftlichkeit weist der bekannte Soziologe und Hobbes-Forscher in den einzelnen Zweigen der inneren Politik nach, ein wie unbedingt notwendiges Ingrebienz jeder Volksgesundung gerade die Moral sei.

## Georg Herwegh, Ein Freiheitssänger.

Von Robert Seidel.

Mit einem Bildnis des Dichters.

Preis M. —.60.

Münchener Post. Seidel hat mit kurzen, kräftigen Strichen ein treffendes Bild des großen Freiheitssängers gegeben, dem es nicht vergönnt war, im Vaterlande seine Fähigkeiten zur vollen Entfaltung zu bringen. Daß mit einem guten Bild Herweghs gezierter Schriftchen wird allen Freunden des Dichters eine willkommene Gabe sein.



# DAS FREIE WORT

FRANKFURTER  
HALBMONATSSCHRIFT  
FÜR FORTSCHRITT AUF  
ALLEN GEBIETEN  
DES GEISTIGEN LEBENS

HERAUSGEGEBEN VON MAX HENNING

DAS FREIE WORT erscheint monatlich zweimal und ist durch jede Buchhandlung, die Post, oder auf Wunsch direkt vom Verlag zu beziehen. Die Nummer hat 40 Seiten Umfang. Für die Abonnenten liegt jeder Nummer eine Lieferung (16 Seiten) der

## Bibliothek der Aufklärung

bei. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal Mark 2.—. Einzelne Nummern kosten 40 Pfennig.

Probenummern auf Verlangen jederzeit kostenfrei durch die meisten Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Die bisher erschienenen 4 Jahrgänge des „Freien Wortes“ sind zum Preise von M. 3.— für den ersten und je M. 8.— für die übrigen Jahrgänge in elegantem Leinenband erhältlich.

Bisher erschienen in der Bibliothek der Aufklärung:

## Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?

Von Immanuel Kant. Mit Einleitung von Dr. Fr. Jodl, o. ö. Professor an der Universität Wien.

(Im Einzelbezug M. —.40.)

## Wahrhaftigkeit.

Von William Kingdon Clifford. Mit einer Vorrede von Georg von Gizycki.

(Im Einzelbezug M. —.60.)

## Anti-Goeze.

Von Gotthold Ephraim Lessing. Mit einer Einleitung von Dr. Arthur Pfungst.

(Im Einzelbezug M. —.60.)

## Die Legende vom heiligen ungenähten Rock in Trier und das Verbot der vierten Lateransynode.

Von Dr. G. Kaufmann, o. ö. Prof. der Geschichte an der Universität Breslau. Zweite um ein Vorwort vermehrte Auflage.

(Im Einzelbezug M. —.50.)

## Freie Wissenschaft und freie Lehre.

Von Professor Ernst Haeckel (Jena). Mit einer Einleitung von Dr. Heinrich Schmidt (Jena).

(Im Einzelbezug nicht erhältlich.)

## Das «Breve Dominus ac redemptor noster»

(Aufhebung des Jesuitenordens durch Clemens XIV.) Mit einer Einleitung von J. Lanz-Liebenfels.

(Im Einzelbezug M. —.50.)

## „Geboren von der Jungfrau“.

Das Zeugnis des Neuen Testaments gegen die Lehre von der übernatürlichen Geburt Jesu Christi. Von Dr. Paul Rohrbach.

(Im Einzelbezug M. —.60.)

In Aussicht sind ferner genommen:

## Das Wesen der Religion.

Von Ludwig Feuerbach.

## Der Taxil-Schwindel.

Ein welthistorischer Ulk. Bearbeitet von J. Lanz-Liebenfels.

## Jesuitenlieder und andere Gedichte!

Von Hermann von Gilm. Mit einer biographischen Einleitung von Arnold von der Passer.

Schriften von Dr. Arthur Böhtlingk, o. ö. Professor der Geschichte und Literatur an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe.

Soeben erschien:

**Schiller**  
und das kirchliche Rom.  
Eine literar-historische Abhandlung.

Preis M. 1.50.

Früher erschienen:

**Goethe und das kirchliche Rom.**

Preis M. —.50.

**Auf der Fahrt nach Canossa.** 2. Auflage.

Preis M. —.60.

**Abwehr und Anklage.** 2. Auflage.

Preis M. —.25.

**Der Kapuziner ist da!**

Preis M. 1.50.

**Noch ein Wort an Erzbischof Dr. Nörber zu Freiburg i. B.**

Preis M. —.50.

**Die Jesuiten und das Deutsche Reich.**

Preis M. —.30.

**Der Ultramontanismus und das badische Schulwesen.**

Preis M. —.20.

**Das „katholische“ Eherecht.**

Preis M. —.20.

Dr. Ludwig Erch  
ADVOCAT  
BRÜNN  
Rennergasse Nr. 22

**Vorwort.**

Der am 3. August dieses Jahres in der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften behufs Stellungnahme zum Amsterdamer internationalen Kongress gehaltene Vortrag über „Parlamentarismus und Generalstreik“ hat eine Reihe heftiger Angriffe gegen den Referenten gezeitigt. Die Unfähigkeit, sachlich und in würdiger Weise zu diskutieren, hat sich bei dieser Gelegenheit wieder schmerzlich geoffenbart, um so bedauerlicher, als dogmatische Intoleranz, Parteisantismus noch niemals der Entwicklung einer Partei förderlich gewesen sind, am wenigsten aber einer Kulturbewegung, die Denk- und Lehrfreiheit als ersten Grundsatz predigt und die jede andere Ueberwindung als die mit geistigen Waffen verabscheut. Anstatt infolge der Tatsache, daß ein langjähriger, erprobter Parteigenosse, der nach allgemeinem Urteil die Interessen des Proletariats stets zweckmäßig und förderlich vertreten hat, notgedrungen (Wahlrechtsraub in Sachsen, Bruch der Geschäftsordnung im Reichstag, Neutralitätserklärung der Gewerkschaften 2c. 2c.) der bisherigen Taktik und ihren Folgeerscheinungen entgegentritt, an der Hand des Dargelegten unsere wie unserer Gegner gegenwärtige Situation ernsthaft zu prüfen, fand man nichts als gehässige, niedrig persönliche Erörterungen, die wohl ein Eingehen auf die unbecommene Sache selbst erübrigen sollten. Andererseits haben mancherlei freudige und begeisterte Zustimmungen auch den Beweis erbracht, daß man neben der bisherigen Ausbreitung der Bewegung in die Weite

(Hauptwert des Parlamentarismus) auch das Streben nach Vertiefung unter den „sozialdemokratischen Stimmen“, das Weitertreiben derselben zum sozialistischen Empfinden und Handeln, die im wesentlichen der Eigentätigkeit des Individuums und der Heranbildung der Selbstverantwortlichkeit bedarf, wohl zu würdigen weiß und als Verdienst um die Partei erkennt, was andere als „beinahe Parteiverrat“ glauben bezeichnen zu müssen.

Für jeden, der historisch denken kann, ist es selbstverständlich, daß eine Taktik richtig ist, und mag sie noch so viel Uebel in sich bergen, wenn man keinen anderen Weg hat, die vertretene Sache voranzubringen, und daß eine Taktik falsch ist, und mag sie noch so viele Vorteile schaffen, sobald es andere Wege gibt, die in kürzerer Zeit und unter Vermeidung mancher Fährlichkeiten zum Ziel führen. So steht es mit dem Parlamentarismus. Als einziges mögliches Betätigungsfeld der proletarischen Emanzipation mußten wir dieses vom Klassenstaat zur Verfügung gestellte Kampffeld gebrauchen — als Mittel zum Zweck. Jetzt, da wir eine erstarrte Bewegung haben, wo wir eine Reihe von geistigen wie ökonomischen Betätigungsfeldern haben, wo aber im Proletariat und bei manchen seiner Führer der Parlamentarismus als einziges Mittel, beinahe als Selbstzweck betrachtet zu werden droht, ist es höchste Pflicht, zu untersuchen, ob wir dieses Mittels zum Zweck noch bedürfen, welches sein Nutzen, welches seine Schäden sind.

Jeder, der historisch denken kann, sollte ferner wissen, daß ein solches Kampfmittel, in dem seit langem so viel Kräfte des Proletariats investiert sind, nicht von heute auf morgen beiseite gelegt werden kann; daß niemand, der wahrhaft auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ein dem Proletariat angehöriges Recht preisgeben wird, sondern daß selbst bei entschiedener Verneinung des Parlamentarismus das Proletariat nur freiwillig und aus eigener Entschließung in allmählicher Umwandlung seiner Kamp-

jesbahnen bisher geübte Kampfesformen verlassen wird.

Daß eine unterdrückte Klasse um so schneller zum Ziele kommt, je unabhängiger ihre Entwicklungs- und Betätigunggebiete vom Gegner sind, je mehr dieselben lediglich dem Willen und Einfluß des Proletariats unterworfen sind, ist selbstverständlich. Die ökonomischen Vorteile, die durch den Parlamentarismus dem Klassenstaat heute abgerungen werden, können durch Eigentätigkeit des Proletariats in seiner Gewerkschaftsbewegung, durch Ausbau seiner Konsum- und Produktivassoziation reichlich ersetzt werden. Die ideellen Momente beim Parlamentarismus, die Ausbreitung des sozialistischen Denkens, die Förderung des Klassenbewußtseins können viel kraftvoller durch die Generalfstreiks-idee, viel schneller, viel wichtiger durch Verwendung der heute im Parlamentarismus festgelegten Kräfte zur direkten und unmittelbaren Erziehung und Beeinflussung der Volksmassen in Wort und Schrift durchgesetzt werden.

Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfmethoden. Unser Kampf ist ein ökonomischer, ist ein psychologischer. Deshalb müssen auch unsere Waffen ökonomischer und psychologischer Natur sein, und zwar werden dieselben um so wirkungsvoller sein, je mehr Keime des von uns Angestrebten dieselben schon in sich tragen, je weniger ihre Wirkung sich auf Abgeleitetes erstreckt, je direkter diese Waffen aus dem Wesen der Klassenherrschaft, ihrer ureigensten Form, herauswachsen.

Der Parlamentarismus als Schöpfer der Gesetze steht in unlösbarem Widerspruch mit unserem wahren Endziel „der freien Persönlichkeit“, d. h. der Befreiung des Menschen von jeder äußeren Bindung. Das Streben nach der Besitzergreifung des Staates, nach Erringung der politischen Macht setzt notwendigerweise weitere Herrschaft voraus und läßt dadurch die von uns angestrebte „ökonomische Freiheit“ ohne völlig freie unbeherrschte Persönlichkeit als

eine eben solche Utopie erscheinen wie das Ideal des Liberalismus, die „politische Freiheit“ ohne ökonomische Freiheit. Nur rechtzeitige Klarheit über das Wesen wahrer Freiheit kann uns vor dem Schicksal des Liberalismus, vor Erfüllung seiner historischen Aufgaben schmachvoll zu Grunde gegangen zu sein, bewahren.

Dem sozialdemokratischen Ideal, „in völlig freier Weise Umwelt in Inwelt verwandeln zu können“, muß hinzugefügt werden, „in gleich freier, schrankenloser Weise Inwelt in Umwelt zurückverwandeln zu können“, das Ideal des Anarchismus. Erst die Vereinigung dieser beiden Ideale gibt das Produkt des völlig freien Menschen, dem wir zustreben.

Deshalb haben wir uns nach vorwärts zu entwickeln, nicht Anlehnung zu suchen bei den Mächten der Vergangenheit, sondern mit denen gemeinsam zu kämpfen, die gleich uns auf dem Boden des Sozialismus und des Klassenkampfes stehen, die ein über das unsere hinausgehendes, aber das unsere in sich schließendes Ideal vertreten. — Und wenn die Waffe des Generalstreiks es zu Wege bringt, uns unser echtes Kampffeld, das ökonomische, das wir infolge der Neutralitätserklärung wie der jetzigen Kampfweise der Gewerkschaften je länger desto mehr zu verlieren drohen, stärker erfassen zu lassen, wenn sie unseren psychologischen Kampf vertieft, wenn sie die Vergeudung von Kampfesenergie und Kräften verhindert zwischen denen, die den gleichen Feind und gleiche Ziele haben, dann wird sie ihre große Aufgabe im Kampf des Proletariats erfüllt haben.

Pflicht der Partei wie der Gewerkschaftsbewegung ist es, diese Frage zu prüfen. Beider Aufgabe ist es, die „Generalstreiks-idee“ als organisatorisches und erzieherisches Mittel zu verwenden, den „Generalstreik selbst“ als letztes Moment der Zerspaltung des Klassenstaates ins Auge zu fassen und anzubahnen.

Berlin, August 1904.

R. Friedeberg.

Genossen! Wenige Tage trennen uns noch von dem Internationalen Sozialistenkongress, der in Amsterdam stattfinden wird. Es ist das eine Heerschau des internationalen Proletariats, die in gewissen Zeiträumen stattfindet, einmal um Berichte entgegenzunehmen über den Stand der proletarischen Bewegung in den einzelnen Kulturländern und sodann um die Taktik, die für die Zukunft einzuschlagen ist, festzulegen. Es ist selbstverständlich, daß eine richtige Taktik nur dann eingeschlagen werden kann, wenn man sich klar ist über den Stand der Bewegung, wenn man genau weiß, wie die Verhältnisse liegen, wenn man frei von allen Phrasen, von aller Schönfärberei, den Dingen klar ins Auge sieht. Das deutsche Proletariat aber hat vor allem Ursache sich über den Stand der Bewegung aufs genaueste zu informieren — wird doch immer behauptet, daß die deutsche proletarische Bewegung die fortgeschrittenste sei — um so auch in der Taktik keinen Fehler zu begehen.

Messen können wir den Stand der Bewegung an dem Grade, in dem wir uns unserm Endziel genähert haben. Das Ziel jeder proletarischen Bewegung ist selbstverständlich die Beseitigung der Klassenherrschaft und die Entwicklung der völligen Freiheit der Persönlichkeit. Alles andere, was man sonst noch nennen könnte, kann nur Mittel zum Zweck sein. Wir können nur daran den Fortschritt unserer Bewegung ermessen, ob wir feststellen können, daß uns diese Beseitigung der Klassenherrschaft schon tatsächlich gelungen ist oder ob die materielle und geistige Befreiung der Arbeiterklasse soweit geführt ist, ob soviel innere Spannkraft aufgehäuft sind, daß baldigst diese Befreiung eintreten kann. Sollten wir zu dem Ergebnis kommen, daß das nicht der Fall ist, so müssen wir sagen, daß wir unserer Aufgabe noch nicht gerecht geworden sind; das unsere Taktik uns noch nicht zu dem geführt hat, was wir erstreben.

Das Kennzeichen der Klassenherrschaft ist die ökonomische Unfreiheit, die Tatsache, daß eine kleine Klasse von Besitzenden alle Produktionsmittel in ihrer Hand hält, und daß der größte Teil des Volkes davon

ausgeschlossen ist, so daß, wenn diese große Mehrzahl der Besitzlosen, das sogenannte Proletariat, produzieren will, es darauf angewiesen ist, seine Arbeitskraft den Besitzenden zu verkaufen, und zwar zu Bedingungen, die ihm von der Kapitalistenklasse vorgeschrieben werden. Die Proletarier können nicht produzieren, sondern sind lediglich auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen. Aus dieser ökonomischen Unfreiheit folgt dann erst abgeleitet die politische, die gesellschaftliche Unfreiheit, und alles, was dazu gehört. Der Grundzug der Klassenherrschaft bleibt immer die Trennung der Produzierenden von den Produktionsmitteln.

Daß heute noch die Klassenherrschaft besteht, weiß jeder Einzelne von Ihnen, daß heute noch der Proletarier von den Produktionsmitteln getrennt ist, das bedarf keines Beweises. Man könnte aber einwenden, wenn auch diese Form der Klassenherrschaft noch besteht, so können doch ihre Befindungen, ihre sonstigen Modalitäten derartig sein, daß alles Unangenehme, was damit verbunden ist, allmählich beseitigt und verschwunden ist, und die Lebensbedingungen, die ganze kulturelle Lage des deutschen Proletariats eine gute und zufriedenstellende geworden ist. Prüfen wir einmal an den unveräußerlichen Menschenrechten, ob dies in der Tat zutrifft, ob das deutsche Proletariat wirklich in seinen langen Kämpfen einen derartigen Zustand erreicht hat. Da ist das erste dieser Rechte die Sicherung der physischen Existenz, der physischen Persönlichkeit. Ist die Sicherung des Lebens und der Gesundheit des Proletariats eine solche, daß er mit seiner Klassenlage zufrieden sein kann? Sterben müssen wir ja alle, ewig leben kann auch der Proletarier nicht; aber wir haben doch gewisse Wertungen, die innerhalb eines Kulturvolkes dafür festgesetzt sind, und wir werden sehen, ob das proletarische Leben, die Sicherung der proletarischen Gesundheit diese Werte erreicht oder ihnen wenigstens nahekommt. Wir haben ferner die Sicherung der Erwerbsmöglichkeit, die mit eins der ersten Kennzeichen, eine der notwendigsten Forderungen ist für das Wohlbefinden und das Behagen eines jeden einzelnen Menschen. Wer immer wieder gleich dem Vogel auf dem Dache dem Zufall ausgesetzt ist, ob er morgen etwas zum Leben haben wird oder nicht, von dem kann man nicht behaupten, daß er in guter und günstiger Position lebt. Wir werden weiter nachzusehen haben, ob neben dieser Sicherung der Lebens- und der Erwerbsmöglichkeit, diesen rein physischen Bedingungen, die geistige, die intellektuelle

und sittliche Fortbildung für das Proletariat gesichert ist. Das ist ja eins der ersten Erfordernisse, dessen ein Kulturmensch zu seinem Wohlbefinden bedarf, daß ihm vergönnt ist, sich geistig und sittlich fortzubilden. Wir werden ferner zu prüfen haben, ob die Sicherung der Rechtspersönlichkeit gewährleistet ist, ob der Einzelne innerhalb seines kulturellen Niveaus, innerhalb des Rechtsstaates seine Rechtspersönlichkeit behaupten kann oder ob er da Ungebühren, Zufälligkeiten ausgesetzt ist, die den Angehörigen anderer Klassen nicht zuteil werden.

Wir werden ferner, und das ist mit das Wichtigste, zu prüfen haben, ob dem Proletariat heute eine Sicherung der Erhöhung der nachkommenden Generation, der Kinder des Proletariats, entsprechend dem allgemeinen Kulturfortschritt gewährleistet ist. Auch das ist ein Hauptbedürfnis jedes kulturell denkenden Menschen; wenn es ihm selbst auch unter den heutigen Verhältnissen schlecht geht, wenn er auch nicht selbst den Anteil an den allgemeinen Kultur-  
gütern erhält, so wünscht er doch, und das ist für ihn ein hohes sittliches Moment, daß seine Kinder dessen teilhaftig werden.

Es fragt sich, ob alle diese Dinge, die ich hier genannt habe, wenn auch das erste und wichtigste Kennzeichen der Niederwerfung der Klassenherrschaft noch nicht erreicht ist, wenn die ökonomische Unfreiheit noch besteht, ob tatsächlich wenigstens diese Erfordernisse dem deutschen Proletariat schon gewährleistet sind.

Was die Sicherung des Lebens anbetrifft, die ich als das erste und wichtigste bezeichnete, so wissen Sie ja, daß für den Proletarier schon vor der Geburt, schon im Mutterleibe, die Unsicherheit des Lebens anfängt. Sie wissen, daß je länger je mehr die Frau vom Kapitalismus in den Produktionsprozeß mit hineingezogen ist, und daß auch die schwangere Frau sich vielfach der Mitarbeit nicht entziehen kann. Sie wissen, daß es eine Reihe von Berufen gibt, die so gesundheitschädlich wirken, daß sie schon die Frucht im Mutterleibe bedrohen. Ich erinnere an die Betriebe, in denen Quecksilber verwandt wird, an die Blei- und Phosphorbetriebe, an den Beruf der Näherinnen u. s. w., die alle mit Schädlichkeiten für die Frucht im Mutterleibe verbunden sind. Wir wissen auf Grund vieler hygienischer Untersuchungen und statistischer Ermittlungen von Ärzten und Sozialhygienikern, daß bei diesen Berufen die Zahl der Aborte ungeheuer groß ist, daß bei den Spiegelbelägen, wie sie seiner Zeit mit Quecksilber statt-

fanden, von den Arbeiterinnen kein einziges Kind ausgetragen wurde. Sie wissen, daß Skrofulose, Rhachitis (englische Krankheit) das Erbteil der Proletariertinder schon von Jugend auf sind. Die jammervollen Existenzverhältnisse von frühester Jugend auf bringen es mit sich, daß die Säuglingssterblichkeit bei den Proletariertindern zehnmal so groß ist wie bei den Kindern anderer Gesellschaftsklassen, und daß in den weiteren Jahren 4—5 mal so viel Kinder der Proletarier sterben als anderer Klassen. Sie wissen ja auch, daß von denen, die heute im Produktionsprozeß als Handarbeitende stehen, von den Proletariern, jeder zweite Mensch an Tuberkulose, an Schwindsucht stirbt, nicht am Ende eines langen genüßreichen Lebens, sondern nach schwerer Arbeit, im frühesten Alter. Gerade die Statistiken des Reichsversicherungsamtes haben gezeigt, daß im Alter von 20—30 Jahren die meisten Todesfälle und Invalidisierungen an Schwindsucht vorkommen, und daß schon lange ehe die Krankheit zu diesem Ziele geführt hat, der müde, sieche Leib noch immer zur Arbeitsstelle geschleppt werden muß. Sie wissen, daß für den Proletarier das durchschnittliche Lebensalter ein um fast 20 Jahre geringeres ist als für die anderen Schichten des Volkes. Das ist keine Zahl, die etwa sensationslüsterne Politiker aufgestellt haben, sondern von Männern der Wissenschaft, von den Statistikern der Reichsämtler selbst rühren diese Zahlen her, und sie sind unanfechtbar. Ich erinnere an die jammervollen Wohnungsverhältnisse. Erst kürzlich ist in Berlin und in anderen Städten durch die Untersuchungen der Krankenkassen, besonders durch die Ortskrankenkasse der Kaufleute hier festgestellt, wie die kranken Proletarier in licht- und luftlosen Räumen hausen müssen, wo sie natürlich von der Krankheit noch früher hingerafft werden. Sie wissen, daß der kranke Proletarier der Almosenpflege, der Armenpflege anheimfällt. Sie wissen, daß das Lebensalter der Proletarier ein derartiges ist, daß ihnen die sogenannten Wohltaten der sozialpolitischen Gesetzgebung, von der ja heute so viel Wesens gemacht wird, kaum zuteil werden können. Eine Statistik, die einen schon gut gestellten Beruf, die Feinmechanik, umfaßt, stellt fest, daß von einigen 40 000 Arbeitern dieses Berufes nur 28 die Altersrente erlangt haben.

Also mit der Sicherheit der körperlichen Existenz ist es noch schlecht bestellt.

Wie steht es nun mit der Sicherung des Erwerbs? Ich glaube, jeder Einzelne von Ihnen kann

davon sprechen, wie ein Arbeiter, der jahraus jahrein seine regelmäßige Beschäftigung hat, ein Arbeiter, der in gesicherter Lebensstellung ist, kaum existiert. Der Arbeiter ist der Macht des Staates, der Willkür und Laune des einzelnen Kapitalisten preisgegeben, der ihn behalten oder entlassen kann je nach Belieben. Oft genügt nur ein Wort, um den Arbeiter, der absolut rechtlos in dieser Beziehung ist, auf die Straße zu setzen und mag er noch so lange seine Arbeitskraft dem Unternehmer gewidmet haben. Wir können die Tatsache konstatieren, daß je länger ein Arbeiter in einer Fabrik beschäftigt ist, seine Existenz desto unsicherer wird, denn je älter er wird, desto verbraucher ist er. Der Arbeiter ist ja leicht zu ersetzen, leichter als eine Maschine, die industrielle Reservearmee sorgt dafür, daß immer jüngere, mehr leistende Arbeitskräfte den Unternehmern zur Verfügung stehen.

Wir wissen, daß das Hauptkennzeichen unseres heutigen Klassenstaates, der heutigen Art zu produzieren, gerade die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage ist. Diese Produktionsform, dies System des Kapitalismus ist mit wirtschaftlichen Krisen, man könnte sagen unzertrennbar verbunden. Es ist eine Tatsache, daß selbst zu den besten Zeiten, wenn die Industrie voll beschäftigt ist, immer noch ein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden ist, daß nicht alle Arbeiter, die arbeiten wollen und können, im Produktionsprozeß der Nation untergebracht sind, daß stets eine industrielle Reservearmee vorhanden ist, die ins ungeheure um 100 000 vermehrt wird, sowie Krisen den Arbeitsmarkt erschüttern. So wissen wir, daß vor wenigen Jahren hier in Berlin, in einer einzigen Stadt, über 100 000 Arbeitslose waren, daß in ganz Deutschland über eine halbe Million Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen waren. Es gibt heute noch kein Recht auf Arbeit. Der Arbeiter, der innerhalb des Staates lebt, wird wohl zu allen Pflichten herangezogen, er muß seine Arbeitskraft, er muß Gut und Blut hergeben, wenn das Vaterland in Gefahr ist, aber ein Recht des Arbeiters, daß er seine Kraft auch wirklich benutzen kann, daß er dann, wenn er die ganze Arbeitskraft im Dienste des Staates und der Gemeinsamkeit hingegeben hat, auch auf eine sichere Existenz rechnen kann, gibt es nicht, davon ist keine Rede.

Und wie steht es mit der Sicherung der Fortbildung, mit der geistigen Entwicklung, die vor allem jedem Menschen, der ein kulturelles Gewissen hat, der sich von der Stufe des Tieres erhoben hat, am tiefsten am Herzen liegt? Nun Sie wissen ja alle, wie es

mit unseren Volksschulen bestellt ist, Sie wissen, daß der Staat und die besitzenden Klassen an Bildung für die breiten Schichten des Volkes gerade nur das hingeben, was in ihrem Interesse ihnen gut erscheint, damit sie geeignete Arbeitswerkzeuge haben. Die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses seinerzeit haben gezeigt, wie die Junker, die Grundbesitzer des Ostens, gerade nur so viel Wissen dem Volk beibringen wollen, daß es ihnen willige Arbeitsmaschinen bietet. Sie behaupten, ein bißchen Lesen, Schreiben und Rechnen genüge und vor allem müsse eine gehörige Portion Religion gelehrt werden, damit die Kinder in Demut vor dem Herrn, vor der herrschaftlichen Klasse erzogen werden. Und auch die Bourgeoisie, das mobile Kapital, will nicht mehr Bildung dem Volke beibringen, als genügt, um für sich geschickte arbeitswillige Hände zu bekommen, sie ist Gegnerin jeder tieferen Volksbildung, weil sie fürchtet, daß dadurch das Volk zu höheren Lebensbedürfnissen und zur Erkenntnis seiner Klassenlage kommen könnte, und daß es vielleicht den Herrschenden die Notmäßigkeit auffagt. Haben wir doch einen fortgesetzten Kampf mit den liberalen Stadtverwaltungen selbst um den obligatorischen Fortbildungsunterricht. Immer und immer wieder wird es von diesen Herren verweigert, daß für diejenigen, die in der Volksschule sich nicht das genügende Maß an Kenntnissen haben aneignen können, ein obligatorischer Fortbildungsunterricht eingerichtet und die nötige Zeit dazu gewährt wird. Sie wissen, wie durch die lange Arbeitszeit, die ja mit ein Hauptmittel der Knechtung und Anebelung der Massen des Proletariats ist, die den Geist niederdrückt und ermüdet — wie auf diese Weise die kulturellen Bedürfnisse des Volkes darniedergehalten werden, wie durch die Teilarbeit, welche bei der heutigen maschinellen Entwicklung immer mehr aufkommt, der Mensch gewissermaßen auch zur Maschine wird, der nichts mehr mit dem Gesamtprodukt zu tun hat, wie er heute vielfach sein ganzes Leben immer und immer wieder denselben Teilgriff zu machen hat, und wie auf diese Weise eine Ermüdung erzeugt wird, die zum Stumpfsinn führt, namentlich in Verbindung mit der langen Arbeitszeit.

Und wie ist es mit der Rechtsicherheit, der Sicherheit des Rechtes der Persönlichkeit. Da brauche ich nur das eine Wort auszusprechen: Klassenjustiz. Sie alle wissen, daß wir im Zeitalter des Klassenkampfes leben, daß die herrschenden Klassen mit allen Mitteln danach trachten, ihre Herrschaft aufrecht zu

erhalten und sogar nicht davor zurückschrecken, diese Herrschaft gewissermaßen als göttliches Recht, als Ausfluß einer göttlichen Ordnung hinzustellen. Sie wissen, daß die Erfüllung der Rechtsansprüche gar sehr verschieden ausfällt, je nach dem es sich um einen Angehörigen der besitzenden Klasse oder um einen Proletarier handelt. Sie wissen, daß in unserer Heeresorganisation es etwas ganz anderes ist, ob da ein gemeiner Mann irgend ein Delikt begangen hat, oder ein Vorgesetzter. Sie wissen, wie es mit der Rechtsicherheit des Proletariats bestellt ist, wenn ich Ihnen nur die Namen nenne: Essen, Löbtau, Heidelberg, wenn ich dagegen Brüsenwitz, Hüffener und ähnliche Fälle erwähne. Ich brauche nur an die Lage der ländlichen Arbeiter zu erinnern, die heute noch nicht einmal das nackte Koalitionsrecht sich haben erringen können, das erste was der arbeitenden Klasse in einem Rechtsstaat zu Gebot stehen müßte, das Recht sich zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen.

Und wie steht es um die Sicherung der Erhöhung der nachkommenden Generation? Von der Volksschule habe ich schon gesprochen. Das Wort Kinderarbeit wird Ihnen im übrigen zur genüge sagen, wie es damit bestellt ist, Sie wissen, daß es heute dem proletarischen Familienvater nicht möglich ist, bei noch so langer Arbeitszeit allein der Ernährer und Versorger seiner Familie zu sein; wenn dieselbe auch nur entfernt ein menschenwürdiges Dasein führen will, so müssen Frau und Kinder mitarbeiten. Die Kinder müssen schon im jugendlichsten Alter, bevor ihre körperliche und geistige Reife vollendet ist, mit für den Unterhalt der Familie sorgen. Und wie ist es mit dem Aufsteigen der Arbeitsklasse? Kann das Kind eines Arbeiters heute darauf rechnen, aus seiner Klassenlage herauszukommen? Sie wissen alle, daß dies kaum möglich ist, daß es unter Hunderttausenden kaum einem jemals zuteil wird. Das ist ja eben das Kennzeichen der Klassenherrschaft: das Kind des Arbeiters ist ausgeschlossen von den Kultur- und Bildungsmitteln der Nation, es muß wieder Arbeiter werden, es muß wieder für den Kapitalismus fronden, es ist immer wieder zu dem Elend und dem jammervollen Schicksal des Proletariats verurteilt.

Wenn wir diese Tatsachen bedenken, so müssen wir sagen, daß doch eigentlich in der Klassenlage des

Proletariats sehr wenig Günstiges und Vorteilhaftes eingetreten ist, seitdem wir den Klassenkampf führen, und wir werden uns da doch wohl die Frage vorzulegen haben: woran liegt es denn, daß das deutsche Proletariat sich eine günstige Situation noch nicht hat erkämpfen können.

Man könnte den Grund vielleicht darin suchen, daß etwa die Bewegung bei einem so tiefen und niedrigen Zustand der proletarischen Schichten eingesetzt hätte, wo es sich noch gewissermaßen nur um Tiere handelte, sodaß man die 40 Jahre Klassenkampf dazu hätte verwenden müssen, um überhaupt nur die ersten Bedingungen eines Klassenbewußtseins zu schaffen. Aber dem ist nicht so: das deutsche Volk ist schon seit langem eins der ersten Kulturvölker, das deutsche Volk hat schon vor Jahrhunderten revolutionäres Bewußtsein gehabt, schwere und große Klassenkämpfe sind schon vor Jahrhunderten im deutschen Volke ausgefochten worden, und hatte doch auch die bürgerliche Revolution der vierziger Jahre unter wesentlicher Beteiligung der arbeitenden Klassen sich abgespielt. Also dieser Grund trifft nicht zu.

Aber sie sollen mich nicht beschuldigen, daß ich zu schwarz gemalt habe. Ich will zugeben, daß manches sich in der Klassenlage des deutschen Proletariats gebessert hat. Gewiß, wir sind voran gekommen, wir haben eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die, so jämmerlich und kümmerlich sie auch ist, doch schon gewisse Ansätze zu einer Besserstellung enthält. Wir haben auch in der Lebenshaltung des Proletariats eine gewisse Erhöhung. Sind denn diese Erfolge aber wirklich ausschließlich dem Klassenkampf zu verdanken, oder sind da nicht eine Reihe anderer Umstände mitwirkend gewesen? Ich denke an die überaus günstige Konjunktur, an die Prosperitätsperiode, die über Deutschland seit einer Reihe von Jahren hereingebrochen ist. Gerade diese Prosperitätsperiode hat den Aufschwung des deutschen Kapitalismus herbeigeführt. Sie hat einen Milliardenregen über das deutsche Volk ergossen, einen Milliardenregen, von dem die deutsche Kapitalistenklasse ungeheure Summen sich angeeignet hat, für das deutsche Proletariat aber ist nur ein ganz schmaler Saum davon übrig geblieben. Gerade die zentrale Lage Deutschlands, die Technik, die deutsche Wissenschaft und nicht zum mindesten die Bedürfnislosigkeit der deutschen Arbeiter, sie haben es herbeigeführt, daß wir eine große Exportindustrie haben begründen können, die dem deutschen Volke viel Geld ins Land gebracht hat, aber nur ein geringer Teil

davon ist dem deutschen Proletariat zugute gekommen. Aber überlegen Sie selbst, wenn die deutsche Kapitalistenklasse nicht so günstig gestellt worden wäre, wenn der Kampf um die Beute hätte härter sein müssen, hätte dann das deutsche Proletariat etwas von dem erreicht, was es bekommen hat? Wir werden wohl die Frage mit einem bedenklichen Achselzucken beantworten müssen.

Wenn wir also sehen, daß die Klassenherrschaft heute noch ungemindert besteht, daß in der ganzen Lebenslage des deutschen Proletariats trotz aller günstigen Bedingungen sich nur ganz wenig verändert hat, trotz der ungeheuren Anstrengungen, die das Proletariat schon von einem ziemlich hohen Niveau aus gemacht hat, so müssen wir uns doch fragen, ob da nicht ein Fehler etwa in dem Wege vorliegt, den die deutsche Arbeiterbewegung gegangen ist, ob nicht taktische Fehler gemacht sind, etwa ein Vorgehen, das vielleicht die Stellung des Proletariats gekräftigt und gebessert hat, das aber in anderer Beziehung auch gerade die Lage der besitzenden Klasse, die kapitalistische Herrschaft selbst bestärkt und in noch viel höherem Maße mit Machtmitteln ausgerüstet hat, als das Proletariat solche gewonnen. Und ich behaupte, daß in der Tat dieses der Fall gewesen ist. Die Taktik, die das Proletariat bisher eingeschlagen hat, vielleicht hat einschlagen müssen, ist jetzt eine zum mindesten unzweckmäßige.

Die Taktik des deutschen Proletariats ist vom Anfang an getragen worden von einem Schlagwort: „Eroberung der politischen Macht“. Dies Wort war es, das die Massen begeisterte. Zur Eroberung der politischen Macht sollte das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht das Mittel sein. Es war klar und sehr verständlich, daß das deutsche Proletariat auf diesen Weg kam, denn man hatte das Beispiel der Bourgeoisie vor Augen. Der dritte Stand hatte sich emanzipiert, hatte seinen Anteil an der politischen Macht genommen durch eine politische Revolution. Er hatte sich zu einem Teil in den Besitz des Staates, der Staatsmacht gesetzt, die von Alters her durch Tradition, außer durch ökonomische Macht, auch noch durch einen psychologischen Faktor, das Gottesgnadentum, der Krone und durch den Besitz an ökonomischen Mitteln, durch das immobile Kapital, den Besitz an Grund und Boden, den feudalen Klassen, dem Junkertum, gehörte. Er hatte Anteil genommen an dieser politischen Macht auf Grund seiner ökonomischen

Macht, weil die Bourgeoisie im Besitze des mobilen, des flüssigen Kapitals und eines großen Teils der Produktionsmittel sich befand. Es war klar, wenn eine Klasse ökonomische Macht hatte, aber durch gewisse Faktoren davon ausgeschlossen war, diese ökonomische Macht in ihrem ganzen Umfange zu gebrauchen, daß sie dann danach streben mußte, die politische Macht zu bekommen, und — darum handelte es sich ja — im Verein mit den bisherigen Besitzern der Macht dieselbe auszunützen, um die Herrschaft über die unterdrückten Schichten des Proletariats auszuüben. So sehen wir denn auch, daß der Anteil an der Verwaltung, an der politischen Macht, den die Bourgeoisie nahm, daß der Parlamentarismus dazu benützt wurde, um die ökonomische Macht zu vergrößern, um ihre Herrschaft immer sicherer zu gestalten, und im Verein mit den Besitzern des immobilien Kapitals das Proletariat auszubeuten. So kam es, daß, als die proletarische Bewegung in die Bahn trat, der Begriff des Staates dabei in zwiefacher Weise in Erscheinung trat. Einmal ausgehend von dem Begriffe des Staates als einer über dem Ganzen schwebenden unparteiischen Gewalt. Sie wissen ja, daß im Anfang der Bewegung solche abstrakten Begriffe wie Staat sehr unklar waren, daß sie in das Bewußtsein der Massen durch Schule, Kirche und Erziehung von vornherein im Sinne der herrschenden Klassen eingetrichtert worden sind. Das war noch aus dem früheren religiösen Bewußtsein heraus, aus dem Begriffe der göttlichen Gerechtigkeit; der Staat als abgeleitet davon, als etwas über dem Ganzen Schwebendes, als etwas die Interessen der Allgemeinheit Vertretendes, wurde aufgefaßt als ein Mittel, die Klassegegensätze auszugleichen. In gewisser sehr beschränkter Beziehung trifft das ja auch zu. Der Staat hat gewisse Interessen, die sich mit denen der ausbeutenden Klassen nicht völlig decken, insofern, als er ja die Gesamtbevölkerung zu repräsentieren hat im Gegensatz zu anderen Nationen, weil ja noch immer der Kampf um die Beute zwischen den einzelnen Völkern tobt, und gegenüber dem nackten Ausbeutungsinteresse des Kapitalismus der Staat die Erhaltung der Wehrfähigkeit und eine gewisse Fürsorge für die Fortbildung der Nation in seinem Bereich ziehen muß. Aber jeder, der das wirkliche Leben kennt, weiß doch, daß das größtenteils wieder nur zum Nutzen des Kapitalismus geschieht und daß der Staat tatsächlich nichts als ein Instrument der besitzenden Schichten ist, um ihre Herrschaft über das

Proletariat aufrecht zu erhalten, ein Verwaltungsauschuß der ausbeutenden Klassen. Deshalb sind alle die Illusionen, die selbst ein Vassalle noch an den Staat knüpfen konnte, indem er Produktivassoziationen mit Staatshilfe gründen wollte, von dem Proletariat längst zum alten Eisen geworfen. Aber es blieb eine andere Auffassung vom Staat. Wenn man den Staat auch als eine dem Proletariat feindliche Einrichtung erkannte, so glaubte man doch, ihn in seine Hand bringen zu können. Man vergaß dabei ganz und gar, daß der Staat ja eigentlich nichts ist, ein abstraktes Wort, weiter nichts, daß ein Staat nur Sinn hat, solange Unterdrückte bestehen, daß er in dem Moment aber, wo die proletarische Weltordnung Platz greift, es keine Unterdrückten mehr gibt, aufhört zu existieren. Der Begriff Staat und Staatsgewalt steht notwendigerweise ein weiteres Beherrschen und Unterdrückung voraus. Wir haben deshalb nicht die Staatsgewalt zu erobern, sondern die wirtschaftliche Ordnung und das Innenleben des Proletariats so zu gestalten, daß jede Ausbeutung und Unfreiheit aufhört. Wir sehen deshalb auch in demokratischen Staaten, auch in den allerfreiesten, wo das Volk es völlig in der Hand hätte, die Staatsgewalt in seinem Sinne zu gebrauchen, wie z. B. in der Schweiz, wo die Initiative und Urabstimmung besteht, daß das dem Proletarier gar nichts nützt, daß eine krasse Klassenherrschaft dort obwaltet, weil die wirtschaftliche Organisation des Proletariats und seine innere Befreiung noch nicht weit genug gediehen sind. Und der Staat, dieses Ausbeutungsinstrument der besitzenden Klasse, trifft gewiß keine Einrichtung, die seiner eigenen Existenz, die erst durch das Bestehen ausbeutender Klassen zu Stande kommt, verderblich wird, eher appelliert er an die Gewalt. Aber manche Parlamentarier bilden sich ein, daß der Staat selbst ihnen die Mittel und die Möglichkeit zu seiner eigenen Vernichtung geben werde, wenn auch nicht mit einem Male, so doch allmählig, gewissermaßen ohne daß der Staat einwirken oder sich dagegen wehren könnte.

Wenn wir heute also der politischen Macht nachstreben, so ist klar, daß wir zum mindesten einen weiten Umweg machen. Das allgemeine Wahlrecht ist dem Volke nicht etwa gegeben worden, weil das Volk die Macht dazu hatte, es zu erringen, sondern es war ein Schachzug Bismarcks nach zwei Seiten hin. Einmal wollte er von seinem Junkerstandpunkt aus der Bourgeoisie, dem mobilen Kapital, einen

Knüppel zwischen die Beine werfen und das Proletariat ausspielen gegen den Liberalismus, um dessen Aktion lahmzulegen, und zweitens wußte Bismarck, der ein Menschenkenner war, ganz genau, daß, wenn er das Proletariat, das Volk, verknüpfte mit einer solchen gesetzlichen Aktion, er die revolutionäre Energie des Proletariats, die er fürchtete wie nur einer, auf diese Weise auf Abwege leiten würde. Und das ist auch in vollem Maße eingetreten. Wenn das Proletariat heute einen Zipfel von diesen ökonomischen Vorteilen, die über das deutsche Volk gekommen sind, errungen hat, so nur deshalb, weil von Anfang in der Bewegung ein revolutionärer Geist, eine revolutionäre Kraft steckte und daraus eine gewaltige Furcht der herrschenden Klassen resultierte. Das Feuer, das von den Führern der Bewegung ausging, die Opferwilligkeit, die Hingabe von Gut und Blut, die in den ersten Männern der Bewegung steckte und auf die Massen überging, die haben dem deutschen Proletariat das verschafft, was es heute genießt, nicht die Stimmenmassen, die heute da sind, die aber keine Persönlichkeiten mehr darstellen. Wenn früher jemand seine Stimme abgab, wenn er eintrat für den Sozialismus, so war das ein Glaubensbekenntnis zu einer Weltanschauung; heute ist es vielfach ein Vorteil für die Massen, heute bekommen wir Stimmen, weil wir die Macht haben an einzelnen Orten; weil ferner z. B. eine mit dem Hofe überworfenene Kronprinzessin bei ihrem Volke beliebt ist. Heute erobern wir 22 von 23 sächsischen Wahlkreisen, weil der Steuersatz dort um 25 pCt. in die Höhe geschraubt worden ist und uns dadurch eine Menge Unzufriedener zugeführt werden, nicht etwa, weil die sozialistische Ueberzeugung den Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen ist. Die drei Millionen Stimmen, die wir heute haben, die wiegen für mich sehr wenig. Der beste Beweis für ihren Wert ist ja geliefert worden in Sachsen selbst. In diesem Sachsen, das der „Vorwärts“ triumphierend das „rote Königreich“ nannte, dasselbe Sachsen, in dem kurz vorher sich Löbtau ereignet hatte, wo noch die Löbtauer Opfer im Zuchthaus saßen, als mit dem 3 Millionen-Wahlsieg die „Weltwende“ eintrat, in demselben Sachsen, wo schon bei der vorhergehenden Reichstagswahl 50 pCt. sozialdemokratisch wählten, und wenn wir die Stimmen der nicht wahlberechtigten erwachsenen Arbeiter unter 25 Jahren hinzuzählen, ca. 60 pCt. der erwachsenen Arbeiter sozialistisch gesinnt waren und bei den letzten Wahlen ca 60 pCt.

aller abgegebenen Stimmen sozialistisch, mit den nicht Wahlberechtigten also etwa  $\frac{1}{2}$  aller Arbeiter Sozialdemokraten waren, da hat sich die Sozialdemokratie das allgemeine Wahlrecht, mit dem wir nach unserer bisherigen Taktik einmal die ganze Gesellschaft umstürzen wollen, ohne den Versuch irgend eines Widerstandes nehmen lassen. Es hat sich auch noch nicht eine Hand gerührt dagegen. Und es ist doch ganz etwas anderes, ob ich ein Recht mir noch nicht habe erkämpfen können, ob ich darum erst ringe und strebe, oder ob ich ein Recht, das ich schon habe, mir nehmen lasse und es nicht behaupten kann. Wo ist denn die ganze proletarische Kraft und Macht, von der wir träumen, wenn wir noch nicht einmal die Rechte behaupten können, die wir schon besessen haben. Und ich kann Ihnen sagen, wenn die Zettelungen, die heute gegen das Reichstagswahlrecht im Gange sind, durchgeführt werden, das deutsche Proletariat ist vollständig ohnmächtig dagegen. Und ich muß sagen, wir werden dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht keine Träne nachweinen; im Gegenteil, wir werden wieder einmal bewundern müssen die Dummheit, den Mangel an Taktik bei unseren Gegnern, die der deutschen Arbeiterklasse endlich einmal die Augen öffnen werden über den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat.

Es werden viele unter Ihnen sein, die nicht sehr einverstanden sind mit meinen Ausführungen. Die parlamentarische Taktik, die Ueberschätzung des Parlamentarismus, ist schon zu sehr eingewurzelt in den Massen des deutschen Proletariats. Sie ist ja auch gar zu bequem; alles soll die Gesetzgebung, alles die Aenderung der Verhältnisse bringen, die eigene Persönlichkeit braucht nichts anderes herzugeben als alle paar Jahre in diesen oder jenen Stimmkasten einen sozialistischen Zettel zu stecken. Dann wachsen wir, wie gewisse Vertreter des Parlamentarismus es uns ja immer sagen, nur so von selbst in den Zukunftsstaat hinein. Aber ich möchte Ihnen einige Beweise dafür anführen, wie gerade diese parlamentarische Taktik uns schwere Schäden zugefügt hat. Früher waren auch sehr bewährte Führer dieser Meinung, wenn sie später vielleicht auch unter gewissen Einwirkungen, weil es schien, als ob das deutsche Proletariat große Vorteile damit erringen könnte, ihre Ansicht geändert haben. Der alte Liebknecht hat es einmal ausgesprochen:

„Fassen wir zusammen:

Einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung kann unser Reden nicht ausüben.

Den Reichstag können wir durch Reden nicht befehlen.

Durch unsere Reden können wir keine Wahrheiten unter die Massen werfen, die wir anderweitig nicht viel besser verbreiten könnten.

Welchen praktischen Zweck hat also das Reden im Reichstage? Keinen! Und zwecklos reden ist Loren Vergnügen.

Nicht ein Vorteil! Und nun auf der anderen Seite die Nachteile: Das Prinzip geopfert, der ernste, politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelsechtere herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahne verführt, der Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen.

Und wir sollen aus „praktischen Gründen“ parlamenteln? Nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuten.

Ich unterschätze nicht die Bedeutung des mündlichen Wortes. Allein, in Zeiten der Krise, in Zeiten, wo eine Welt im Absterben, eine andere im Entstehen ist, gehören die Vertreter des Volkes unter das Volk.

Aber angenommen, es gelinge, wie das der Traum einiger sozialistischer Phantasiopolitiker ist, eine sozialdemokratische Majorität in den Reichstag zu wählen — was sollte die Majorität tun? „Hic rhodus, hic salta“. Jetzt ist der Moment gekommen, die Gesellschaft umzugestalten und den Staat. Die Majorität faßt einen weltgeschichtlichen Beschluß, die neue Zeit wird geboren — — ach nein, eine Kompagnie Soldaten jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus, und lassen die Herren sich das nicht ruhig gefallen, so werden sie von ein paar Schutzleuten in die Stadtvogtei abgeführt und haben dort Zeit, über ihr donquigotisches Treiben nachzudenken.“

Der alte Viebknecht hatte damit vollständig Recht. Das Parlament ist eine Einrichtung im Interesse der bürgerlichen Klassen, um ihre Streitigkeiten mit der Krone und dem Feudalismus auszufechten. Nun hätten wir ihnen ja diese Waffe wegnehmen und sie zum Nutzen des Proletariats gebrauchen können. Aber gerade mit dem Parlamentarismus sind gewisse Dinge untrennbar verknüpft, die die proletarische Bewegung aufs äußerste korrumpiert und gelähmt haben. Der Parlamentarismus trägt in sich selbst die Be-

dingungen seiner schließlichen Unfruchtbarkeit für das Proletariat, die um so schneller in Erscheinung treten muß, je wirkungsvoller seine Aktion scheinbar für die unterdrückten Klassen sich gestaltet. Es kommt das einmal von unsern Gegnern, die ihre früheren uns Vorteile bringenden Gegensätze dem Ansturm des Proletariats gegenüber aufgeben und immer enger zusammen geschweift werden und die schließlich zur Aenderung einer solchen ihnen Gefahr bringenden Form des Parlamentarismus getrieben werden, zur Aenderung des Wahlrechts wie auch der Geschäftsordnung im Parlament. Noch mehr aber hebt der Parlamentarismus als Kampfmittel des Proletariats sich selbst auf durch den Einfluß, den er insbesondere auf die psychologische Struktur der ihn anwendenden unterdrückten Klassen ausübt. Ich denke an das ständige Arbeiten mit den Gegnern, an den Dingen des Gegenwartstaates. 99 Hundertstel aller Dinge, die dort verhandelt werden, an denen unsere Vertreter mitarbeiten, sind Dinge, die uns garnichts angehen, die mit dem Moment verschwinden, wo das Proletariat die Klassenherrschaft stürzt. Sie sind ja alle nur notwendig, weil wir heute eine Klassenherrschaft haben. Indem unsere Vertreter sich auf diese Verhandlungen einlassen, müssen sie sich auf das Denken unserer Gegner einstellen, müssen sie natürlich von ihrem freien Denken, ihrem freien Arbeiten etwas zurückschrauben, sie sind gehemmt, sie können nicht ihr freies Denken ganz zum Ausdruck bringen, weil sie ja sonst keine Fühlung mit den Gegnern haben, sie nicht beeinflussen könnten. Was ist von dieser Beeinflussung aber wirklich zu erwarten? Die wahre Persönlichkeit unserer Vertreter leidet, sie alle haben einen Stich weg, weil sie eben nicht so frei sprechen können wie sie möchten, da sie sonst gar kein Verständnis dafür finden würden. Es müssen fort-dauernd Kompromisse geschlossen werden. Und dann das Hinausreden zum Fenster! Die alten Genossen unter Ihnen werden es noch am besten wissen, daß als wir noch keine Vertreter im Parlament hatten, die Hauptverbehrkraft in der Werkstätttagitation, in der persönlichen Kleinarbeit bestand, die Fühlung unter den Massen eine ganz andere war; daß die direkte Beeinflussung durch das Wort eines feurigen Redners, das direkte Ueberströmen der revolutionären Energie zu den Massen durch nichts erreicht werden können, am wenigsten durch gedruckte Parlamentsberichte, die in den meisten Fällen garnicht oder durch die gegnerische Presse arg verstümmelt und entstellt den Leser erreichen.

Sie alle werden mir zugeben, daß bei dem Streben nach politischer Macht wir haben Rücksicht nehmen müssen auf diejenigen, die wir gewinnen wollen. Niemand wird bestreiten wollen, daß eine Verflachung der revolutionären Bewegung des Proletariats eingetreten ist, um der Stimmen willen, um des Wahlkampfes willen. Neben vielen andern Beweisen dafür braucht man nur das Protokoll des Parteitages zu Frankfurt nachzulesen, wo selbst von einem Willenberger diese Rücksicht auf die rückständigen Wählermassen offen zugestanden und als selbstverständlich mit aller Energie vertreten wurde. Wir sind allmählich von einer großen, alles umfassenden Kulturbewegung herabgesunken, zu einer rein ökonomischen, einer reinen Magenfrage. Wir haben über der Partei, über der Klasse allzusehr vergessen den Menschheitsgedanken. Das ist der Weg, den wir gegangen sind. Wir haben fallen lassen die vollständige Freiheit und Wahrheit der Persönlichkeit, denn wir haben in unser Programm aufgenommen, daß Religion Privatsache ist. Wenn unser Endziel die völlige persönliche Freiheit ist, dann können wir keine Religion gebrauchen. Es hat keinen Gott gegeben, es gibt keinen Gott und es wird keinen Gott geben. Nur in sich trägt der Mensch die Bedingungen seines Handelns; nur aus seiner innersten Freiheit, seiner innersten Persönlichkeit heraus muß er handeln, frei von allen andern Einflüssen, sie mögen einen Namen haben wie sie wollen. Mit dem Moment, wo die Sozialdemokratie diesen Punkt verlassen hat, hat sie einen großen Teil der edelsten Geister von sich gestoßen, rückständig ist sie geworden um der äußeren Macht willen, um der Stimmen willen. Und wie ist es gegangen mit unserem sogenannten Ideal in bezug auf die Ehe, diese ökonomische Einrichtung, die wir ausgestalten wollten zu einer psychologischen Einrichtung, wo der Mensch frei seinen Trieben folgen sollte, nicht seinen niedrigen Leidenschaften, aber seine innere sittliche Persönlichkeit zum Ausdruck bringen sollte? Was finden wir bei uns heute? Phylisterhafter, spießerhafter beinahe als die der Bourgeoisie sind heute die Anschauungen des Proletariats und vieler seiner Vertreter. Da heißt es nur immer die Anständigkeit bewahren, ja kein Aufhebens machen, damit man uns nicht etwa mit dem Vorwurf der freien Liebe und ähnlichem komme. Unsern Kampf führen wir heute damit, daß wir Einzelfälle aus der Bourgeoisie in die Öffentlichkeit ziehen, daß wir diese Leute, die vielfach Opfer ihrer Leidenschaften und ihres Tem-

peraments sind, in die Zeitungen vor das Proletariat zerrren, während wahrhaft freiheitliche Erörterungen, welche die ganzen Grundlagen des Klassenkampfes aufrollen, sich garnicht oder in den seltensten Fällen finden. So wollen wir heute den Kampf um die Klassenherrschaft, um die Entwicklung der Menschheit, führen. Ich glaube, Sie alle sind mit mir einig, daß auf diesem Wege die Ziele des Sozialismus nicht erreicht werden können.

Aber was noch viel wichtiger und bedeutsamer ist: gerade dadurch, daß das Proletariat durch seine Vertreter mit der Schaffung der Gesetze selbst in innigste Verbindung kommt, dadurch, daß die Gesetze mit Hilfe und unter Zustimmung des Proletariats vielfach zustandekommen, wird der Sinn für Gesetzmäßigkeit im Proletariat befestigt, für die Gesetzmäßigkeit des Klassenstaates, eine Gesetzmäßigkeit, die nicht entspringt aus der inneren Freiheit der Persönlichkeit, sondern hinter der der Gendarm und der Polizeiknüppel steht. So sehen wir denn, daß das, was einen Anflug genommen hat, um eine wirklich freie und starke Bewegung zu werden, allmählich verflacht ist, zu einer Bewegung, die nicht den Mut hat, frei und offen zu erklären: nein, wir wollen diese aufgezwungene Gesetzmäßigkeit nicht, wir ireten dem Klassenstaat und seinen Gesetzen als Gegner gegenüber. Bebel hat zwar in Dresden gesagt, er sei der Totfeind der bürgerlichen Gesellschaft, aber wir können das nicht glauben, nachdem ein Bebel und die mit ihm immer und immer wieder an den Gesetzen des Staates mitarbeiten. Und noch etwas anderes! Die Mittel des Proletariats sind beschränkt, das Proletariat ist eine arme Klasse, und vom Munde muß sich jedes seiner Mitglieder abdarben, was es für die Erhöhung seiner Lage tut, was es tut, um den Klassenkampf zu führen. Also die Mittel sind gering, und wir können nicht leugnen, daß der Parlamentarismus viel Geld kostet. Das wäre nicht schlimm; ich wäre der letzte unter Ihnen, der daran Anstoß nehmen würde, aber es fragt sich eben, ob wir das Geld nicht besser verwenden können, und ich bin der Meinung, daß angesichts der Nachteile, die dem Parlamentarismus anhaften, diese Mittel für die direkte Beeinflussung des Proletariats nützlicher und zweckmäßiger verwandt werden können. Darüber müssen wir uns klar werden: **In einem Kampfe, wie wir ihn führen, brauchen wir ganze und starke Persönlichkeiten, wir brauchen Männer, die mit ihrer ganzen Kraft für ihre Ideale ein-**

treten. Der Parlamentarismus aber beruht darauf, daß ich das, was ich an Einfluß ausüben will, einem anderen übertrage, der Parlamentarismus ist ein Vertretungssystem, und da er noch dazu zustande gekommen ist durch die geheime Stimmabgabe, so kann er niemals solche Männer heranbilden, wie wir sie brauchen. Die Beispiele für unsere heutige Machtlosigkeit habe ich angeführt. Ich erinnere daran, wie Rechte, die wir dem Gesetz nach besitzen, durch die Verwaltungspraxis uns genommen werden und lediglich auf dem Papier stehen, weil keine wahre Macht dahinter ist, um sie zu schützen. Ich erinnere an Sachsen, an den Umsturz der Geschäftsordnung im Reichstag, wo unsere Gegner sich an die Gesetzlichkeit, die sie selbst immer so hoch preisen, nicht gehalten haben, als es sich um wesentliche Interessen der herrschenden Klassen, insbesondere des Junkertums handelte.

Nun werden Sie sagen, der Parlamentarismus ist doch ein gutes Mittel, Kritik an unsern Gegnern zu üben. Gewiß, das ist richtig, aber das ist es ja eben: die Erziehung des Parlamentarismus ist eine absolut negative. Vom Gegner fordert er, von der Aenderung der Verhältnisse erwartet er alles, aber an die Persönlichkeit selbst stellt er so geringe Anforderungen, daß eine Fortbildung, eine Weiterentwicklung der Persönlichkeit garnicht stattfindet. Es ist ein schlechtes Erziehungsmittel des Proletariats.

Ich will zugeben, daß der Parlamentarismus eine historische Aufgabe in der Entwicklungsgeschichte des Proletariats gehabt hat, wohl auch noch haben wird. Aber daß er das nicht geleistet hat, was wir naturnotwendig brauchen, und es seinem ganzen innern Wesen nach nicht leisten konnte, das wird Ihnen wohl nach meinen Ausführungen klar geworden sein.

Glücklicherweise haben wir aber andere Institutionen zur Entwicklung des Klassenkampfes, und zwar Institutionen, die lediglich dem Willen des Proletariats unterliegen, wo wir nicht von der Gnade des Gegners abhängen, wie beim Parlamentarismus, vor allem die Gewerkschaftsbewegung. Wir sehen schon an der ganzen Entwicklung, die die politische und die Gewerkschaftsbewegung genommen haben, welche von beiden dem gesunden Denken und Fühlen des Proletariats mehr entspricht. Von den Stimmen kann man ja nicht reden, wenn wir aber die Organisationen betrachten, so sehen wir, daß in mehr als 40 jährigem politischen Kampf die politischen Organisationen heute vielleicht noch keine 200 000

Menschen umfassen, und die können wir doch eigentlich nur als wirkliche Träger des Parlamentarismus betrachten. Die Gewerkschaftsbewegung dagegen ist erst jungen Datums, sie wurde zuerst von der politischen Partei gewissermaßen als unbequemeres, lästiges Konkurrenzunternehmen betrachtet, erst seit dem Kölner Parteitag ist ihr wirklich die Daseinsberechtigung zugesprochen, und heute hat sie es innerhalb ganz kurzer Zeit auf über 1 Million Vertreter gebracht. Wir müssen sagen, daß diese Zusammenfassung der Proletarier in den Berufsvereinigungen ein viel wichtigeres Mittel ist, um den Klassenkampf zu führen, als die politischen Organisationen mit ihrem losen Gefüge, solange dieselben, wie es heute der Fall ist, fast ausschließlich für die Zwecke des Parlamentarismus verwandt werden. Das Ziel, das wir erstreben, die Einrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird nur verwirklicht werden können dadurch, daß die Berufsverbände, die Gewerkschaftsorganisationen Träger der Produktion werden. Die Berufsverbände tragen heute schon die Keime der neuen Gesellschaftsordnung in sich. Vielleicht — und wir müssen das leider annehmen — ist das Wachsen der Gewerkschaftsbewegung nicht im wesentlichen darauf zurückzuführen, obgleich ein großer Teil der Proletarier das wohl erkannt hat. Es sind vielleicht niedrige, materielle Ziele, die Gewerkschaftsbewegung wird heute vielfach als Sparbüchse betrachtet von denen, die zu ihr strömen: für den Groschen, der eingezahlt wird, soll möglichst morgen schon so und soviel Mark mehr Lohn herauspringen. Das ist gewiß bedauerlich, aber es ist ja eben die Aufgabe einer zielbewußten Gewerkschaftsbewegung, diese Mitglieder, die aus so niedrigen Motiven zu ihr kommen, zu bewußten, ideal gesinnten Klassenkämpfern zu machen. Da müssen wir freilich sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung, die in ihrer Grundtendenz so berechtigt ist, gerade im Gegensatz zur politischen Partei, die auf falschen Wegen sich weite Ziele gesteckt hat, ihrerseits auf dem richtigen Wege sich enge und niedrige Ziele gesteckt und dadurch wieder ihre Bedeutung für den Klassenkampf geschmälert hat. Wir haben es bei der englischen Gewerkschaftsbewegung gesehen, die nicht über den Rahmen des Tageskampfes hinausgekommen ist, die lediglich ihre Aufgabe darin gesehen hat und größtenteils heute noch sieht, die Bedingungen des Arbeitsvertrages zu verbessern. Bedauerlicherweise wendet sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung immer

mehr diesem Wege zu. Zuerst, als die Gewerkschaftsbewegung unter dem Einfluß der politischen Partei stand, weil es gerade die politischen Organisierten waren, die zuerst zur Gewerkschaftsbewegung strömten, hatte sie weitere Ziele, aber je mehr wirtschaftliche Macht die Gewerkschaftsbewegung bekommen hat, desto enger hat sie ihre Ziele gesteckt. Wir beobachten bei ihr eine bedauerliche Aenderung ihrer Tendenzen. Auch sie macht es sich immer mehr zur Aufgabe, lediglich auf die momentane Lage, auf die Arbeitsbedingungen der Proletarier Einfluß zu gewinnen. Weiter? Ziele hat sie momentan nicht, oder wenigstens verschleiert sie diese Ziele in einer Weise, die wir nur als hemmend betrachten können. Aber gerade sie ist berufen, eine Zukunftsgesellschaft herbeizuführen, deren ökonomischer Träger zu werden und die starken und freien Persönlichkeiten heranzubilden, die wir brauchen. Während der Parlamentarismus bei der geheimen Stimmabgabe nicht das bewußte Eintreten der Persönlichkeit verlangt, ist der Gewerkschaftsbewegung gerade das eigen, daß sie den ganzen Menschen nimmt. Bei Streiks usw. müssen diejenigen, die an den Beschlüssen mitwirken, mit ihrer ganzen Existenz, ihrem ganzen Dasein für die Durchführung ihrer Forderungen eintreten. Die Gewerkschaftsbewegung ist also imstande, stärkere Charaktere heranzubilden, denn gerade gewisse Dinge, die von den Gewerkschaften am besten durchgeführt werden können, wie die Streiks, die Boykotts, die Märsche, verlangen die ganze Verantwortlichkeit des Einzelnen. Die Märsche sind gerade ein enorm wichtiger Punkt in der Gewerkschaftsbewegung, sie ist vielleicht die einzige revolutionäre Massenhandlung, die wir heute haben. Für mich ist die Ausgestaltung der Märsche das beste Kennzeichen dafür, wo unsere proletarische Bewegung steht. Man mag die Arbeitszeit noch so sehr verkürzen, sie herunterdrücken, von 12 auf 11, von 11 auf 10 und schließlich auf 8 Stunden, so hat man damit noch nichts getan, um die Klassenherrschaft zu brechen. Wenn aber die Arbeiter auch nur an einem einzigen Tage des Jahres dem Kapitalismus den Fehdehandschuh ins Gesicht werfen, wenn sie die Kraft haben, zu erklären: nein, an diesem Tage will ich nicht frohnden, ich will selbst bestimmen, wann ich arbeite, dann ist das ein Aufstehen der Notmäßigkeit dem Kapitalismus gegenüber, ein Zeichen dafür, wie weit das Klassenbewußtsein im deutschen Proletariat gediehen ist. Es ist äußerst kurzichtig, daß die Gewerk-

schaftsbewegung dahin gekommen ist, um materieller Interessen willen, weil es zuviel kostet, die Märsche kassieren zu wollen. Es ist das dieselbe bedauerliche Kurzichtigkeit, die wir auch bei der politischen Bewegung finden. Auch sie leidet an der Ueberhäufung der materiellen Machtmittel wie die Gewerkschaftsbewegung. Beide sind heute darauf gerichtet, ökonomische Mittel zu erlangen, um jeden Preis. Es ist das eine Folge der Auffassung der ökonomischen Dinge. Der Satz von Marx und Engels: das Bewußtsein wird bestimmt durch das gesellschaftliche Sein, durch die ökonomische Lage, ist sicherlich nicht unrichtig, zum mindesten trifft er für einen breiten Querschnitt der menschlichen Geschichte zu, aber er hat in seinen Konsequenzen dahin geführt, eine niedrige, materielle Auffassung in die proletarischen Schichten zu bringen, die weit übers Ziel hinauschießt und die anstatt eine Förderung des Klassenkampfes zu sein, zu einem Hemmschuh desselben geworden ist. Gewiß ist es notwendig, daß die materielle Lage des Proletariats verbessert wird, die Verelendungstheorie erkennen wir nicht mehr als richtig an, wir wissen, daß das Lumpenproletariat nicht der Träger des Klassenkampfes sein kann. Aber das eine wissen wir auch, daß der Hunger früher ein guter Revolutionär war und daß die aus dem Christentum und dem Glauben an ein Leben nach dem Tode erwachsene Loslösung von den irdischen Dingen — ein zwar unfreier, aber unökonomischer, rein psychologischer Faktor — eine unendliche Opferfreudigkeit und einen wahren Todesmut in den Reihen der ersten Sozialisten bedingt hatte, daß dagegen das ewige Betonen der ökonomischen Ziele im Proletariat jene ideale Richtung zurückgedrängt hat, daß der ethische Hunger, nachdem der physische beseitigt, arg beeinträchtigt ist. Das ist eine schlimme und böse Erfahrung. Den physischen Hunger haben die Arbeiter verloren, aber den ethischen Hunger hat das deutsche Proletariat noch nicht bekommen. Deshalb müssen wir danach streben, diese Ideale im deutschen Proletariat zu fördern und wieder zu erwecken.

Wir müssen darauf hinweisen, daß die Innenwelt im Leben des Proletariats im Gegensatz zur Umwelt, zu den materiellen Mitteln, viel ausschlaggebender und wichtiger ist. Gehen doch die Revisionisten in ihrem Streben nach ökonomischer Macht um jeden Preis schon so-

weit, daß sie sich mit dem Königtum, mit dem Zentrum, mit den rückständigsten Elementen verbinden, nur um ein paar Fesseln ökonomischer Macht, und gehen doch die Gewerkschaften so weit, daß sie an Minister, die Stützen des Staates, Telegramme abschicken und auf Unternehmungen sich einlassen, die den Klassenkampf auf lange Zeit hinaus unterbinden, nur um materielle Macht zu erlangen. Das heißt nicht das Proletariat vorwärts bringen, sondern ihm neue Fesseln anlegen. Da müssen wir der Gewerkschaftsbewegung ein starkes gebieterisches Halt zurufen. Wir wollen nicht, daß die Gewerkschaftsbewegung nur ein Anhang der politischen Partei sein soll, im Gegenteil, wir betrachten sie als das Rückgrat, als den Hauptträger des ganzen Klassenkampfes. Wir sind der Ansicht, daß die politische Bewegung noch einmal wird umlernen müssen, daß sie ihre Kraft, ihre Initiative in die Gewerkschaftsbewegung wird hineinverlegen müssen. Eine einheitliche starke proletarische Bewegung, deren Träger die Gewerkschaften sind, tut uns Not. Und das, was der Gewerkschaftsbewegung den weiten Horizont und den Klassenkampfcharakter geben kann, das ist einzig und allein die Generalstreiks-idee. Die Generalstreiks-idee soll die Gewerkschaften nicht etwa vom Tageskampf abwenden, der soll nach wie vor stattfinden; selbstverständlich brauchen wir eine bessere materielle Lage des Proletariats, aber wir brauchen auch einen weiteren Horizont, die Gewerkschaften müssen sich ihrer Aufgabe als Keime und als spätere Träger der neuen Gesellschaftsordnung bewußt werden. Und die Gewerkschaften können viel leisten in dieser Beziehung. Durch die Streiks schulen sie die Arbeiter, sie geben ihnen sittliche Kraft, sie bringen ihnen Solidaritätsgefühl, proletarisches Denken und Empfinden bei. Die Generalstreiks-idee gibt den Gewerkschaften einen weiten Horizont wie ihn bisher der Gedanke der Eroberung der politischen Macht der Bewegung gegeben hat. Der Generalstreik ist keine Utopie, im Gegenteil, er ist das einzige Mittel, mit dem wir den Klassenstaat tödlich treffen können, er ist die einzige Möglichkeit, wo das Proletariat es ganz und gar in der Hand hat, allein die Bedingungen, auf denen der Klassenstaat aufgebaut ist, zu beseitigen und zu untergraben. Worauf beruht denn der Klassenstaat? Er beruht darauf, daß das Proletariat ausgebeutet wird als

produzierender Faktor. Das Proletariat ist notwendig für den Klassenstaat als produzierender Faktor. Das Kapital ist nichts, ist ein toter Stein, wenn nicht Hände da sind, die es lebendig machen, die ihm die Möglichkeit geben, Mehrwert zu schaffen. In dem Moment, in dem das Proletariat zu der Einsicht und Erkenntnis gekommen ist, daß es sich ausschalten kann aus dem Produktionsprozeß, ist der Klassenstaat beseitigt. Nun glauben wir selbstverständlich nicht, daß das von heute auf morgen geschehen kann, selbstverständlich glauben wir nicht, daß diese machtvolle Organisation des Klassenstaates, die Kapitalistenklasse, die über so ungeheure Mittel verfügt, vor einem Worte zerfallen kann, aber die Generalstreiks-idee soll ja gerade die Aufgabe haben, dem Proletariat zum Bewußtsein zu bringen, daß die Organisationen mit aller Kraft ausgebaut und gefördert werden müssen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen es sind, auf denen die Zukunftshoffnungen des Proletariats beruhen. Und wir sind im besten Zuge dazu. Unsere Gewerkschaften umfassen immer mehr Angehörige der Berufe; in einzelnen Zweigen sind schon mehr als 50 pCt. der Berufsangehörigen organisiert. Im letzten Jahre allein sind die Gewerkschaften um 21 pCt. gewachsen, sie sind auf über eine Million Mitglieder gekommen, sodaß wir mit Sicherheit, da für solche Dinge gewissermaßen gesetzmäßige Faktoren gelten, rechnen können, daß in ca. 3—4 Jahren wir 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder haben werden, in ca. 10 Jahren 3—4 Millionen. Und wenn die Generalstreiks-idee immer weiter in das Proletariat eindringt, so wird es der werbenden Kraft der Gewerkschaftsbewegung gelingen, genau so wie es die politische Bewegung im Zeitraum der Jahre dazu gebracht hat, mehr als drei Millionen Menschen an die Wahlurne zu treiben, in noch viel kürzerer Zeit mehr als 4—5 Millionen Menschen zur Niederlegung der Arbeit zu bringen und dadurch den Klassenstaat zu beseitigen. Gewiß ist das keine leichte Aufgabe, aber ich frage Sie, was hat uns denn die parlamentarische Betätigung gebracht in den 40 Jahren des Kampfes. Wie viele von den alten Genossen, die mit jugendlichem Feuer und kühnen Hoffnungen in den Kampf gegangen waren, glauben denn heute noch, daß sie die Umwälzung, die Befreiung vom Joch des Kapitalismus

selbst erleben werden? Die Generalstreiks-idee giebt uns neue Siegeshoffnung in unser Herz, das lange vergeblich auf solche Hoffnung gewartet hatte. Gerade diese Bewegung, die dank der bisherigen politischen Bewegung einen vorbereiteten Boden findet, kann es dazu bringen, daß wir in viel kürzerer Zeit als unsere Gegner und wir selbst glauben, an das Ziel gelangen. Die Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben, verkennen wir nicht. Es tut Not, daß anstelle der Unverantwortlichkeit, die wir bei der parlamentarischen Erziehung haben, die Verantwortlichkeit tritt. Die Streiks sind die Vorübung dazu und die Waisener, dieses unantastbare Gut der proletarischen revolutionären Bewegung, auch die Boykotts. Alle selbständigen Betätigungsgebiete des Proletariats müssen entwickelt und ausgebaut werden, so namentlich die Konsum- und Produktivbewegung, deren ungeheure Bedeutung dem Proletariat noch lange nicht genügend zum Bewußtsein gekommen ist. Vor allem aber tut das eine Not, die Erziehung der eigenen Persönlichkeit. Der Krebschaden des Parlamentarismus ist es ja, daß er alles von den Gegnern, alles von der Gesetzgebung verlangt. Alles soll von andern kommen, nichts hat die parlamentarische Erziehung bisher für die Entwicklung der einzelnen Persönlichkeit getan und verlangt, daher auch der Zulauf zur parlamentarischen Bewegung, wenn man sie nach den Stimmen bewertet. Wenn die Arbeiter aber den Klassenstaat stürzen wollen, wenn sie eine neue Weltordnung errichten wollen, dann müssen sie auch besser werden als die Schichten, die sie bekämpfen, die sie beseitigen wollen. Deshalb müssen sie lernen, alles von sich zu stoßen, was niedrig und gemein an ihnen ist, alles, was unethisch ist. Das ist das Hauptkennzeichen der Generalstreiks-idee, daß sie ein ethisches Kampfmittel ist. Die politische Revolution, die früher angestrebt wurde, war nur zu verwirklichen auf dem Wege des Blutvergießens, der rohen Gewalt. Die Generalstreiks-idee ist ein ethisches Kampfmittel: die Verweigerung der Persönlichkeit, die gewährleistet ist im Koalitionsrecht, sie wird als Kampfmittel angewandt. — Was nachher kommt, wenn unsere Gegner uns zwingen wollen, wenn wir in Notwehr sind, wenn wir hungern — das werden wir heute nicht bestimmen, darüber werden wir uns die Köpfe nicht zerbrechen. Die Gesetze des Klassenstaates, die uns aufgezwungen sind, die werden wir dabei am wenigsten respektieren, und wer Not leiden wird, wird sicherlich nicht das

Millionen umfassende proletarische Arbeitsheer sein, das seine Ketten zerbricht.

Das Kampfmittel, das wir propagieren, ist ein kulturelles: die Verweigerung der Persönlichkeit verlangt von dem, der sie anwendet, ein hohes ethisches Bewußtsein, daß er über den egoistischen Rahmen der eigenen Persönlichkeit hinaus sich bewußt wird, daß er Mitglied einer Klasse ist, daß er einen Kampf für die Zukunft, für die Erhöhung der ganzen Menschheit kämpft. Deshalb müssen wir alles ausschließen, was irgend hemmend im Wege stehen kann. Ich führte schon aus, daß alles das, was die parlamentarische Erziehung schuldig geblieben ist, für die Befreiung der Persönlichkeit, Religion und alle sonstigen Hindernismomente, aus unserem Programm verschwinden muß. Leider tut unsere Presse in dieser Hinsicht nicht ihre Pflicht so, wie sie sollte. Wenn man heute ein freies Wort lesen will, ein Wort, das die ganze Persönlichkeit erfaßt, das unser Herz höher schlagen macht — in der sozialdemokratischen Presse finden wir selten ein solches Wort — da muß man zu den Anarchisten gehen. Ich kann Ihnen nicht genug ans Herz legen: Lesen Sie die anarchistische Presse, die Schriften Peter Kropotkins, Jean Graves, von Elisee Reclus und anderen. Sie werden dort Elemente der Freiheit, der Fortentwicklung finden, die die Sozialdemokratie heute vielfach beiseite läßt. Die niedrigen Leidenschaften, die in uns sind, müssen wir bekämpfen; viel zu viel von dem, was das Proletariat heute an materiellen Mitteln erringen kann, wird für niedrige Genüsse hingegeben. Der Klassenkampf könnte viel intensiver geführt werden, die Entwicklung der Persönlichkeit, die geistige Fortbildung könnte viel schneller vorwärts gebracht werden, wenn mehr Mittel dafür aufgewendet würden. Aus der Reihe derer, die betrunken von der Arbeitsstätte nach Hause taumeln, die zu Hause Weib und Kind schlagen und unterdrücken, aus deren Reihen werden die Klassenkämpfer nicht geboren. Auch das gehört zum Sündenregister der Sozialdemokratie, daß sie in dieser Beziehung nicht genug auf die Massen eingewirkt hat. Das Kulturgewissen muß geschärft und geweckt werden, ethisch und sittlich sollen wir werden. Unser Horizont muß höher und weiter werden, dann werden wir dazu kommen, furchtbare Gegner des Klassenstaates zu werden. Diejenigen, die vor dem Generalstreik warnen, weil das Militär heute noch eine furchtbare Waffe in der Hand des Klassen-

staates ist, möchte ich darauf hinweisen, daß es eine Aufgabe der gewerkschaftlichen Bewegung ist, eine antimilitaristische Erziehung in die Wege zu leiten, die sie bis heute noch schuldig geblieben ist. Wir haben in anderen Ländern die Einrichtung, daß die Gewerkschaften jedem ihrer Mitglieder antimilitaristische Broschüren in die Hand geben, wenn sie die Dienstzeit noch vor sich haben. Es gibt gewerkschaftliche Kasseneinrichtungen, um die bei der Fahne Weisendlichen zu unterstützen; wenn die Leute vom Militär loskommen, so werden sie sofort unterstützt, damit sie wieder an die Gewerkschaft herangezogen werden und wissen, wo sie hingehören, damit sie ihr Klassenbewußtsein durch den Drill nicht verlieren. Das Militär wird so sein, wie wir es haben wollen. Schlagen die Arbeiter ihre Kinder nicht, ersticken sie in ihren Kindern nicht das Ehrgefühl, geben sie ihnen eine freiheitliche und wahrhaft sittliche Erziehung, ohne daß ihr Ehrgefühl durch Schläge unterdrückt wird, dann werden sie auch Menschen erziehen, die nachher beim Militär imstande sind, Rohheiten zurückzuweisen, die vom Recht der Notwehr Gebrauch machen und die in der Lage sind, dem Befehl, auf Vater und Mutter zu schießen, Widerstand zu leisten.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen. Wer heute in die Agitation für die Generalstreiks-idee eintritt, der wird viele Anfeindungen und Anfechtungen haben von seiten derer, die bisher Schulter an Schulter mit ihm gegangen sind, aber noch jede neue Idee hat dasselbe Schicksal erleben müssen. Ich bin überzeugt, die Generalstreiks-idee wird und muß sich Bahn brechen. Der Generalstreik ist das Mittel, womit wir den Klassenstaat stürzen können. Ueberall in den Organisationen muß diese Idee vertreten werden. Sie muß erscheinen auf den Tagesordnungen der Parteitage, daß wir nicht wieder ein solch beschämendes Schauspiel erleben wie in Dresden, wo nach dem Dreimillionensiege des Proletariats, wo man hoffte, daß wuchtige Mittel zur Niederwerfung des Klassenstaates beraten werden würden, ein großer Teil der Zeit des Parteitages damit verbracht wurde, einige Scribenten, die für ein paar bürgerliche Blätter geschrieben hatten, mit der ganzen Intoleranz des Parteifanatikus zu bekämpfen. Und doch ist das Handeln dieser Männer, wie überhaupt die ganze revisionistische Richtung in der Partei mit absoluter Notwendigkeit auf dem Boden des Parlamentarismus erwachsen, und niemand ist ein Vorwurf darüber zu machen als der Partei selbst, welche die

bisherige Taktik glaubt aufrecht erhalten zu müssen, trotzdem unsere, trotzdem die Verhältnisse der Gegner sich in so außerordentlicher Weise in den letzten Jahrzehnten des Klassenkampfes geändert haben. Das ist keine Klassenerziehung, das ist kein proletarisches Wirken. Die Generalstreiks-idee muß die leitende Taktik des Proletariats werden, alle politischen und Gewerkschaftsversammlungen müssen widerhallen von dem Worte Generalstreik, die Generalstreiks-idee ist das Banner, um das sich das gesamte Proletariat scharen muß.

Nicht ein leeres Wort, heute gesprochen, morgen verhallt, soll der „Generalstreik“ sein, sondern fort und fort anfeuernd zur Organisation, zum Ausbau der Bewegung, mahnend und treibend zur eigenen Erziehung, zur Erziehung des Kindes und der Klassengenossen im Geiste des Klassenkampfes soll der Generalstreik eine weithin leuchtende Fackel sein: In Deiner Seele, in Deiner Hand, Proletarier, liegt Dein und Deiner Klasse Schicksal! Hinweg über die knebelnden Fesseln des Klassenstaates, die, von der Vergangenheit uns aufgezwungen, mit allen ihren papierernen Gesetzen dem ungeschriebenen wahren Gesetz menschlicher Freiheit und Vervollkommnung weichen müssen, sobald Organisation und innere Entwicklung uns zum Bewußtsein unserer Macht gebracht haben.

---

### Resolution über Parlamentarismus und Generalstreik.

Die irrtümliche Auffassung vom Wesen des Staates, ganz besonders aber die Ueberschätzung des Parlamentarismus, haben allmählich das Proletariat vom Boden des eigentlichen Klassenkampfes abgedrängt. Die Trennung der proletarischen Bewegung in politische Partei und Gewerkschaftsbewegung, die daraus erwachsene Neutralisierung der Gewerkschaften, welche heute fast ausschließlich in der Verbesserung des Arbeitsvertrages ihre alleinige Aufgabe erblicken, hat dem Klassenkampf den Todesstoß gegeben.

Die mit der parlamentarischen Betätigung notwendiger Weise verknüpfte Verschleierung der Ziele des Sozialismus, seiner auf Loslösung von den Gesetzen des Klassenstaates, seiner auf völlige und endgiltige Befreiung der menschlichen Persönlichkeit

gerichteten Tendenz; ferner der aus der Verflachung der Gewerkschaftsbewegung herrührende enge Horizont, die beiden Bewegungen heute eigentümliche ungeheure Ueberschätzung der materiellen Mittel, haben eine völlig falsche Erziehung der Massen bewirkt und dadurch das deutsche Proletariat an äußeren Mitteln wenig reicher, an wahrer Macht ärmer gemacht. —

Die wahre Macht des Proletariats beruht auf der möglichst großen Zahl völlig freier, vom Geist des Klassenkampfes durchdrungener Persönlichkeiten, wie sie niemals der auf einem Vertretungssystem beruhende Parlamentarismus, wohl aber eine vom Geist des Sozialismus getragene Gewerkschaftsbewegung heranzubilden kann.

„Geistige und sittliche Entwicklung der Einzelpersonlichkeit“;  
„Selbständige Organisation der Konsumtion und wenn möglich der Produktion“;

„Massenaktionen mit voller Verantwortlichkeit jedes einzelnen — Streiks, Maifeier, Boykott —“;

das sind die Vorbedingungen der endgültigen Befreiung des Proletariats. Diese Befreiung selbst, die Aufhebung der Klassenherrschaft, wird erfolgen durch den Generalstreik. Nicht durch eine Revolution, nicht im Wege des Blutvergießens und roher Gewalt, sondern durch ein ethisches Kampfmittel, durch die Verweigerung der Persönlichkeit, die, in weitem Umfange durchgeführt, das Proletariat aus der Produktion ausschaltet und dadurch die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihr Instrument, den Staat, beseitigt.

Aus diesen Gründen erwartet die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften:

Daß die nur indirekt nützende, unzweckmäßige, ungeheure Opfer an geistigen und materiellen Kräften erfordernde parlamentarische Betätigung zurückgedrängt, alle Kräfte des deutschen Proletariats direkt auf die geistige und sittliche Hebung des Proletariats und auf den wirtschaftlichen Kampf verwandt werden. Daß darum der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen und die Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder über die Tagesfragen hinaus zu idealgestimmten, bewußten Klassenkämpfern mit aller Macht betrieben und so die Möglichkeit eines siegreichen Generalstreiks für das deutsche Proletariat baldigst verwirklicht werde.

# Der politische Massenstreik

und die

## politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland

Vortrag gehalten im Sozialdemokratischen  
Verein Breslau mit einem Anhang:

Zwölf Leitsätze über den politischen Massenstreik

von Ed. Bernstein.



„Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen“.

Marg: Inauguraladresse der  
Internationalen Arbeiterassoziation.

Dr. Ludwig  
ADVOCAT  
BRÜNN  
Reinberggasse Nr. 22

Breslau 1905

Verlag der Volkswacht (D. Schük).

## Inhalts-Verzeichnis.

---

1. Vorwort . . . . .	5
2. Der Parlamentarismus und der anarchistische Generalstreik . . . . .	7
3. Die Barrifade einst und jetzt . . . . .	13
4. Der Streik als Waffe der Arbeiter . . . . .	16
5. Politische Streiks früherer Zeiten . . . . .	18
6. Die politischen Massenstreiks der Neuzeit . . . . .	20
7. Was Hamburg lehrt . . . . .	25
8. Was Massenstreik heißt . . . . .	29
9. Keine Provokation, aber Mut und Entschlossenheit . . . . .	33
10. Schlußwort . . . . .	37
11. Anhang: 12 Leitsätze über den politischen Massenstreik . . . . .	39



# Vorwort.

Der hier folgende Vortrag ist am 29. Mai 1905 gehalten worden. Er war von vornherein für eine Veröffentlichung in Broschürenform gedacht und wurde deshalb in der betreffenden Versammlung stenographisch aufgenommen. Der leichteren Uebersichtlichkeit halber habe ich ihn für die Broschürenaussgabe in Kapitel eingeteilt, sonst aber mich möglichst streng an das Stenogramm gehalten.

Zu letzteren veranlaßt mich vor allem der Umstand, daß ein ausführlicher Bericht über den Vortrag, den die Breslauer „Volkswacht“ in ihren Nummern vom 1. und 3. Juni d. J. als Leitartikel veröffentlicht hatte, Gegenstand einer strafrechtlichen Verfolgung gewesen ist. Zunächst wurden die erwähnten Nummern der „Volkswacht“ beschlagnahmt, nach dem Manuskript der Broschüre Hausfuchung gehalten und dem Redakteur des bezüglichen Teils der Volkswacht, Paul Löbe, mitgeteilt, daß, falls der Vortrag als Broschüre herausgegeben werden sollte, er ebenfalls der Beschlagnahme verfallen würde. Dann ward gegen Löbe und mich Strafverfolgung eingeleitet, Löbe ward in Breslau und ich an meinem Wohnsitz Schöneberg kommissarisch vernommen, schließlich jedoch nur Löbe unter Anklage gestellt und ich dagegen zur Zeugenschaft vorgeladen. Ich sollte bekunden, ob die von der Breslauer Staatsanwaltschaft inkriminierte Stelle des Berichts mit meinen Ausführungen übereinstimme. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen § 130 des Reichsstrafgesetzbuchs.

In der öffentlichen Verhandlung, die am 21. August vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts Breslau stattfand, wurde Paul Löbe, den unser Parteigenosse Karl Liebknecht verteidigte, freigesprochen und die Beschlagnahme der „Volkswacht“ wieder aufgehoben. Der amtierende Staatsanwalt hatte sich aus dem Gang der Verhandlung wohl selbst überzeugt, wie wenig das Requisit des angezogenen Paragraphen — Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegen einander — auf Bericht wie Vortrag zutrifft und eine unter den obwaltenden Umständen nur als Formel zu betrachtende Geldstrafe von 200 Mark beantragt. Der Gerichtshof fand nach einstündiger Beratung, daß selbst die kleinste Strafe sich nicht rechtfertigen lasse und verkündete völlige Freisprechung.

Die inkriminierte Stelle findet der Leser auf Seite 30 bis Seite 35 dieser Schrift. Ein Vergleich zeigt, daß der Bericht der Volkswacht keinen Satz enthielt, der sich nicht auch im Stenogramm findet. Wäre Löbe verurteilt worden, so hätte — was der Staatsanwalt übrigens hervorhob — auch gegen

mich Anklage erhoben werden müssen. Aber es wird den Lesern dieser Broschüre wohl ebenso gehen, wie den Richtern der Breslauer Ferienstrafkammer: sie werden vergeblich nach einem Satz suchen, der zu Gewalttätigkeiten gegen irgend eine Bevölkerungsklasse auffordert.

Nun noch ein Wort zur Broschüre selbst. Seit ich den Vortrag entworfen, ist bei Kaden u. Co. in Dresden die Schrift von Henriette Roland-Holst: „Generalstreik und Sozialdemokratie“ erschienen, die das hier behandelte Thema sicher viel eingehender behandelt und den sehr beachtenswerten Versuch einer ganzen Theorie des politischen Massenstreiks darstellt. Ich mußte mir unter diesen Umständen die Frage vorlegen, ob es danach noch Zweck habe, den Vortrag in den Buchhandel zu bringen, der die in Frage kommenden Probleme, wenn vielleicht etwas volkstümlicher, so doch jedenfalls auch aphoristisch behandelt. Wenn ich zu einer bejahenden Antwort gekommen bin, so namentlich deshalb, weil erstens die spezielle Anwendung auf Deutschland, die den Grundton meines Vortrags abgibt, in der Roland-Holst'schen Schrift naturgemäß fehlt, und weil zweitens auch der Gesichtspunkt, unter dem ich das Thema behandle, sich wesentlich von dem der verdienten Vorkämpferin des Sozialismus in Holland unterscheidet. So halte ich unter anderem die Kasuistik des Massenstreiks, die Frau Roland-Holst gibt, für verfehlt. Schließlich aber erreicht eine billige Broschüre, wie die vorliegende, auch ein Publikum, für das Umfang und Preis der jedenfalls lesenswerten Roland-Holst'schen Abhandlung — leider! — genügender Grund sind, sich nicht an sie heranzuwagen.

Ich lasse dem Vortrag als Anhang zwölf Leitsätze über den politischen Massenstreik folgen, die ich in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des vierten Berliner Reichstagswahlkreises Ost verlas, nachdem ich dort gleichfalls über das Thema referiert hatte, das den Inhalt dieser Broschüre bildet. Der Vortrag hatte am 15. August stattgefunden. Wenige Tage darauf entwickelte Dr. Friedeberg in einer großen Berliner Arbeiterversammlung Anschauungen über den Generalstreik als spezifisches Kampfmittel eines „Anarchosozialismus“, die es als zweifelhaft erscheinen lassen, ob man ihn noch, wie es im vorliegenden Vortrag geschieht, als sozialdemokratischen Parteigenossen wird bezeichnen dürfen. Friedeberg hat vielmehr die logische Konsequenz seines schon früher eingenommenen Standpunktes gezogen und ist im Begriff, dort zu landen, wo jeder ankommen muß, der den Generalstreik in Gegensatz zur parlamentarischen Betätigung stellt: beim Anarchismus.

Schöneberg-Berlin, den 29. August 1905.

Ed. Bernstein.

## Parteigenossen!

Die Frage des politischen Massenstreiks, mit anderen Worten des Streiks als politische Waffe, steht in Deutschland heute in weiten Kreisen der kämpfenden Arbeiterschaft zur Diskussion.

Zunächst wird seit längerer Zeit schon von einer bestimmten Seite für den Generalstreik lebhaft agitiert, und zwar speziell für den Generalstreik im Gegensatz zur Parlamentstätigkeit. Dies geschieht unter Auspielung folgender Argumente:

Erstens, der Parlamentarismus arbeite viel zu langsam,

Zweitens, der Parlamentarismus habe die Wirkung, die Massen einzuschläfern,

Drittens, der Parlamentarismus entwöhne die Massen von der Selbsttätigkeit.

Das sind die drei Haupteinwände, die gegen den Parlamentarismus von denjenigen ins Feld geführt werden, die an seine Stelle, sozusagen als vornehmstes Befreiungsmittel, den Generalstreik setzen wollen. In Deutschland geschieht dies vorzugsweise von Leuten, denen man kein Unrecht tut, wenn man sie als Anarchisten bezeichnet, und in Frankreich von Leuten, die zwar keine eigentlichen Anarchisten sind, die aber vor allem die Gewerkschaftsbewegung speziell auf den Generalstreik hin zuspitzen wollen, Sozialisten, denen all die kleinen Kämpfe der Gewerkschaften um Lohn- u. Verbesserungen nichts sind, die da glauben, durch einen großen allgemeinen Streik unendlich viel mehr ausrichten — unter Umständen die ganze bürgerliche Gesellschaft über den Haufen werfen zu können.

In ähnlicher Weise, aber nicht so stark zugespitzt, faßt ja auch unser Parteigenosse Dr. Friedeberg den Generalstreik auf.

Man tut gut, all diese Argumente vorurteilslos zu prüfen.

## 1. Der Parlamentarismus und der anarchistische Generalstreik.

Was die erste Behauptung anbetrifft, nämlich, daß der Parlamentarismus zu langsam arbeite — ja, werde Genossen, ich glaube, niemand, der die Dinge näher kennt, wird ihr eine große Berechtigung abstreiten können. Und wenn ich die kurze Zeit überdenke, die ich dank Ihrer selbst im Parlament bin, dann glaube ich auch gesehen zu haben, wie es zugeht, daß diese Maschine so außerordentlich langsam arbeitet. Es wird im Parlament unendlich viel Zeit mit Läppereien vertrödelst. Ob man dafür

einzelne Parteien, einzelne Menschen verantwortlich machen kann oder wen sonst man verantwortlich machen will, ob es im ganzen Wesen dieser Einrichtung selbst liegt — Tatsache bleibt, es wird in den Parlamenten ungeheuer viel Zeit vertrödeln, ungeheuer viel geschwätzt und wenig gesetzgeberische Arbeit verrichtet.

Die Mühle des Parlamentarismus arbeitet in der Tat außerordentlich langsam, sodaß man zuweilen wirklich die Geduld darüber verlieren kann, selbst wenn man so geduldig ist, wie meinetwegen der, der vor Ihnen steht.

Es darf der Parlamentarismus denn auch keineswegs die einzige Aktion der Arbeiterklasse sein, das ist außer Frage. Wenn die Arbeiterklasse wirklich nichts weiter täte, als auf die Parlamente zu blicken, sehnsüchtig auf das hoffend, was da von oben kommt oder geschieht, dann allerdings stünde es um sie sehr schlimm.

Aber es ist in Wahrheit gar nicht der Fall, daß wir Sozialdemokraten, die wir Abgeordnete wählen, die wir uns an der Parlamentstätigkeit beteiligen, und zwar immer stärker beteiligen, daß wir unser alles nur von dem Parlamentarismus abhängig machen, daß in der Bewegung, auf die wir Einfluß haben, nur auf ihn gerechnet wird.

Es braucht also durchaus nicht verschwiegen zu werden, daß der Parlamentarismus, wenn einseitig kultiviert, die Wirkung haben kann, die Massen daran zu gewöhnen, daß sie zu sehr den Blick nach oben richten, zu viel von oben erwarten und erhoffen, und daß ihre Selbstbetätigung auf diese Weise sich verringern und erlahmen könnte. Der Parlamentarismus kann allerdings, wenn der rechte Wille da ist, vieles, aber er kann doch bei weitem nicht alles. Ebenjowenig jedoch kann der Streik alles. Wenn man die Frage so formuliert, Parlamentarismus oder Generalstreik, so ist sie von vornherein schief gestellt. In dieser Form ist sie einfach unsinnig, denn die Idee, man könne die bürgerliche Gesellschaft durch einen allgemeinen Streik sozusagen auf einen Schlag beseitigen, ist eine Utopie. Blicken diejenigen, die daran zweifeln, doch einmal um sich, sehen sie sich die gegenwärtige Gesellschaft an, wie sie wirklich beschaffen ist, diesen weitumfassenden, viel verschlungenen Organismus, der aus unzähligen Bestandteilen sich zusammensetzt, die seit Jahrhunderten und Aberjahrhunderten sich entwickelt haben, einen so vielmaschigen Organismus kann man nicht im Handumdrehen umschweißen, das ist undenkbar.

Sehen Sie sich z. B. nur einmal die Stadt Breslau an, die zum größten Teile Industriestadt ist — welche Anzahl von Unternehmungen aller Art finden Sie da noch an. Glaubt etwa jemand, diese Unternehmungen könnten so ohne weiteres, mit einem Schlage, verstaatlicht oder kommunalisiert werden? Das ist ganz undenkbar. Oder glaubt man, die betreffenden Arbeiter könnten diese Fabriken ohne weiteres in Selbstbetrieb übernehmen? Erstens wäre damit im Sinne des Sozialismus noch garnichts getan, wäre noch nichts prinzipiell geändert, und dann wäre auch kaum etwas gebessert. Wir hätten dieselbe Konkurrenzwirtschaft wie heute. Man darf mit Recht behaupten, daß die Vergesellschaftlichung sehr viel schneller von statten gehen könne, als es jetzt geschieht, aber das wird nicht zu einer Zeit der allgemeinen Desorganisation der Fall sein.

Nun aber weiter. Wir haben alle von dem großen deutschen Gewerkschaftskongreß gelesen, der soeben in Köln getagt hat, daß dort 1,250,000 organisierte Arbeiter vertreten waren — eine Zahl, die der kühnste Optimist unter uns vor zehn Jahren kaum für möglich gehalten hätte. So stark ist die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland angewachsen, daß sie in einer ganzen Reihe von Berufen schon der Zahl nach und auch in innerer Ausbildung besser gestellt ist, wie die erste und älteste Gewerkschaftsbewegung der Welt, die englische, daß sie in mancher Beziehung mit ihr, der englischen, einen Vergleich aushalten kann, und aus diesem bisherigen steten Wachstum der Gewerkschaftsbewegung können wir folgern und hoffen, daß sie noch ganz anderer, noch sehr großer Ausdehnung fähig ist. Eine solche erfolgreiche Gewerkschaftsbewegung nun wäre aber garnicht möglich gewesen ohne eine große Selbstbetätigung der Arbeiterklasse. Schon die bloße Tatsache, daß wir in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Gewerkschaftsbewegung neben der Parlamentstätigkeit haben, zeigt Ihnen, wie es nicht wahr ist, daß der Parlamentarismus die Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft notwendig einschläfert, daß vielmehr die Selbsttätigkeit dabei durchaus nicht aufzuhören braucht, noch tatsächlich aufhört.

Leider kann ich auf dieses Thema heute nicht tiefer eingehen. Nur noch soviel sei bemerkt: noch sehr, sehr lange wird die Gewerkschaftsbewegung neben der Parlamentstätigkeit eine große Aufgabe haben. Es läßt sich die Zeit noch gar nicht absehen, wo wir ohne gewerkschaftliche Berufs-Organisationen der Arbeiter auskommen werden; die Gewerkschaften werden immer mehr die Ergänzung, die Stütze, ja in manchen Fällen die Wegweiser der politischen Partei der Arbeiterklasse.

Ferner haben wir noch eine große Genossenschaftsbewegung der Arbeiter in Gestalt der Arbeiterkonsumvereine, wo auch wiederum zwar nicht alle Mitglieder, so doch eine große Zahl klassenbewußter Arbeiter organisierend und sonstwie selbsttätig am Werke sind.

Dann haben wir die Tätigkeit in den Gemeindevertretungen. Man kann ja auch sie als Parlamentarismus bezeichnen, indes ist es doch eine Tätigkeit anderer Art, als die im Reichs- oder Landes-Parlament. Sie steht neben dieser, ist zugleich ein gutes Stück Verwaltungsarbeit, was ihre Bedeutung sehr erhöht, und gibt wiederum einer ganzen Reihe von Elementen aus der Arbeiterschaft Gelegenheit und Antrieb zu eigener Betätigung. So haben wir noch eine ganze Anzahl von Organen der Betätigung der Arbeiter neben dem Parlamentarismus.\*)

Es ist aber auch weder notwendig, noch ist es tatsächlich eingetreten, daß der Parlamentarismus die Massen einschläfert.

Verfolgen Sie die Geschichte der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern, vergleichen Sie sie in denjenigen Ländern, die keine Parlamente oder keine Arbeitervertreter in den Parlamenten haben, mit der solcher

\*) Es sei nur an die Gewerbegerichte, Arbeitersekretariate, Krankenkassen etc. erinnert. Manches davon erscheint ja nur klein, aber aus kleinem baut sich die Welt auf.

Länder, wo eine sozialistische Parlamentstätigkeit besteht, und Sie werden finden, daß dort, wo es ein parlamentarisches Leben und Sozialisten in den Parlamenten gibt, die Arbeiterklasse viel reger und geweckter ist, und demgemäß auch viel stärker an allen öffentlichen Fragen Anteil nimmt, als dort, wo es kein Parlament gibt.

Warum fehlen sich denn in allen Ländern die vorgeschrittenen Arbeiter nach dem Wahlrecht? Aus den Vergleichen, die die Erfahrung liefert, sehen sie, wie unendlich viel schwieriger als in anderen Ländern es bei ihnen ist, die Massen heranzuziehen und zur Anteilnahme am öffentlichen Leben zu erziehen, grade weil sie kein parlamentarisches Leben haben. Es ist erwiesen, daß sich das Interesse der Arbeiter um so leichter dorthin lenken läßt, wo die Gesetze gemacht werden, wenn Vertreter ihrer Klasse dort sitzen. Wo dies der Fall, ist das politische Interesse am regsten, sind die Geister am gewecktesten.

Es ist eine vollkommen willkürliche Annahme, die durch nichts bestätigt wird, daß der Parlamentarismus die Menge einschläfere. Er braucht ja schon an seiner selbst willen die Tätigkeit der Massen. Sie wissen es ja alle an sich selbst, wie Ihre Tätigkeit in jedem Wahlkampfe angespannt wird, wieviel Kräfte in Bewegung gesetzt werden müssen, einen Abgeordneten ins Parlament zu bringen, wieviel aufklärende Tätigkeit erforderlich ist, die Indifferenten aufzurütteln, die noch geistig Schlummernden für die Sache zu gewinnen.

Ich habe keine genaue Statistik darüber, wie groß der Prozentsatz der bei der Wahl tätigen Genossen ist im Verhältnis zur Zahl der Wähler. Jedenfalls ist er ein sehr ansehnlicher und der Kampf überall ein fruchtbringender. Wir haben aus der Geschichte der Sozialdemokratie die Erfahrung gemacht, daß jeder Wahlkampf die Folge hat, nicht nur die großen Massen aufzurütteln, sondern auch der Organisation neue Kämpfer heranzuziehen, die sonst der Bewegung ferngeblieben wären.

Denken Sie sich nun im Gegensatz dazu einmal einen solchen Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die ihnen nahestehenden Sozialisten empfehlen. Stellen Sie sich vor, die große Masse der Arbeiter stellten auf einmal die Arbeit ein, nicht für eine bestimmte abgegrenzte Forderung, sondern weil sie das ganze Wirtschaftssystem nicht mehr haben wollen. Wie sähe es dann um unser soziales Leben aus? Nun, solange es beim bloßen Streik verbliebe, würde eben nur, je länger er sich hinzöge, um so mehr allgemeine Störung im Handel und Verkehr eintreten, der Kredit würde untergraben, jeder Unternehmerrmut würde einschlafen, allgemeine Arbeitslosigkeit würde eintreten, und von ihr am allermeisten, am allerschwersten betroffen wäre die Klasse der Arbeiter. Ein solcher Streik würde mit großem Glend für die Arbeiterklasse verbunden sein, aber nichts schaffen, er würde zerstören und nicht aufbauen. Aus diesem Grunde haben auch unsere Gewerkschaftsführer, die eine so große Verantwortung zu tragen haben, vollständig recht, wenn sie sich dagegen wehren, daß man diese Generalstreiks-Idee in ihre Reihen hineinträgt. Die Generalstreiks-Idee, so aufgefaßt, kann nur lähmend auf die Elemente wirken, die die Organisationsarbeit der Gewerkschaften zu verrichten haben.

Wenn ich mir vorstellte, daß es, um die große Masse für die Generalstreiks-Idee zu gewinnen, nur notwendig ist, ihr zu sagen, es sei mit einem Schlage das zu erreichen, was sonst nur durch jahrelange Kleinarbeit geschafft werden könnte, dann wäre ich ja ein Narr, wenn ich mich auf diese Kleinarbeit einlassen wollte. Daher sehen Sie auch, daß fast überall, wo diese anarchistische Generalstreiks-Idee sich in den Köpfen der Arbeiter festgesetzt hat, es um die Gewerkschaftsbewegung herzlich schlecht steht. Dort hält es die Masse eben für überflüssig, die für den Ausbau der Organisation erforderlichen Opfer zu bringen, da sie in dem Glauben lebt, durch den Generalstreik billiger und schneller zum Ziele zu kommen. Das Interesse an allem, was nicht Generalstreik heißt, schläft ein, er selbst aber ist in der geschilderten Form ein Traum.

Außerdem wollen wir eines nicht vergessen. Wir sprechen von der bürgerlichen Gesellschaft. Diese ist im Staate organisiert, der Staat aber verfügt über eine Macht, die sich uns bei jeder Gelegenheit sehr bedeutend fühlbar macht, und die zu unterschätzen wir daher wahrhaftig sehr wenig Anlaß haben. — Die Staatsmacht ist vertreten oder stützt sich vor allen Dingen auf das stehende Heer, das auch heute noch lediglich den herrschenden Klassen zur Verfügung steht, auch heute noch — wenigstens bei uns in Deutschland — in seiner Disziplin unerschütterter ist.

Es wäre eine große Täuschung, darauf zu rechnen, daß die Soldaten in Deutschland bei einem Kampfe zwischen Regierung und Arbeiterchaft ihren Oberen nicht gehorchen würden. Wohl haben wir eine große Anzahl Söhne von Arbeitern im Heere, die schon mit der Gesinnung ihrer Väter in die Armee eintreten, sie sind jedoch in der Minderheit. Wir können aber mit Sicherheit darauf rechnen, daß, wenn es in absehbarer Zeit zu einem solchen Zusammenstoß kommen sollte, diejenigen, die maßgebend sind, die Elemente schon aussuchen werden, auf die sie sich verlassen können.

Die Macht der Gewohnheit, die eiserne Macht der Tradition des gewaltigen Organismus, den das moderne Heer darstellt, ist so stark, daß es das Volk in frevelhafter Weise täuschen hieße, wollte man ihm erzählen, daß mit der bewaffneten Macht nicht mehr zu rechnen sei. Es ist sehr stark mit ihr zu rechnen.

Auch ist, ganz abgesehen vom Heer, die Widerstandskraft der bürgerlichen Gesellschaft, wenn ihre Existenz wirklich in Frage steht, eine viel größere, als man sich gemeinhin vorstellt; das hat sich schon bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt.

Lassen wir in Kürze einige Beispiele aus der Geschichte sprechen. Wir hatten ein erstes in London im Jahre 1848, zu einer Zeit also, wo der Revolutionswind durch ganz Europa zog. London war damals radikal, und die revolutionäre Partei der Chartisten wollte eine Art Handstreich ins Werk setzen. Eine Massenversammlung sollte auf freiem Feld in Süd-London zusammentreten und von da in geschlossenem Zug auf das Parlament losmarschieren. Kaum war die Absicht bekannt, so waren in wenigen Tagen 250,000 Bürger als Spezialkonstabler gegen die Chartisten eingeschrieben, und die Chartisten, die man ihre Versammlung

abhalten ließ, konnten ihr Vorhaben nicht ausführen. Ein anderes Beispiel liefert uns Paris im Revolutionsjahr. Im Februar 1848 war das Königtum der Revolution unterlegen, während im Juni des gleichen Jahres, weil die Aufständischen die ganze bürgerliche Gesellschaft gegen sich hatten, die Revolution unterlag. Ähnlich war es 1870/71 in Frankreich mit Kaiserreich und Kommune. Eine Regierung stürzen ist unter Umständen Kinder spiel, ganz etwas anderes aber ist der Umsturz einer Gesellschaftsordnung. Einen Generalstreik unter heutigen Verhältnissen heraufbeschwören, heißt mit großer Wahrscheinlichkeit eine blutige Revolution, heißt mit großer Wahrscheinlichkeit Zustände heraufbeschwören, die zu gewaltsamen Zusammenstößen führen müssen. Nun hat aber die Arbeiterschaft keinen Grund, sozusagen mit ihren Lebensinteressen *va banque* zu spielen, sondern sie hat die erste Pflicht, das fortzuführen, was sich ihr in der Praxis als förderlich bewährt hat.

## 2. Die Barrikade einst und jetzt.

Indessen, das Vorgeführte erschöpft nicht die Frage, die heute auf der Tagesordnung steht, das heißt, die Frage, ob der Streik überhaupt politisches Kampfmittel sein kann, ob der Streik zu politischen Zwecken ins Werk gesetzt, Mittel zu einer eindrucksvollen, wirkungsvollen Demonstration sein kann, ob er als solches mehr ausrichten kann, als wie die Mittel, über die wir gegenwärtig verfügen, nämlich Presse und Versammlungen. Diese Frage zu stellen, ist schon deshalb wichtig, weil

1. wir gar keine Bürgschaft dafür haben, daß uns nicht eines Tages diese Mittel — Presse und Versammlungen — wieder zu einem hohen Grade verkürzt, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Wir haben sie nicht verbrieft, wir haben sozusagen keine Hypothek auf sie; weil
2. auch das so wichtige Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse, das allgemeine Wahlrecht, uns durchaus nicht gesichert ist, und weil
3. die Zuflucht, zu der ehemals die Arbeiterklasse, beziehungsweise das Volk überhaupt, in Zeiten der Bedrängnis, in Zeiten, wo ihnen Rechte weggenommen wurden, zu greifen pflegten, nämlich das Mittel der Barrikade, heute fast durchgängig aufgehört hat, in Betracht zu kommen.

Auf der Barrikade oder mit Hilfe der Barrikade sind sehr große Erfolge erkämpft worden, sowohl in Frankreich und noch mehr in Spanien, als auch bei uns in Deutschland. Was war aber das Geheimnis dieser Erfolge? Alle diese Erfolge datieren mehrere Jahrzehnte weit zurück, die wirkungsvollsten sogar mehr als 50 Jahre. Betrachten wir die Barrikadenkämpfe näher, so spielte bei ihnen allen eine fast entscheidende Rolle der frühere Bau der Straßen. Früher waren die Städte sehr winkelig gebaut, die Straßen eng und krumm. Der Stadtplan der Hauptstädte, die ja sämtlich aus dem Mittelalter stammten, und wo mit fortschreitender Zunahme der Bevölkerung der gegebene innere Raum der Stadt nach Möglichkeit ausgenutzt werden mußte, war ganz systemlos geordnet. Sie sehen dies ja heute noch an den Resten von Breslau-Altstadt: überall krumme, winkelige und enge Straßen.

Durch alle diese Umstände begünstigt, war nun der Bau einer Barrikade oder einer ganzen Flucht von Barrikaden eine ziemlich leichte

Sache, namentlich auch bei der Natur des damaligen Straßenpflasters. Das Pflaster bestand aus unregelmäßig geformten Felssteinen, die Lücken ließen und daher leicht aufzureißen waren. Durch die Straßen liefen Rinnen, die vor jedem Haus mit Bohlen lose überdeckt waren, welche man nur abzuheben brauchte, um sie für den Barrikadenbau benutzen zu können. Eine ganze Reihe von solchen äußerst vorteilhaften technischen Umständen wirkten schon darauf ein, daß der Barrikadenbau außerordentlich schnell vor sich ging und auch sehr wirkungsvoll war.\*) Dazu kommt dann noch die Beschaffenheit der früheren Waffen des Militärs, der alten Vorderlader, die sehr umständlich zu behandeln waren, wo jedesmal eine größere Zeit verstrich, bis von neuem geladen war. Die Konstruktion der Gewehre war überaus einfach, und es war ungeheuer leicht, sich für die damaligen Waffen Kugeln zu schaffen. Heute ist das alles anders geworden. Sie wissen alle, wie kunstvoll heute unsere Feuerwaffen sind, wie schnell sie durch den, der die passende Munition hat, geladen werden können, wie nutzlos dagegen ein Gewehr für den ist, der die betreffende Nummer der Patrone oder wie sonst die Hülse heißt, nicht hat — wie jedes Gewehr nur für eine bestimmte Ladung gearbeitet wird, wie die Herstellung solcher Ladung eine immer kompliziertere Sache wird und daß es erheblicher technischer Vorkenntnisse bedarf, um mit einem Gewehr umgehen zu können, auf das man nicht vorher eingeübt ist. Also schon mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Kampfmittel wird es außerordentlich schwer, ja fast unmöglich, den Kampf mit der bewaffneten Macht aufzuwehmen; drüben die außerordentlich vervollkommenen, weittragenden Waffen, hier die Schwierigkeit, sich auch nur einigermaßen gleichartige Waffen mit passender Munition zu beschaffen. Sie sehen, wie sehr die Verhältnisse für den Straßenkampf andere sind, als 1848. Damals konnte sich das Volk, vom Militär angegriffen, schnell hinter bald errichtete Barrikaden zurückziehen, heute kann es dies nicht mehr, heute käme auch so bald keine so nahe Berührung zwischen Soldaten und Kämpfern zustande wie damals. Infolge der Natur ihrer Waffen und der Beschaffenheit der Straßen kamen die Soldaten gewöhnlich dem Volke auf Sprechweite nahe, es fanden Verhandlungen statt, man rief sich Mahnrufe zu, das Volk hatte die Möglichkeit, die Soldaten moralisch zu bearbeiten, die oft nur in kleineren Trupps in die engen Straßen eindringen konnten. Wenn aber das Heer fest blieb, dann hatte es selbst damals die größten Chancen des Erfolges für sich, so sehr ist die organisierte Macht der improvisierten überlegen. Die Hauptaufgabe der Volkskämpfer war immer, die Soldaten durch alle möglichen Mittel der Hinzueziehung des Kampfes zu ermüden. Da wurden von den Dächern, aus den Fenstern Steine und schwere Gegenstände auf die Soldaten geworfen, bei jedem Schritt vorwärts ihnen neue Hindernisse bereitet, neue Fallen gestellt. Die Soldaten konnten so voll-

\*) Die Häuser waren mittelgroß, leicht zu erklettern, hatten, so eng die Straßen waren, oft große, mit einander in Verbindung stehende, in Neben- oder Hinterstraßen einmündende Höfe, und andere, den Volkskämpfern günstige Eigenheiten mehr.

ständig nervös gemacht und abgemattet werden, daß sie schließlich eben nicht mehr dazu zu bringen waren, weiterzukämpfen. Diese Vorteile, die der revoltierenden Bevölkerung ehemals in die Hände gegeben waren, sind heute fast nirgends mehr vorhanden, das heutige Pflaster eignet sich sehr schlecht zum Barrikadenbau, die breiten geraden Straßen können aus jeder Entfernung mit Präzisionswaffen von furchtbarer Wirkung bestrichen werden, die Dächer der Häuser sind schwer zu erreichen, und den dicht die Häuser entlang vorrückenden Soldaten erreicht kein von oben herabgeworfener Stein. Es wäre daher ein bodenloser Leichtsin, wenn wir heute etwa wieder Barrikadenkämpfe provozieren wollten.

### 3. Der Streik als Waffe der Arbeiter.

Soll das Volk aber darum alles ruhig über sich ergehen lassen, was den jeweiligen Machthabern beliebt? Soll es sein Geschick vollständig von der Gnade oder der guten Laune derjenigen abhängig machen, die gerade die Macht in den Händen haben? Oder sollte es nicht noch andere Mittel haben, seinen Willen geltend zu machen? Wenn wir uns die Frage so stellen, wenn wir uns fragen: welches ist denn nun diejenige Waffe, die dem Volke, heute also den Arbeiterklassen, in ihren Kämpfen zur Verfügung steht, außer denen, die ihnen jeweilig durch Gesetze gegeben sind, außer den Waffen der unmittelbaren Ueberredung; welches ist die Waffe, die dem Volke, wenn ihm schon von ihm besessene Rechte genommen oder lange fällig gewordene Rechte vorenthalten werden, welches ist dann die Waffe, die der Arbeiter, das Volk heute noch hat? — werte Genossen, so gefragt, antworten wir: Die stärkste Waffe des Arbeiters ist die freie Verfügung über seine Arbeitskraft, das stärkste Kampfmittel die Arbeitskraft der in den großen Zentren in immer größerer Zahl sich anhäufenden Massen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich rechne dazu alle Arbeiter in Fabrik und Werkstatt, die Angestellten in Bureau, Läden und Comptoirs und alle, die in öffentlichen Betrieben tätig sind, sie alle verfügen durch ihre Arbeitskraft über ein Stück vom Muskel- und Nervensystem des heutigen Wirtschaftsorganismus. Auf ihnen, auf ihren Schultern ruht das ganze heutige Wirtschaftsleben, und in der Praxis, da haben es die Arbeiter im Kleinen ja schon erfahren, welche Bedeutung das hat: Die Verfügung über ihre Arbeitskraft: da haben sie es erprobt, daß, wenn alle Mittel des Verhandels versagen, sie dadurch, daß sie zeitweise die Arbeit einstellen, die Unternehmer zwingen, ihnen Zugeständnisse irgend welcher Art zu machen. Diese Waffe ist heute so eingebürgert, daß sie, die vor fünfzig Jahren noch als unerhörte Auflehnung gegen die soziale Ordnung galt, die als eine Art Verschwörung betrachtet wurde, im wirtschaftlichen Kampfe schon allgemein als selbstverständlich hingenommen wird, obgleich sie auch da ihre üblen Seiten hat. Selbst diese Waffe übrigens suchen die kapitalgewaltigen Unternehmer den Arbeitern heute möglichst aus der Hand zu winden. Bisher freilich ohne Erfolg.

Die Arbeiterschaft hat unter den schwierigsten Umständen Streiks aufgenommen, sie hat viele scheinbar aussichtslose Streikkämpfe mit Erfolg durchfochten und hat von dieser Waffe nicht gelassen, auch wenn sie zeitweilig im Streik unterlegen ist.

Wenn Sie die Geschichte der modernen Arbeitseinstellungen mehrere Jahrzehnte zurück verfolgen, so werden Sie finden, daß früher die übergroße Mehrzahl der Arbeitseinstellungen verloren gingen. Und auch heute ist der Prozentsatz der Streiks, die verloren gehen, noch ein sehr, sehr großer. Aber doch verzichtet kein Arbeiter auf diese Waffe, und hat der Arbeiter das Recht, nicht auf sie zu verzichten. Gleich nach

einem verlorenen Streik, schon nach sehr kurzer Zeit, sehen wir ihn häufig wieder zu dieser Waffe greifen und auch vom taktischen Standpunkte aus mit vollständigem Recht. Was scheinbar oder formell ein Verlust, ist tatsächlich oft ein materieller Gewinn. Sehr gut hat dies auf dem Kölner Gewerkschaftskongress ein Gegner des Generalstreiks, der Genosse Bömelburg, dargelegt.

In seiner Rede sagte er nach dem Protokoll des Gewerkschaftskongresses:

„Ich will hier nicht verfehlen zu erklären, daß die deutschen Gewerkschaften alle Veranlassung haben, dem Unfug entgegenzutreten, der sich in der Presse und zum Teil auch in Versammlungen breit macht, daß man, wenn mal ein Streik nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endigt, von einer großen Niederlage redet. (Lebhafte Sehr richtig). Ich erinnere Sie an den Kampf von 1890 und 1891. Damals sprach man auch von großen Niederlagen der Gewerkschaften, in Köln prophezeite man sogar darauf hin, daß die Gewerkschaften nicht stark genug seien, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen — und was haben wir nach jener Zeit erlebt? eine gewaltige Entwicklung der Gewerkschaften, und statt Niederlagen Sieg auf Sieg. Die praktische Erfahrung hat uns häufig genug gezeigt, daß ein Streik, der nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endigt, in ganz kurzer Zeit aus einer Niederlage zu einem Siege ward. Oftmals wird innerhalb eines Jahres die Forderung der Arbeiter bewilligt, weil die Unternehmer zum zweiten Mal einen solchen Kampf nicht wieder durchmachen wollten.“

Selten ist eine Kraftentfaltung der Arbeiterschaft völlig verloren. Gar mancher Streik würde nicht gewonnen werden, wenn er nicht als Vorläufer einen verlorenen Streik gehabt hätte. Schon das bloße Bewußtsein, daß die Arbeiter organisiert sind, daß sie Schulter an Schulter zusammenstehen und so imstande sind, eine Macht auszuüben, wirkt auf das Unternehmertum und auf den ganzen Verlauf des Kampfes. Wir haben leider keine Statistik der Erfolge der Streikbewegungen — England ist in dieser Hinsicht besser daran —, hätten wir sie, so würde sich zeigen, wie große Erfolge in materieller und moralischer Beziehung durch das Mittel des Streiks für die Arbeiterklasse erzielt wurden.\*) Und noch einmal sei es gesagt, auch der scheinbar verlorene Streik ist als Kraftentfaltung ein Faktor im Ringen zwischen Arbeitertum und Unternehmerklasse, im Kampf der organisierten lebendigen Arbeitskraft gegen das Spiel der freien Konkurrenz. Und ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, heute ist der Streik so gut eine Wissenschaft geworden, wie die Kriegsführung überhaupt. Wie die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, so ist auch der gewerkschaftliche Streik eine Wissenschaft, die an der Hand der Erfahrung ausgebildet worden ist, eine Wissenschaft, die uns lehrt, alle in Betracht kommenden Faktoren auf ihren Wirkungswert nach Wahrscheinlichkeitsmomenten abzuschätzen. Und im gleichen Sinne müssen wir auch den politischen Streik wissenschaftlich zu betrachten suchen.

\*) Hunderte von Millionen in Geldwert, hunderte von Millionen in Stunden freier Muße reichen nicht aus, die Vorteile zu veranschaulichen, die der Arbeiterschaft allein in Deutschland durch das Mittel des Streiks erkämpft wurden.

#### 4. Politische Streiks früherer Zeiten.

Der politische Streik, werthe Genossen, ist ja keine Erscheinung erst von heute oder gestern. Ich weiß nicht, ob es hier schon ausgeführt worden ist, wir haben, wenn wir von dem sagenhaften Massenstreik der Juden in Aegypten absehen wollen, der nach der Bibel ausbrach, weil die Beamten des Pharao den jüdischen Ziegelarbeitern nicht das nötige Stroh zum Ziegelbrennen lieferten, und am Ende der Dinge die Folge hatte, daß Pharao mit seinen Truppen im roten Meer ertrank; wenn wir von dieser Sage absehen, so haben wir im Altertum noch einen anderen berühmt gewordenen Massenstreik, der zwar etwas von der Ueberlieferung ausgeschmückt sein mag, aber im Kern gewiß auf Tatsachen beruht: ich meine den Auszug der Plebejer aus dem alten Rom, der sich etwa 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung abspielte. Damals stand das alte Rom im Zeichen eines Klassenkampfes ähnlicher Art, wie er in Deutschland im Mittelalter zwischen den Geschlechtern und den Zünften bestanden hat. Was bei uns im Mittelalter die alteingesessenen und bevorrechtigten Geschlechter waren, das ungefähr waren in Rom die Patrizier. Ihnen standen — von den Sklaven abgesehen, die politisch nicht zählten — die von der Regierung der Stadt ausgeschlossenen freien Volksklassen gegenüber, die man zusammenfassend die Plebejer nannte. Diese waren allmählig kraft ihrer wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung zu einem gewissen Ansehen gelangt und verlangten nun politische Rechte, die ihnen vorenthalten wurden. Viele von ihnen waren unter anderem infolge der rücksichtslosen Handhabung der Steuer-gesetze in große Schuldknechtschaft geraten und der brutalsten Ausbeutung durch die Patrizier unterworfen. Auch wurden sie, die in den Kriegen die Massen der Soldaten stellten, bei Verteilung der Beute schändlich abgefunden. Sie lehnten sich dagegen auf, und da wurde im Jahre 494 vor unserer Zeitrechnung in Rom die Diktatur eingeführt, angeblich gegen den äußeren Feind, tatsächlich aber gegen den inneren, das heißt die Plebejer. Nach der Sage zogen sie daraufhin aus Rom fort und schlugen draußen auf einem Berge, der später der heilige Berg — mons sacer — genannt wurde, ihr Lager auf. Wie die Sage weiter erzählt, sei dann der Senator Menenius Agrippa zu ihnen hinausgezogen und habe dem Volke die Fabel von dem Streik der Glieder gegen den Magen vorgetragen. Es habe die Glieder, so soll er ausgeführt haben, eines Tages verdrossen, daß ihre Arbeit und Dienstleistung immer nur Nahrung für den Magen herbeischaffe, der Magen

aber in der Mitte nichts weiter tue, als bequem zu verdauen. Die Glieder hätten sich also verabredet, dem Magen keine Nahrung mehr zuzuführen. So ließen sie den Magen hungern, die Folge davon aber sei gewesen, daß der ganze Körper mit allen Gliedern krank wurde. Da sei es diesen klar geworden, daß sie, die Glieder, nicht bestehen könnten, wenn der Magen nicht von ihnen Nahrung für sein Verdauungswerk bekäme. Durch diese schöne Legende sollen sich die Plebejer haben bereden lassen, zurückzukehren, um fortan für den patrizischen Magen zu sorgen. Tatsächlich aber lag die Sache etwas anders. Es ist ganz gut, in unserer Zeit etwas mehr von dem Auszug zu hören, der jedenfalls in irgend einer Form stattgefunden hat, denn so viel wir aus der Geschichte Roms wissen, stammt die Einrichtung der Volkstribunen im alten Rom aus jenen Tagen her. Die Plebejer erhielten, um sie zur Rückkehr zu bewegen, Volkstribunen zugebilligt, von ihnen erwählte unverlegliche Vertreter, die ihre Rechte wahrzunehmen hatten gegen den Senat, die den Sitzungen des Senats beiwohnen durften und gegen die Beschlüsse des Senats ihr Veto, das heißt ihr Nein, einlegen durften, durch das den Beschlüssen die Gesetzeskraft entzogen wurde. Sie hatten damit ein großes Maß politischen Rechts erlangt, das schrittweise immer mehr erweitert wurde, bis schließlich die unter ihrer Leitung vorgenommene Volksabstimmung allgemeine Regel wurde, das heißt die Bestimmung, daß, nachdem die Tribunen es verlangt hatten, das Volk in direkter Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der Gesetze entschied.

Von jenem Auszuge her datierte also in Rom die Demokratisierung des Staatslebens.

Dann hatten wir im Mittelalter in Deutschland allerhand Arbeits-einstellungen von Handwerksgefelln, Streiks, die manchmal einen recht kleinlichen Charakter trugen, sich anscheinend nur um Lappalien drehten, indirekt aber sich doch darauf richteten, wenn auch nicht politische Rechte im heutigen Sinne, so doch allerhand Gerechtfame zu erringen und sich zu erhalten, die damals eine gewisse soziale Bedeutung hatten. Es gab Streiks im späteren Mittelalter, die sich außerordentlich lange hinzogen und doch mit einem Sieg der Arbeiter geendet haben. Ich erinnere nur an den Streik der Bäckergefelln Colmars von 1495, der zehn Jahre gedauert hat und sich um den Platz bei den öffentlichen Umzügen drehte.

## 5. Die politischen Massenstreiks der Neuzeit.

In unserer Zeit kommt als erste Streikbewegung der Arbeiterklasse zu politischen Zwecken der politische Streik der Chartisten Englands in Frage. Zum ersten Male legten hier 1839 im August Arbeiter in größerer Zahl die Arbeiter nieder, um die Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts durchzusetzen. Die Chartisten wollten durch allgemeine Arbeitseinstellung einen sogenannten heiligen Monat herbeiführen, der eine den Zeitverhältnissen unserer Epoche angepasste Neuauflage des Auszugs der Plebejer auf den heiligen Berg sein und das Parlament nötigen sollte, das allgemeine Wahlrecht zu gewähren. Ihr Versuch ist fehlgeschlagen, und auf Grund dieses Fehlschlagens wurde lange Zeit hindurch der Generallstreik als eine undurchführbare, unsinnige Idee bezeichnet.

Untersucht man aber die Ursachen der damaligen Niederlage genauer, so wird man finden, daß dieser Streik, wie übrigens auch andere mißlungene politische Streiks, geradezu widersinnig in die Wege geleitet worden war, daß von irgend welcher planmäßigen Ausführung nicht die Rede war, daß die politischen Arbeitseinstellungen der Chartisten von 1839 und 1842 übereilt und ohne irgendwelche leistungsfähige Organisation ins Werk gesetzt wurden. \*)

Spontan aus der Masse heraus ist dann 1893 in Belgien so etwas wie ein politischer Streik ins Werk gesetzt worden, und der war erfolgreich. Damals hatten die belgischen Arbeiter seit längerer Zeit für eine Wahlreform agitiert und organisiert gekämpft. Das Wahlrecht in Belgien war derartig beschaffen, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die große Masse des Kleinbürgertums vom Wahlrecht ausgeschlossen war, und auch andere Parteien Belgiens nahmen an der Bewegung für die Wahlreform Anteil, irgend welche Reform des Wahlrechts war garnicht mehr aufzuschieben. Selbst die am Ruder befindliche Klerikale Partei war nicht in stande, die Sache noch lange hinzuhalten.

\*) Nach einer in sozialistischen Kreisen verbreiteten Auffassung wurden 1842 die chartistischen Arbeiter durch die Bourgeoisie zum Massenstreik veranlaßt. Das ist nur halb richtig, soweit es aber zutrifft, beweist es nur die Unreife der Bewegung und die Unfähigkeit ihrer maßgebenden Führer. Das Jahr 1842 war ein Jahr großen Geschäftsdrucks und infolgedessen großer Arbeitslosigkeit — die ungünstigste Vorbedingung für Streiks im allgemeinen und eines politischen Streiks im besonderen.

Und da hier eine Frage vorlag, in der das Recht ganz evident auf Seiten des arbeitenden Volkes war und mit ihm auch noch andere Parteien im Kampf gegen die Regierung standen, so drang seine Aktion damals durch. Es wurde im Frühjahr 1893 in Brüssel, in verschiedenen Provinzialstädten und namentlich auch in den Grubendistrikten gestreift, der Streik hatte als unmittelbare Folge das Verprechen der Regierung, ganz bestimmt die Wahlreform durchzuführen, und tatsächlich ward das Wahlrecht der ganzen männlichen Bevölkerung Belgiens, allerdings mit gewissen Unterschieden, gegeben; dies die belgische Bewegung von 1893.

Erwähnt sei aber, daß in Belgien damals nicht einmal in der Hauptstadt Brüssel die Arbeiterschaft in annähernder Gesamtheit die Arbeit eingestellt hatte, sondern überall nur ein Teil der Arbeiter. In ganz Belgien hat nach übereinstimmenden Berichten etwa ein Zehntel der Arbeiter gestreift, und doch war dies genug gewesen, um die Wahlreform herbeizuführen.

Erinnert sei noch daran, daß etwa um dieselbe Zeit in Oesterreich zwar nicht ein Generallstreik ausbrach, aber großartige Demonstrationen der Arbeiter Wiens stattfanden, die einen ähnlichen Charakter trugen. Durch Massenpaziergänge in den Straßen Wiens gelang es den Arbeitern, die spruchreif gewordene Reform des erbärmlichen Wahlsystems, wie es bis dahin in Oesterreich bestand, auf die Tagesordnung zu setzen, und das Parlament, das die Durchführung einer ziemlich radikalen Regierungsvorlage verweigert hatte, dahin zu bringen, wenigstens etwas an dem alten Wahlrecht zu ändern. Zwar schlecht genug ist die Aenderung schließlich ausgefallen, sie ist sehr mangelhaft, aber immerhin haben die Arbeiter einen Anfang von Wahlrecht bekommen.

Dann waren in diesem Jahrhundert in den Jahren 1902 bis 1904 drei Bewegungen, die wir für die Frage des politischen Massenstreiks in Betracht zu ziehen haben; der zweite Wahlrechtskampf in Belgien, Ostern 1902, der Generallstreik der organisierten Arbeiter in Holland im April 1903 und der Generallstreik der Arbeiterschaft in Italien im Frühjahr 1904.

Von diesen Bewegungen ging der Kampf der Belgier diesmal verlorener, obwohl er weit größere Massen auf die Beine gebracht hat, als der von 1893. Warum? Einmal hatte die Bewegung, obgleich die liberalen Parteien sich mit dem Ziele einverstanden erklärt hatten, doch als Streik die Liberalen gegen sich. Zweitens ist der Streik unzweifelhaft unter dem Eindruck des leichten Erfolges von 1893 überstürzt ins Werk gesetzt worden, infolgedessen konnten die Massen auch leicht auseinandergejagt werden. Es muß auch noch folgendes hinzugesagt werden: Der erste politische Streik in Belgien vom Jahre 1893 war der Höhepunkt einer tiefgreifenden, das ganze Volk aufrüttelnden Bewegung gewesen. Das arbeitende Volk Belgiens war bis dahin im Staate rechtlos gewesen, und nun forderten die erwachten Arbeiter mit Leidenschaft ihre Rechte. Es war damals leicht gewesen, in den Städten die Gemüter aller im Volke gegen die Regierung zu

erregen. Der zweite belgische Streik war gegen ein Pluralwahlrecht gerichtet, das, so verwerflich es ist, doch kaum größere Ungleichheiten schafft, als wie sie heute unser Reichstagswahlrecht infolge der schreienden Ungleichheit der Wahlkreise aufweist. Die breite Masse des Volks empfand den Druck nicht sehr stark, das Kleinbürgertum in den Städten war als Klasse eher bevorteilt, selbst viele Arbeiter haben in Belgien Pluralstimmen, und so fehlte dem Massenstreik der tiefe Resonanzboden im Volke. Er blieb in der Hauptsache eine Demonstration der Partei. Er zündete nicht, und darum endete er, trotzdem weit mehr Arbeiter gestreift hatten als 1893, mit einem Fehlschlag.\*)

Lehnlich lag es 1903 in Holland. In Holland war im Januar 1903 im Anschluß an einen Streik von Hafenarbeitern ganz spontan ein Streik von Eisenbahnangestellten ausgebrochen, die Güter nicht befördern wollten, welche von Arbeitswilligen auf die Bahn gebracht worden waren. Dieser spontan eingetretene Streik war siegreich, weil sehr weite Kreise der Bürgerschaft aus einer gewissen Gefühlsregung heraus mit den Arbeitern sympathisierten, sich zum Teil ganz offen auf ihre Seite stellten. Als dann aber die Regierung eine Vorlage einbrachte, die unter Hinweis auf die Sicherung des Verkehrs den Kontraktbruch von Eisenbahnangestellten mit schweren Strafen bedroht, und die organisierten Arbeiter daraufhin den Massenstreik versuchten, da sind sie allerdings unterlegen. Mängel der Organisation, Indifferenz des Publikums haben die Hauptrolle dabei gespielt. Es wäre aber auch ein Unding zu glauben, daß ein Generalstreik nach drei oder vier Wochen so einfach wiederholt werden kann. Das wird immer ein bedenkliches Experiment sein, auch wenn der erste Streik guten Erfolg gehabt hat.

In Italien hat der politische Massenstreik, der im September 1904 gespielt hat, eigentlich kein rechtes Ziel gehabt. Die Massen traten, um gegen eine Schießerei zu protestieren, in den allgemeinen Ausstand; die Behörden ließen die Streikenden im allgemeinen ruhig gewähren, es wurde friedlich demonstriert, ohne etwas Bestimmtes zu fordern oder zu erreichen, außer daß der Minister versprach, es solle nicht mehr auf Streikende geschossen werden, und dann gingen die Arbeiter auf Weisung die Partei wieder ruhig an die Arbeit. Also ein Generalstreik, der unter dem Gesichtspunkt des Erfolges weder für noch gegen etwas beweist,

\*) Von einer Seite in der Sozialdemokratie wird immer wieder behauptet, der belgische Massenstreik von 1902 sei deshalb fehlgeschlagen, weil die Führer der belgischen Sozialdemokratie damals zu viel mit den Liberalen „geliebäugelt“ hätten. So noch jüngst am 21. August Klara Zetkin in einer Berliner Versammlung (vgl. den „Vorwärts“ vom 23. August). Tatsächlich war der Streik von 1902 gegen den Widerspruch der Liberalen ins Werk gesetzt und ist abgebrochen worden, weil die Delegierten der großen Mehrheit der Arbeiterverbände, vor allem die der Textilarbeiter, es verlangten. Ich halte es für notwendig, dies hier festzustellen, weil die vorerwähnte Legende, die nur geeignet ist, das Problem zu verdunkeln, auch in der Holland Volktschen Schrift Aufnahme gefunden hat, allerdings in taktvolleren Ausdrücken und nur als Wiedergabe von Ansichten anderer, aber sie hat doch genügt, die Verfasserin von einer unbefangenen Würdigung der betreffenden Vorgänge abzuhalten.

aber jedenfalls ungeheure Massen in musterhafter Disziplin in die Aktion gebracht hat.

Das sind die letzten Bewegungen, die wir als vorläufig abgeschlossen zu verzeichnen haben.

Dann kommen noch die bedeutsamen Generalstreiks, die mit der großen Straßen-Demonstration der Arbeiter Petersburgs im Januar dieses Jahres unter der Führung Georg Gapon's angefangen und sich in ganz Rußland fortgepflanzt haben, eine mächtige Bewegung, von der wir hoffen wollen und meiner Ansicht nach auch hoffen dürfen, daß sie mit der Revolution, der siegreichen Revolution für Rußland enden wird.

Genossen! Wir haben freilich sehen müssen, wie man unsere russischen Brüder niedergehauen und niedergeschossen hat. Wir kennen noch heute die Zahl der Opfer nicht, die hingerichtet wurden. Wir wissen nur, daß die Demonstrationen viel Leben gekostet haben, daß bei ihnen viel Arbeiterblut geflossen ist. Sollen aber wir diese Bewegung deshalb verurteilen, weil sie zunächst mit Niederlagen endete. Sollen wir deshalb sagen, daß es ein Fehler war, daß es frivol war, sie überhaupt zu beginnen?

Wenn wir sehen, wie der russische Despotismus beschaffen ist, wenn wir ferner sehen, wie starr diese Regierung auf ihrer Machtvollkommenheit beharrt, wie noch während des Krieges, der die Kräfte des Landes in Anspruch nahm, das Volk unter dem verschärften Despotismus zu leiden hatte, wie noch während des Krieges der damalige, jetzt freilich aus den Reihen der Lebenden gestrichene Minister Plehwe sogar eine Semstwo, das heißt eine nur aus Angehörigen der besitzenden Klassen zusammengesetzte Kreisvertretung auflöste, bloß weil sie Mittel zur Volksbildung bewilligte, wenn wir in dem Kriege die Korruption der zarischen Beamenschaft zum Schaden von Leben und Gesundheit von Tausenden und Abertausenden sich entfalten sehen, dann werden wir uns auch sagen, es mußte einmal aus dem Volke heraus eine gewaltige Bewegung kommen und sich in Demonstrationen von elementarer Gewalt Luft machen, welche Opfer sie auch kosten sollten. Diese Opfer sind aber nicht vergebens gebracht worden. Die Toten, die der Zarismus auf dem Gewissen hat, sind nicht umsonst gestorben. Die Arbeiter haben ihr Blut nicht umsonst in die Schanze geschlagen.

In Rußland geht die Bewegung weiter, auf das ganze Volk geht sie über, erfaßt alle Klassen der Bevölkerung. Natürlich braucht sie Zeit, sich durchzusetzen. Man muß sich überhaupt eine Revolution nicht so vorstellen, als ob sie heute gemacht wird und morgen schon einen Erfolg hat.

Vergessen Sie nicht, daß 1789 in Frankreich, wo ein viel schwächeres Königtum zu überwinden war, wo die Revolution viel leichteres Spiel hatte, doch die Dinge sich nicht so einfach abspielten, wie wir sie heute im Geiste vor uns sehen. Wir sehen überhaupt die Geschichte etwas zu sehr in ähnlicher Weise an, wie man die Dinge auf dem Theater sieht: hier ist ein Verfassstück, dort ein Stein, dort ein Berg, — wir sehen alles

unmittelbar hintereinander und meinen, es liege nichts dazwischen. In Wirklichkeit ist es aber nicht so.

Schon 1792, drei Jahre nach dem Ausbruch der großen Revolution, drei Jahre nach dem Bastillensturm, wollte Marat verzweifelnd auswandern, weil er an einen Fortgang der demokratischen Entwicklung nicht zu glauben vermochte.

Und nun erst das schwerfällige Rußland! Nicht der fünfte Teil der Bevölkerung wohnt dort auf demselben Raum wie in Deutschland. Daraus können Sie folgern, wie viel Zeit dort jede Bewegung braucht und welche Macht der Despotismus insolge dessen dort noch hat. Aber die Bewegung ist da, und wenn der Krieg seinen Fortgang nimmt, dann wird um so größer die Niederlage sein. (Bravo!) Die Demonstration der russischen Arbeiter ist dann nicht umsonst gewesen! Wo eine solche Erbitterung vorhanden ist, wo der allgemeine Unwille sich gegen eine Spitze richtet, wie in Rußland, da wird eine derartige Demonstration nicht nur notwendig, sondern auch von großem Nutzen sein.

## 6. Was Hamburg lehrt.

Wir können aus all den Tatsachen, die ich vorgeführt habe, zunächst soviel folgern, daß der politische Generalstreik oder der politische Massenstreik keine Sache ist, die man ganz nach Willkür heute oder morgen ins Werk setzen kann, daß die Idee des Generalstreiks keine Sache ist, mit der man leichtsinnig spielen darf, daß wir vielmehr allen Grund haben, jegliche Provokation nach dieser Richtung hin zu unterlassen. Aber wir können aus den erbrachten Tatsachen **keinen Grund entnehmen, den Gedanken ganz abzulehnen.**

Die Verhältnisse spitzen sich gerade bei uns in sehr verhängnisvoller Weise zu, sie entwickeln sich bei uns in solcher Gestalt, daß sie das Volk zwingen können, zur schärfsten Form der Demonstration eines Tages seine Zuflucht zu nehmen.

Es handelt sich auf der einen Seite um die Erkämpfung politischer Rechte, die längst fällig sind und dem Volke noch immer hartnäckig vorenthalten werden, und wir haben auf der anderen Seite mit einer noch schlimmeren Eventualität zu rechnen, mit der Beeinträchtigung, der Verkürzung und womöglich der Aufhebung schon bestehender Rechte. Wir haben nach meiner Ansicht zu rechnen mit der Absicht einer Revision, d. h. einer **Verkürzung bezw. Verschlechterung des jetzigen Reichstagswahlrechts.** Viele, darunter auch Bismarck und andere, meinten in Köln, es sei unnötig, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, man dürfe überhaupt nicht so viel von der Sache reden, dadurch gewöhne man die Leute erst an den Gedanken. Ja, werthe Anwesende, diese Auffassung hat etwas für sich, Sie kennen ja das Sprichwort:

„Wenn man den Wolf nennt,  
So kommt er geredet.“

Man kann unter Umständen wirklich zu viel von einer Gefahr reden und sie dadurch erst auf die Tagesordnung bringen. Hier liegt die Sache indes so, daß auch wenn wir nicht von der Bedrohung des Reichstagswahlrechts reden, die anderen desto mehr darüber sprechen. Sehen wir uns doch mal um. Lesen wir die Presse unserer Gegner, lesen wir die Reden unserer Gegner, die sie halten, wenn sie unter sich sind, wie im preussischen Landtage. Ist nicht da gerade in diesen Tagen von neuem gegen das Reichstagswahlrecht losgezogen und auf seine Beseitigung hingearbeitet worden von Leuten, die auf gewisse Schichten der herrschenden Klassen einen großen Einfluß haben? Es sind gerade zwei Mitglieder aus dieser Provinz, die das große Wort geführt haben, es sind Schlesier. — Sie können stolz darauf sein. — Da ist Limburg-Stirum. (Zurufe.) Sie sagen „Pfui“, aber er hat doch nur offen ausgesprochen, was viele andere seiner Partei und Klasse

denken. Dann ist da Herr v. Kardorff, der nach seiner eigenen Erklärung jeden Augenblick bereit ist, das Reichstags-Wahlrecht zu beseitigen.

Überall hören Sie solche Stimmen, die sich gegen das allgemeine, gleiche und direkte Reichstagswahlrecht richten. Und wenn uns irgend wie noch Zweifel in dieser Sache kommen könnten, wenn wir über das Bestehen solcher Absichten auch nur einen Augenblick im Zweifel wären, dann hätte **Hamburg uns die Zweifel genommen.**

Werte Anwesende, Sie haben kürzlich hier in diesem Saale einen Vortrag aus kompetentem Munde über die Hamburger Wahlrechtskampagne gehört. Ich möchte diejenigen, die Hamburg genau kennen, einmal fragen, ob sie vor noch acht Wochen es für möglich gehalten hätten, daß dort heute eine derartige Wahlrechtsvorlage auf die Tagesordnung gebracht werden könne. Die Wahlprivilegien der Notabeln und Grundeigentümer im Staate Hamburg machten es unmöglich, daß die Sozialdemokratie jemals die Mehrheit in der Bürgerchaftsvertretung erhalten konnte. Trotz alledem aber wurde die EntrechtungsVorlage eingebracht! Sie haben gehört, wie wenig selbst vom Standpunkt der herrschenden, der besitzenden Klassen Hamburgs eine Wahlrechtsänderung dort notwendig ist. Wenn wir bedenken, daß Hamburg über 200,000 Reichstagswähler hat, aber nur 57,000 Personen zur Stimmabgabe für die Bürgerchaftsvertretung berechtigt sind, so sehen wir schon heute weit über 100,000 Arbeiter der **Hansestadt politisch entrechtet.** Auf diese Weise ist natürlich auch die Anzahl der Vertreter der Arbeiter im Hamburger Staatsparlament um so geringer.

Das nationalliberale Mitglied der Bürgerchaft, Dr. Wolffsohn, hat nachgerechnet, daß von den Wahlbezirken Hamburgs infolge der Klassenzugehörigkeit ihrer Bewohner mindestens dreißig den bürgerlichen Parteien sicher sind. Demgemäß könnten die Sozialdemokraten beim bisherigen System es im Höchstfalle auf 50 Vertreter bringen, denen wenigstens 110 bürgerliche Stimmen gegenüberstünden, da den Vertretern des Grundbesitzes, den Vertretern des Gerichts, der Behörden und der höheren Schulen 80 Sitze als fester Bestand vorbehalten sind. Es mag der eine oder der andere von den Notabeln vorgeschrittenere politische Meinungen haben, es sind doch aber alles Leute, die durch ihre Klasseninteressen gegen den sogenannten Umsturz zusammengehalten werden. Und trotzdem war den Reaktionären dieses Wahlsystem, das der bestehenden Ordnung für alle Fälle eine Zweidrittelmehrheit sichert, noch nicht reaktionär genug, es mußte noch im Sinne der Verminderung des Wahlrechts der Arbeiterwähler abgeändert werden.

Und, werte Anwesende, wozu brauchte man diese Verschlechterung? Es heißt, weil ohne sie eines Tages keine Verfassungsänderung mehr möglich wäre, der die Sozialdemokratie nicht zustimmte, da das Grundgesetz für sie eine Dreiviertelmehrheit vorschreibt. Ja, sind denn die Hamburger sozialistischen Arbeiter nicht auch Hamburger Staatsbürger? Sind sie nicht als solche nach der Verfassung gleichberechtigt?

Warum sollen also nicht auch sie gegen ihnen nicht zusagende Beschlüsse ihr Veto haben. Welcher Art von Verfassungs-Änderung würden die Arbeiter sich denn widersetzen? Ganz sicher nur einer antidemokratischen. Erklärtermaßen ist der ganze Feldzug nur ins Werk gesetzt worden als Maßregel im Feldzug gegen die Demokratie.

Und nun ist es ziemlich laut ruckbar geworden, daß der Anstoß zu dieser Rückwärts-Reform, zu dieser Verschlechterung des Wahlrechts, von sehr hochgestellter Seite von außen her gekommen ist. Wir sind auf Kombinationen angewiesen, wer die sehr hochgestellte Person sein soll, die den Hamburger Großkaufleuten die Änderung der Verfassung nahegelegt hat. Wir sind aufs Raten angewiesen und können deshalb hier auch keine Namen nennen. Die Vermutung, wer es sein kann, liegt aber ziemlich nahe, wenn man weiß, welche hochgestellte Persönlichkeit mit den großen Hamburger Rhedern intim befreundet ist, die in der Selbststadt den Ton angeben. (Bewegung).

Wenn irgendwo eine Bewegung ausbricht, die so impulsiv, so leidenschaftlich vorgeht, so gewalttätig zu werden beginnt, daß sie alle Grundlagen der gegebenen Gesellschaft gewaltsam zu zerstören droht, dann kann man es begreifen, daß die Vertreter dieser Gesellschaft in ihrer Not zu allen Mitteln greifen, die ihnen jeweilen zur Verfügung stehen! Das ist schon wiederholt in der Geschichte dagewesen und ist auch begreiflich.

Aber davon lag absolut nichts in Hamburg vor. — Ganze dreizehn Vertreter hatten die Arbeiter in Hamburg im Bürgerchaftssaale sitzen, gegen 167 Vertreter der anderen Parteien, und diese dreizehn Vertreter der Arbeiter sind durchaus sachlich vorgegangen, haben keinen Umsturzantrag gestellt, sondern ruhig sich an den parlamentarischen Beratungen beteiligt. Sie haben allerhand Reformen in der Verwaltung verlangt, aber sie haben nichts verlangt, was das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft gewaltsam erschüttern würde, weil sie den gewaltsamen Umsturz einer Gesellschaftsordnung überhaupt für unmöglich und unausführbar hielten. — Es lag absolut kein zwingender Anlaß vor, und doch hat man diese Gesetzesverschlechterung ins Werk gesetzt!

Was sollen die Hamburger Arbeiter, die ohnehin in ihrem Recht schon gekürzt sind, nun tun? Sollen sie die Verkürzung ihrer Rechte ruhig über sich ergehen lassen? Die das Stück Reaktion ins Werk gesetzt haben, wissen natürlich sehr gut, daß die Arbeiter Zeitungen und Organisationen hinter sich haben und protestieren werden, protestieren in der Presse und in Versammlungen. Aber solche Proteste greifen niemanden an die Nieren. Proteste in Wort und Schrift, über die geht man, wenn man den Willen und die Macht zum Entgegengesetzten hat, zur Tagesordnung über!

Gewiß habe ich nichts dagegen, in Versammlungen zu protestieren, meine Stimme vor meinen Mitgliedern laut geltend zu machen! Aber werte Genossen, wir leben nicht mehr in der Zeit, wo die Mauern von Jericho durch Posaumentöne umgefallen sind. Auch wenn

alle unsere Redner Stimmen wie Posaunen hätten, würden sie bloß dadurch, daß sie die Posaunenstimmen ertönen lassen, nicht das geringste an den Dingen ändern, die Herzen der Wahlrechtsräuber in keiner Weise erschüttern. Hier handelt es sich um eine Machtfrage. Wo die Gegenläge sich so weit zugespitzt haben, da hilft kein bloßes Ueberredenwollen. Da werden andere Beeinflussungsmittel notwendig, da gilt es alsdann, den Willen und die Kraft des Widerstandes in möglichster Deutlichkeit zu offenbaren, so deutlich, daß der Manifestation gegenüber die andere Seite sich der Wucht der Willensäußerung und der aus ihrer Ignorierung erwachsenden Gefahren nicht verschließen kann.

Werte Genossen, ich habe schon vorhin beim Streik im gewöhnlichen Gewerkschaftskampfe gesagt, daß nicht jede Niederlage schon eine endgiltige ist, daß es Niederlagen gibt, die in sich den Keim künftiger Siege tragen. **Aber eine Niederlage, die man kampflos über sich ergehen läßt, die demoralisiert, die entkräftet, die entmutigt, die bringt insbesondere den ohnehin schon viel zu vielen Indifferenten, den Halben, den Lauen, den Flauen, die bringt allen diesen und auch manchem sonst Kampffreudigen nur das Gefühl bei: „Ach, es nützt ja doch alles nichts!“**

Soll es so sein? Keiner von Euch wird das wollen. Kann es aber anders sein, wenn man sich einen solchen Wahlrechtsraub ruhig gefallen läßt, wenn man einer derartigen Entrechtung gegenüber kampflos nachgibt? Diese einfache Erwägung muß uns den Gedanken nahe legen, daß, wenn solche Dinge vor sich gehen, wie jetzt in Hamburg, es bei bloßen Leitartikeln und Protestversammlungen unmöglich verbleiben kann, soll nicht schon von vornherein der Eindruck eines schwächlichen Zurückweichens erweckt werden. Schiller, der große Dichter, den wir Deutschen erst vor kurzem gefeiert haben, drückt das für seine Zeit in den Worten aus:

„. . . . Nichtswürdig ist die Nation, die nicht  
Ihr alles freudig setzt an ihre Ehre!“

Dies gilt aber nicht nur nach außen hin, wo es unter Auspielung nationaler Vorurteile so leicht mißbraucht werden kann, sondern, und meist noch viel mehr, im Innenleben der Nationen vom Volk als beherrschter Klasse. „Nichtswürdig ist das Volk, das nicht sein alles an die Verteidigung seiner Rechte wagt!“

Es gibt Momente im Volksleben, wo man lieber eine Niederlage erleiden muß, als ohne Niederlage sich ein Recht nach dem anderen nehmen zu lassen.

Und, Genossen, es gibt ein Gefühl im Menschen, das Gefühl der Würde, das ihn nicht lassen darf, wenn er sich nicht selbst aufgeben soll. Ein solches Gefühl der Würde muß in jedem Arbeiter wohnen, und ich frage mich, ob die Würde der Arbeiterklasse es verträgt, daß sie ohne gewaltige Demonstration einen Schimpf über sich ergehen lassen soll, wie er ihr gegenwärtig in Hamburg zugemutet wird!

## 7. Was Massenstreik heißt.

Werte Genossen! Ich bin der letzte, der diese Frage als eine einfache Sache leichtfertig, obenhin nimmt. Ich gebe ohne weiteres zu: Es ist eine ernste, äußerst schwierige, gewichtige Angelegenheit: es ist kein Kinderspiel, um was es sich handelt! Ueberlegen Sie sich nur, was es heißt: Generalstreik, politischer Massenstreik, Straßen-Demonstration. Das geht nicht so einfach, dessen bin ich mir vollständig bewußt. Was ist und was heißt das: Massenstreik? Nicht nur die Fabrikarbeiter müssen da streiken. Denken Sie sich z. B., daß hier bloß die Arbeiter der Waggon-Fabriken von Linke, Hofmann usw. und ähnlicher Geschäfte streikten und streikend zu Hause blieben, wer würde alsdann davon getroffen? Am allermeisten doch nur die Arbeiter selbst, die Fabrikanten litten gewiß auch, aber doch nicht so sehr, und etwas Schaden hätten auch die Leute, die die Maschinen zc. später als ausgemacht bekommen würden — auf die Allgemeinheit aber machte das allein noch keinen Eindruck oder wenigstens nicht den Eindruck, der erzielt werden müßte, soll der Streik als politische Demonstration von Wirkung sein. Ebenso würde die Wirkung immer noch nur mäßig sein, wenn auch noch die Handwerksarbeiter streikten und ebenfalls streikend zu Hause blieben. In unserer Zeit ständiger Vor- und Ueberproduktion ließe sich das eine gute Weile ertragen. Nein, es ist noch viel mehr nötig, um die Allgemeinheit fühlbar zu treffen. Wenn die herrschende Klasse fest entschlossen ist, etwas durchzusetzen, so wird sie sich durch Streiks, die nicht weiter gehen, nicht davon abhalten lassen.

Wir wollen auch noch folgendes überlegen. Nehmen Sie an, der politische Streik werde anders ins Werk gesetzt, er werde so ins Werk gesetzt, daß er tatsächlich die großen Massen der breiten Allgemeinheit trifft. Das kann nun nur ein Streik derjenigen Arbeiter, welche beteiligt sind an den Einrichtungen des großen Verkehrs, der Zufuhr, Bearbeitung und Lieferung der Lebensmittel; diese Arbeiter müßten alsdann die ersten sein. Sie sind aber — die einen (Eisenbahner zc.) wegen ihrer Abhängigkeit, die andern (Fleischer, Bäcker zc.) wegen ihrer Zersplitterung, d. h. weil bei ihnen die Kleinbetriebe noch eine große Rolle spielen, in der Regel die zuletzt zum Streik zu Bewegenden. Nehmen wir indes an, diese alle streikten, selbst dann ist es noch zu bezweifeln, ob ein solcher Streik den erhofften Erfolg haben wird. An Gütern irgend welcher Art wird es den herrschenden Klassen nämlich von allen zuletzt mangeln. Ob sie bestellte Kleidungsstücke und dergleichen verschiedene Wochen zu spät erhalten, wird ihnen in erregten Zeiten ziemlich gleichgültig sein, denn sie haben gefüllte Garderoben. Sie haben ebenso auch

die Mittel, wenn die Lebensmittel wirklich rarer werden sollten, sich solche viel eher anzuschaffen, wie etwa das Volk. Selbst mit dem Verkehrstreik ist daher die Sache möglicherweise immer noch nicht getan, sofern er nicht sehr lange dauerte, was aber gerade die Volksmasse schwer treffen würde. Es würde selbst hier nicht beim bloßen Streik verbleiben können.

Ich kann mir aber auch einen wirklichen Massenstreik gar nicht anders denken, als daß die streikenden Arbeiter nicht still zu Hause bleiben, sondern daß die Arbeiter sich nun auch in den Straßen sehen lassen werden, daß die Straßen angefüllt werden mit streikenden Volksmassen! Da wird man mir sagen: „Das geht nicht, da kommt die Polizei, da kommt das Militär und jagt die Massen auseinander.“ Damit müssen wir allerdings rechnen, ich gebe das ohne weiteres zu. Aber vergessen Sie die andere Seite nicht: **Solches Einschreiten der Polizei, solches Aufgebot von Militär ist dann schon in sich selbst ein Zeichen dafür, daß mehr vorliegt, als gewöhnliche Versammlungen und dergleichen, es ist schon in sich selbst ein Zeichen, daß es im Volke tief gärt.** Das macht mehr Eindruck, als unsere schönsten Reden, unsere flammendsten Artikel. Und wenn die Gärung wirklich tief ist, dann erscheint die Masse trotz Polizeiverbot doch wieder in den Straßen. Daß dann verhaftet wird, daß es dann hier und da bei den erhitzten Gemütern zu einem Handgemenge kommt, das mag sein. Aber es muß unter Umständen riskiert werden.\*) Werte Genossen! Ich bin vielleicht von allen hier im Saale Anwesenden derjenige, der am meisten für die friedliche, gesetzmäßige Entwicklung eingenommen ist, — aber unter einer Bedingung: die friedliche, gesetzmäßige Entwicklung muß eben Entwicklung sein. Sie muß die Möglichkeit, sie muß die Sicherheit des vielleicht langsamen, aber doch des sich vollziehenden Fortschrittes in sich tragen. Wenn sie das nicht ist, dann ist das Wort Friede einfach eine Lüge! Und schließlich gilt auch hier das alte, französische Sprichwort: Man kann nicht Eierkuchen backen, ohne Eier zu zerbrechen. Was sein muß, muß dann eben getragen werden. Es muß dann eben etwas gewagt werden! Ohne Wagnis geschieht nichts in der Geschichte! Auch in früherer Zeit haben benachteiligte Klassen, Klassen, die der Arbeiterklasse in der Entwicklung vorangegangen sind, nicht ruhig alles über sich er-

\*) Es ist mit Bezug auf die hier entwickelte Form des Massenstreiks das Wort vom „passiven Widerstand“ gebraucht worden. Das ist aber sehr irreführend. Es handelt sich nicht um Passivität. Schon der einfache Streik ist, obwohl er Nicht-Arbeiten heißt, kein passives Verhalten. Im Enthalten von der Arbeit liegt bei ihm schon ein sehr bestimmtes Tun, eine je nachdem sehr energische Aktion. Sie steigert sich, wenn der streikende Arbeiter durch die Straßen zieht. Und in einer Situation, wie die hier vorausgesetzte, würden die streikenden Massen, auch ohne Gewalttätigkeiten an Personen zu verüben, oder sich in einen von vornherein aussichtslosen Kampf mit der bewaffneten Macht einzulassen, Mittel und Wege genug finden, eine wirkungsvolle Aktivität zu bekunden. Man kann das ruhig ihrer Forderung überlassen, sofern es ihnen nur in Fleiß und Blut übergegangen ist, daß der wahre Sinn des politischen Streiks Obstruktion heißt.

gehen lassen. Die sind am wenigsten davor zurückgeschreckt, ein paar Eierkuchen zu zerbrechen. Die sind noch ganz anders vorgegangen. Als im Jahre 1832 in England die bürgerliche Wahlreform auf der Tagesordnung stand und die Lordskammer sich dieser Reform widersetzte, da sind nicht weniger als elf Schüsse in die Luft gegangen. Die Reaktion ward durch alle möglichen Mittel in Furcht und Schrecken gehalten. Die führenden Minister waren schließlich nicht imstande, offen auszufahren, ohne daß Steine in ihre Equipagen flogen. Auch 1866, in der zweiten Wahlbewegung, ging es nicht ganz ohne zerbrochene Eierkuchen ab, wenn auch der Kampf sich in zivilisierten Formen hielt. Beim großen Massenmeeting der Reformliga, der die Polizei nicht den Hydepark überlassen wollte, wurde die ganze Umzäunung des Hydeparks von der Volksmenge niedergerissen. Erst der Kampf um die dritte Wahlreform, die im Jahre 1884 erfolgte, spielte sich ganz und gar in friedlichen Formen ab. Was zeigen uns all die französischen Revolutionen? Daß etwas riskiert werden mußte, wenn etwas gewonnen werden sollte! Und ich habe das Vertrauen zu der deutschen Arbeiterschaft, daß sie sich nicht scheuen wird, im Notfall auch ihre Haut zu Markte zu tragen, wenn Wort und Schrift sich als erfolglos gegen ihre Entrechtung erwiesen haben. Ich schwärme nicht für solche Vorgänge, ich weiß, daß sie eventuell große Opfer erfordern, daß Menschenleben dabei auf dem Spiele stehen. Aber wer wollte unter jeder Bedingung davor zurückschrecken? Ich sage noch einmal: Friedliche Entwicklung, wenn sie nur irgend möglich ist, mit allen unseren Mitteln. Mit all den Mitteln, die uns zu Gebote stehen, wollen wir unsere Werbe-Arbeit fortsetzen in den Gewerkschaften, Genossenschaften und in den Gemeinden. Wir wollen den Fortschritt, sehen aber bei uns politischen Rückschritt auf allen Gebieten des staatlichen Lebens!

Da ist in Preußen das nichtswürdige, verrottete Dreiklassen-Wahl-system, das über anderthalb Millionen Wähler unvertreten läßt und unerschüttert fortbesteht. In vielen Gemeinden wird das Klassen-Wahl-system noch verschlechtert. Und wir sehen weiter die Wahlrechts-attentate in Hamburg, in Lübeck! Wir mußten es erleben in unseren Tagen, daß die Bergarbeiterschutznovelle, welche ein Stück Fortschritt darstellen sollte, im preussischen Landtage von den Herren des Dreiklassenwahl-systems in jeder Weise verstümmelt worden ist. Und hier muß ich Ihnen ein Geständnis machen, Genossen: Wir sind wirklich, ich kann es nicht anders ausdrücken, **in manchen Dingen etwas stumpf geworden!** Wir haben alle mit angesehen, wie die Herren im Landtage an der Verkümmernovelle der Bergarbeiternovelle arbeiteten, und ich habe damals sorgfältig aufgepaßt, ob denn in unserer Presse oder sonst in unseren Kreisen auch nur ein Wort dahin ertönen werde, daß, wenn die Herren im Landtage ihre Verschlechterungsanträge aufrecht erhielten, der Zeitpunkt gekommen sei, nun einmal im ganzen Lande ordentliche Demonstrationen gegen das infame Dreiklassen-Wahl-system ins Werk zu setzen. Was meint Ihr, wie viel Stimmen sich in diesem Sinne erhoben haben? **Nicht eine.** Man hat nur davon gesprochen, daß, wenn

der Landtag die Novelle nicht in der richtigen Form bewilligt, sie vor den Reichstag kommen werde. Ja, werthe Genossen, daß die Sache vor den Reichstag gebracht wird, dafür bin ich nach Lage der Dinge auch. Ich habe gewiß gern mit eingestimmt, daß eine entsprechende Vorlage im Reichstag eingebracht werde, und es mag ja auch darin eine gewisse Drohung liegen. Aber ist die Sache damit wirklich am Ende? Ist es wirklich die höchste Klugheit, alles auf eine Karte zu setzen und sich immer wieder auf den Reichstag zu verlassen?

Wie ich darüber denke, ist bekannt. Indeß, wenn es nun einmal geschieht — und niemand kann den Wahlkampf zum Reichstag höher einschätzen, als ich, niemand das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht höher einschätzen, als der, der vor Ihnen steht, dann müssen wir es uns selbst sagen und müssen es auch unsere Gegner wissen lassen, daß wir zum Aeußersten entschlossen sind, wenn es einmal nötig werden sollte, dieses Wahlrecht zu verteidigen! Daß wir bereit sind, gegebenenfalls es mit allen Mitteln, mit Einsetzung unserer ganzen Person zu schützen. (Stürmische Zustimmung.)

## 8. Keine Provokation, aber Mut und Entschlossenheit.

Wir wollen das nicht provozieren. Im Gegenteil. Ich bin gerade dafür, daß wir jede provozierende Sprache unterlassen. Wir sollen energisch kämpfen, aber wir sollen nicht zwecklos verbittern, wir sollen uns nicht zwecklos Gegner schaffen, wo es nicht notwendig ist! Es schadet durchaus nichts, wenn wir dort, wo etwas Gutes geschieht, dies auch offen anerkennen.

Wir haben eine große und mächtige bürgerliche Klasse gegen uns, eine Klasse, aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt; die einen, gewalttätige Egoisten, andere geneigt, die Hand zum Fortschritt zu bieten. Es ermutigt diese und entwaffnet jene, wenn jeweilen ruhig von unserer Seite anerkannt wird: Hier liegt ein Fortschritt vor. Das ermutigt auch unsere eigenen Leute, zeigt ihnen, daß ihr Mühen und Agitieren nicht vergeblich war, daß es vorwärts geht.

Was wir tun können, werthe Genossen, um keine gewaltsamen Katastrophen eintreten zu machen, tun wir gern. Wir weisen keine ehrlich dargebotene Mitwirkung zurück. Natürlich können wir selbst mit den aufrichtigsten Reformern aus anderen Lagern nur soweit gehen, als wir uns nicht selbst dadurch aufgeben, als Energie und Eifer bei uns nicht darunter leiden. Da gibt es eine Grenze, das Eintreten für unsere besonderen Grundsätze und Ziele darf nicht erlahmen. Wir müssen alle unsere Kräfte aufwenden, um durchzusetzen, was wir nur irgend können.

Aber es kann dies alles geschehen, ohne sich in solchen Gehässigkeiten zu ergehen, die uns Gegner schaffen, wo keine zu sein brauchen. Ich wenigstens, das darf ich Ihnen sagen, ich habe immer mehr Wert darauf gelegt, Begeisterung zu erwecken, als Gehässigkeiten auszusprechen. Energisch den Kampf für das als recht erkannte aufzunehmen, mutig und entschlossen den Kampf zu führen, zu begeistern für die Größe unserer Sache, aber die kleinen Gehässigkeiten, die nur verbittern, nach Möglichkeit zu unterlassen, das wollen wir, ich meine, das sollen wir tun! Dann aber wollen wir auch ruhig und ohne Furcht den Ereignissen entgegengehen, ihnen mutig ins Gesicht sehen, entschlossen, jederzeit so zu handeln und das zu tun, was die Umstände von uns erheischen. Wenn es dann eintritt, daß trotz alledem die Herrschenden dazu übergehen, dem Volke schon ausgeübte Rechte wieder zu nehmen, wie es jetzt in Hamburg der Fall, wenn es eintritt, daß sie sich daran machen, ein Grundrecht des deutschen Volkes, das heute ohnehin schon kümmerlich genug ist, ihm noch weiter zu verstümmeln, zu verkümmern oder ganz zu nehmen, wenn dann die stärksten Demonstrationsmittel notwendig werden, dann werden wir nicht zurückschrecken, durch den Streik und auf der Straße zu demonstrieren, mag da kommen, was da wolle.

Ein Volk darf sich nicht alles bieten lassen! Ich wiederhole, auch Niederlagen haben zu gewissen Zeiten ihre großen Wirkungen gehabt. Es ist aber nicht nötig, daß das Ende des Volkswiderstandes absolut eine Niederlage sein muß. Ihr braucht die Sache nicht so pessimistisch anzusehen, Genossen. So stark ist heute schon die Arbeiterkraft, insbesondere in der Hauptstadt und den großen Zentren des Landes, so gewaltig sind die Heere von klassenbewußten Arbeitern, daß, wenn sie nur annähernd vollzählig die Straßen unserer Großstädte durchziehen, dies ausreichen kann, auf der Gegenseite die größte Verwirrung zu verursachen. Es ist möglich, daß wenn die in der Zahl liegende Wucht der Arbeiterklasse mit der nötigen Zähigkeit und Energie entfaltet wird, durch diese Demonstration allein den Gegnern der Mut sinkt und sie von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Es ist nicht nötig, daß unter allen Umständen eine Niederlage eintreten muß, aber selbst vor der anscheinend sicheren Niederlage dürfen wir unter gewissen Umständen nicht zurückschrecken, statt kampflös klein beizugeben. Kampfesmut ist auch ein moralisch wirkender Faktor und wir müssen in allen unseren Kämpfen die moralischen Faktoren vollauf berücksichtigen. Es ist nicht wahr, daß nicht in jedem Menschen mindestens eine kleine Anlage, ein verstecktes Gefühl vorhanden ist für Gerechtigkeit. In solchen Situationen gilt es aber, bei möglichst vielen dieses Gefühl zu wecken, bei allen, wo es möglich ist, an das zu appellieren, was groß und erhaben ist in der Menschen-Natur. Inzwischen jedoch wollen wir uns vornehmen, im Werbekampf nicht zu erlahmen: zu agitieren und zu organisieren, den letzten Mann, der organisationsfähig ist, zu organisieren in der Gewerkschaft, zu organisieren in der politischen Partei, wollen wir alles aufbieten, unsere Sache zu fördern und unsere Kadres zu stärken, wollen wir immer und immer wieder jedem Arbeiter zurufen, daß er ein Verräter an seiner Klasse, ein Verräter an seiner Familie, ein Verräter an seinen Kameraden sei, wenn er sich den Organisationen fernhält.

Wir müssen unser Möglichstes tun, unsere Organisationen zu einer solchen Macht heranzubilden, daß schon dieser Macht gegenüber den Gegnern die Lust zu Reaktionsexperimenten vergeht. Wenn aber die herrschenden Gewalten ihre Reaktionsgelüste nicht dämpfen können und Miene machen, wichtige Rechte der Arbeiterklasse anzutasten, dann ist es Zeit, so aufzutreten, daß die Stimme der Arbeiter weithin gehört wird; dann müssen wir auch zu jenen Waffen greifen, die uns außer der Presse und den gewöhnlichen Versammlungen zur Verfügung stehen.

Parteilgenossen! Wir gehen ernsten Zeiten entgegen, sehr ernsten Zeiten. Wir sehen nicht alles, was in den anderen Kreisen vorgeht. Was Sie aus den Parlamenten hören, was die gegnerischen Vertreter da aussprechen, das wird oft ganz wo anders vorgedacht und vorherbesprochen. Es war kein anderer als Bülow, der vor einem Jahr im Reichstag davor warnte, die Wahlrechtsfrage irgendwie aufzurollen, weil sonst einflußreiche andere Kreise nicht mehr zu halten sein würden, mit ihren Revisionsplänen aufzurücken.

Wir sehen auch sehr ernsten wirtschaftlichen Zeiten entgegen. Im nächsten Jahre treten die neuen Handelsverträge ins Leben. Schon jetzt werfen sie ihre Schatten voraus. Sie werden es als Arbeiter ja wissen und am eigenen Leibe nur zu sehr fühlen, wie sehr die Nahrungsmittel des Volkes im Preise gestiegen sind. Wenn Gerechtigkeit herrschte, dann dürften die neuen Getreide- und Viehzölle gar nicht erst in Wirksamkeit treten. Denn angesichts der Preise, mit denen wir es schon heute zu tun haben, und die sowohl für Getreide, als namentlich für Fleisch, heute schon erheblich höher sind, wie seit langer Zeit, angesichts dieser Preise von irgend einer Notlage und Schutzbedürftigkeit der Landwirtschaft zu sprechen, wäre der größte Hohn, den man sich denken kann. Und nun lassen Sie zu diesen Preisen hinzu erst noch die neuen Zölle in Wirksamkeit treten! Lassen Sie, wie es schon angekündigt ist, dazu noch einige Industrien, denen als Kompensation für unsere Agrarzölle die Ausfuhr verlegt ist, ins Ausland wandern — auf wen wird das alles zurückfallen? Auf wen anders, als auf die Arbeiterklasse! Und wenn Ihr Euren Lebensbedarf noch teurer zu bezahlen haben werdet als jetzt, wenn die großen Massen der Arbeiterklasse und der Beamten mit ihren Gehältern nicht mehr auskommen werden, weil alle Lebensmittel im Preise gestiegen sind, dann wird sich das in weiterer Lähmung des Abfages der Industrie geltend machen und neue Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die Zeiten werden ernster — es kann sogar die Zeit kommen, wo auch bei uns absolut notwendig werden wird, was seiner Zeit in England eingetreten ist, daß angesichts zunehmender Teuerung das ganze Volk aus Selbsterhaltungstrieb durch eine große Demonstration rufen muß: **Herab mit den Preisen, nieder mit den Zöllen!** Die Arbeiter können durch ihr ureigenstes nacktes Lebensinteresse, durch ihre dringendsten Lebensbedingungen zu diesem Ruf gezwungen werden.

Soll die an Zahl und Intelligenz so starke deutsche Arbeiterklasse vor dem Widerstand der Agrarier das dann nicht durchsetzen können, was die Arbeiter anderer Länder erreicht haben? Auch diese Frage bedarf der Antwort. Darum, werthe Genossen, ist es heute mehr als je notwendig, die Mittel zu prüfen, welche der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe zur Verfügung stehen, unsere Rüstkammern genau durchzusehen, und wenn Umstände eintreten, die uns zwingen, von stärkeren Mitteln Gebrauch zu machen, als wir sie jetzt anwenden, werden wir dann auch dazu entschlossen sein? Diese Frage müssen wir uns beantworten. Und ich denke, Genossen, diejenigen, die mir bisher durch ihre Zurufe immer wieder zugestimmt haben, die werden auch damit einverstanden sein, daß diese Frage mit „Ja“ beantwortet werden muß. Wenn die Zeiten schwerer werden, dann sollen sie uns nicht mutlos finden. Es gilt noch das Wort, das ich Euch schon einmal hier von dieser Stelle zugerufen habe, das Wort unseres großen Dichters Schiller. Es gilt für uns heute mehr als je, wir haben es uns heute mehr als zu irgend einer früheren Zeit einzuprägen:

„Und setzet Ihr nicht das Leben ein,  
Wie wird Euch das Leben gewonnen sein!“

\*

\*

\*

Nach Beendigung des Vortrages wurde von der Versammlung einstimmig die folgende Resolution beschlossen:

Die heutige Versammlung des Breslauer sozialdemokratischen Vereins erklärt angesichts der in Hamburg und Lübeck geplanten Wahltrechtungen und ähnlicher Vorgänge in den Kommunen, daß es notwendig ist, in solchen Fällen, wo dem Volke wirkliche Rechte genommen werden sollen, zu stärkeren Demonstrationen als bisher zu greifen, und daß gegebenenfalls der politische Massenstreik hierfür ernsthaft in Betracht zu ziehen ist, des weiteren drückt die Versammlung den Hamburgern Sympathie zu ihrem Kampfe gegen die verwerfliche Wahltrechtungsvorlage des Senats aus und hofft, daß sie nichts, was in ihren Kräften steht, unversucht lassen werden, dieses frivole Reaktionsmachwerk zu Fall zu bringen.

Von einer Debatte des Vortrages im Einzelnen ward für den Abend abgesehen und die Erörterung auf eine spätere Sitzung des Vereins vertagt. Ich nahm daher nur noch das Wort zu einigen kurzen Schlußbemerkungen.

### Schlusswort.

Es tut mir unendlich leid, daß ich Ihre Debatte nicht mehr werde anhören können. Ich hätte mich gern kürzer gefaßt, denn es liegt mir daran, auch Ihre Meinungen zu hören. Ich werde aber doch wenigstens durch die „Volkswacht“ erfahren, ob und welche Auslegungen an meinen Ausführungen aus Ihren Kreisen gemacht wurden.

Ueber eines werden wir uns wohl alle einig sein, nämlich darüber, daß die Frage eine sehr ernste ist. Ob wir Gegner oder Anhänger des politischen Streiks sind, keiner nimmt die Frage leicht.

Es wäre ebenso frivol, einen solchen Streik eines Tages ganz ohne weiteres ins Werk setzen zu wollen, wie es nach meiner Ansicht auch leichtfertig wäre, die Frage der Waffe des politischen Streiks absolut zu verneinen. Es kann sich ja niemand verheimlichen, daß Zeiten kommen können, wo andere Formen des Kampfes, als wie die heutigen notwendig sein werden. Ich sage nochmals: Was an uns liegt, ohne Preisgabe unserer Ziele und Aufgaben diese Zeit nicht herbeizuführen, das soll geschehen. Aber wir können nicht verbürgen, was auf der anderen Seite geschieht, und darum eben macht uns die Zeit die Beschäftigung mit diesem Gedanken zur Pflicht.

Es liegt mir nahe, noch einen Gedanken hier auszuführen, der eigentlich gegen mich sprechen oder wenigstens nach meiner Ansicht gegen mich ins Feld geführt werden könnte.

Man kann nämlich folgendes sagen: Gewiß, die bürgerliche Gesellschaft, der Kapitalismus, der Industrie-Feudalismus, der Adel, die Monarchie, sie alle haben das Szepter noch in der Hand, sie sind heute noch stark genug, dem Volke politische Rechte nehmen zu können, wie sie noch stark genug sind, die reaktionärsten Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Aber eines können sie nicht: Sie können die Entwicklung der Arbeiterklasse nicht aufhalten! Bei allem, was sie tun, können sie es nicht verhindern, daß die Arbeiterklasse trotz ihrer Bemühungen an Zahl immer stärker wird. Im Leben der Völker kommt es aber nicht auf ein, zwei oder ein halbes Dutzend Jahre an. Die Arbeiterchaft wird weiter wachsen als notwendiges Produkt unserer wirtschaftlichen Entwicklung, gegen die selbst die stärkste Reaktionsmacht auf die Dauer nichts ausrichten kann, und es wird der Tag kommen, wo sie so stark an Zahl, so groß an Bedeutung für die ganze Gesellschaft geworden sein wird, daß dann so zu sagen der Palast der Herrschenden ihrem Druck keinen Widerstand mehr leisten kann und halb-

von selbst zusammenbricht. Das ist nach meiner Ansicht das stärkste Argument, das gegen mich ins Feld geführt werden könnte. Aber einiges glaube ich Ihnen doch gleich hier vorwegnehmend darauf antworten zu müssen. Zunächst haben wir immerhin keine unbedingte Garantie dafür, daß die Entwicklung in Ewigkeit ganz genau denselben Weg gehen wird, wie bisher. So liegt zum Beispiel die Tatsache vor, daß die Elemente, die die Gesetzgebung noch in der Macht haben, alles Mögliche tun, um der wirtschaftlichen Entwicklung, wenn auch nicht eine durchweg rückläufige, so doch eine etwas andere Richtung als die bisherige zu geben — aufzuhalten, was sich sonst von selbst vollziehen würde, gewisse Klassen, wie die agrarischen, stärker werden zu lassen, als sie es sonst wären, die Entwicklung der Arbeiterklasse aber nach Möglichkeit zurückzuhalten. Soweit die Bestrebungen dieser Elemente durchgehen, werden sie die Wirkung haben, daß die besitzende Klasse unverhältnismäßig zunimmt und mit ihr das ganze direkte und indirekte Gefolge des Besitzes. Das würde jedenfalls die Entwicklung sehr verlangsamen und erschweren. Und wenn all das ohne Gegenruck, ohne ernsthafte Gegenbewegung vor sich geht, so wird die Arbeiterklasse geistig und moralisch immer tiefer gedrückt, wird sie immer mehr gewöhnt an ihre abhängige Lage, und ihre Emanzipationsbewegung würde eine sehr erhebliche Schwächung erleiden. Dazu kommt dann noch ein Moment, auf das ich schon wiederholt aufmerksam gemacht habe, nämlich daß bei allen diesen wirtschaftspolitischen Fragen doch auch das Moment der Zeit eine sehr große Rolle spielt und bei unserer Stellungnahme auch spielen soll. Wer unter uns möchte es verantworten, wenn Aenderung in seinen Kräften läge, daß noch soviel Elend in der Welt, wie bisher, besteht? Wer möchte es geschehen lassen, daß noch so viele Leute darben, so viele mit Hungerlöhnen abgesehen werden und in so elenden Wohnungen verkümmern, wenn er es anders machen könnte, wenn es durch seine Hilfe möglich wäre, den Zeitpunkt der Besserung zu beschleunigen? Wenn Sie sich die Frage so stellen, dann werden Sie, meine ich, auch zu dem Schluß kommen, daß man nicht die Hände in den Schoß legen und auf die Entwicklung, wie immer sie sich gestalten, warten darf, sondern daß man auch die Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß die soziale Entwicklung, so weit man sie nicht beschleunigen kann, zum wenigsten in dem Schrittmaß und in der Richtung vor sich geht, wie diese durch die eigenen Entwicklungsgesetze des modernen Wirtschaftslebens bedungen sind.

Das ist mit ein Grund, der mich veranlaßt, den Standpunkt einzunehmen, den ich am heutigen Abend entwickelt habe.

## Anhang.

### Zwölf Leitsätze über den politischen Massenstreik.

(Verlesen am 15. August 1905 in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins des Vierten Berliner Reichstagswahlkreises Ost.)

1. Die Entwicklung der politischen Zustände in Deutschland und insbesondere in Preußen, dem führenden Staate Deutschlands, macht eine erneute Prüfung der Kampfmittel der Volksklassen für die Verteidigung bedrohter und die Eroberung andauernd vorenthaltener Rechte zu einer unabweisharen Notwendigkeit. Die Wahlentrechtungen in Hamburg und Lübeck, die auf die 1896er Wahlentrechtung in Sachsen gefolgt sind, und denen Wahlrechtsverschlechterungen in Mittel- und Süddeutschland zu folgen drohen, während in Preußen das verrottete, der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung mehr als je ins Gesicht schlagende Dreiklassenwahlssystem hartnäckig aufrechterhalten wird, alle diese und andere Anzeichen liefern den Beweis, daß das Stück Demokratie in der Reichsverfassung, das allgemeine Reichstagswahlrecht, in Deutschland nur noch ein prekäres Dasein führt.

2. Die Arbeiterklasse kann jedoch in ihrem sozialen Befreiungskampfe das Mittel des allgemeinen Wahlrechts nicht entbehren. Sie muß also ihre ganze Kraft daran setzen, es zu verteidigen, wo es bedroht ist, es zu erkämpfen, wo es ihr fehlt.

3. Bis vor einem Menschenalter war die letzte Zuflucht der Volksmassen für die Wahrung ihrer Rechte der Kampf auf der Barrikade. Sie ist durch den modernen Städtebau und die heutige Technik der Feuerwaffen hinfällig geworden.

4. Dagegen hat mit der Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens, die zur Konzentrierung großer Massen von gewerblichen Lohnarbeitern in den Städten und Industriebezirken geführt hat, der Streik eine wachsende Bedeutung erlangt. Schon heute ist jeder große Streik ein politisches Ereignis. Wenn Zehntausende und aber Zehntausende, ja, wie es schon vorgekommen ist, Hunderttausende von Arbeitern die Arbeit niederlegen, so zieht das so weite Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft, daß sich die Öffentlichkeit wohl oder übel genötigt sieht, sich mit dem Streik und seinen Ursachen eingehend zu befassen. Je nach der Natur der Wirtschaftszweige, die der Streik erfasst, z. B. wenn sich die Verkehrsarbeiter in größerer Zahl an ihm beteiligen, kann diese Wirkung noch gesteigert werden.

5. Aus diesem Grunde ist der Streik auch zu einer im politischen Kampf verwendbaren Waffe geworden. Er hat sich als solche schon verschiedentlich

bewährt. Es ist unter allen Willenskundgebungen der Arbeiterklasse, bei denen diese sich nicht selbst ans Messer liefert, die eindrucksvollste.

6. Allerdings ist der politische Streik keine unfehlbare, jederzeit nach Willkür in Anwendung zu bringende Waffe. Er ist zunächst nur wirksam, wenn er von sehr großen Massen ausgeübt wird. Nach den Erfahrungen anderer Länder zu schließen, würde er z. B. in Preußen wenig Wirkung haben, wenn sich nicht schon in der Hauptstadt allein hunderttausende von Arbeitern an ihm beteiligten.

7. So große Massen sind aber nur bei tiefgreifender Erregung zur gemeinsamen Arbeitsniederlegung zu bewegen. Aus diesem Grunde verbietet es sich, mit der Idee des politischen Massenstreiks irgend ein Spiel oder Sport zu treiben. Leichtfertige Inszenierung von politischen Streiks ist nicht anders zu beurteilen, wie ehemals die leichtfertige Inszenierung von Barrikadenputzchen, das heißt, sie ist als zwecklose Aufopferung von Existenzen zu verwerfen.

8. Ganz falsch ist ferner die Idee, durch wiederholte Versuche mit kleinen politischen Streiks zum allgemeinen politischen Streik zu „erziehen“. Mißglückte Versuche erziehen nicht, sondern schrecken ab.

9. Ebenso ist die Idee zu verwerfen, als könne durch einen großen Massenstreik die Umwälzung der ganzen heutigen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische oder kommunistische bewirkt werden. Sie beruht auf völliger Verkennung der Vorbedingungen einer solchen Umwälzung und ist nur geeignet, gegebenenfalls zu den verkehrtesten Maßnahmen zu verleiten.

10. Der politische Massenstreik wird in den großen Städten schwerlich ohne Erscheinen der Massen in den Straßen durchzuführen sein. Andererseits kann aber solches Erscheinen der Massen seinen Eindruck und damit seine Wirkungskraft sehr erhöhen. Es ist jedoch im Auge zu behalten, daß jeder Kampf schlecht oder mangelhaft bewaffneter Massen mit der geschulten, gut ausgerüsteten und einheitlich eingeführten Macht die größte Wahrscheinlichkeit einer Niederlage der ersteren mit ihren demoralisierenden Folgen in sich trägt. Aus diesem Grunde muß danach gestrebt werden, es nicht zu solchem Zusammenstoß zu treiben, sondern dem Streik nach Möglichkeit den Charakter einer gewaltlosen Demonstration zu wahren.

11. Die Widerstandskraft großer Massen, die sich nicht provozieren lassen, aber ohne Furcht vor Verhaftungen usw. zum Beharren entschlossen sind, ist eine außerordentliche. Der Zweck des Massenstreiks ist nicht, den Gegner niederzuschlagen, sondern ihn durch Ermüdung usw. zum Nachgeben zu bewegen.

12. Der politische Massenstreik erheischt für den Erfolg nicht nur die Mitwirkung sehr großer Massen, sondern auch die Konzentrierung des Geistes dieser Massen auf ganz bestimmt begrenzte Ziele. Unbestimmte, ins allgemeine gehende Absichten tragen den Keim des Mißerfolges in sich. Je einheitlicher, je fester vorgezeichnet das Ziel, je abgegrenzter der Angriffspunkt, um so wahrscheinlicher der Erfolg.